

Duncker protestierte dagegen, daß Leute, die durch ihre Politik mitschuldig daran seien, daß Liebknecht hinter Kerkermauern sitze, hier eine so heuchlerische Erklärung abgeben wollten. Auch Haase legte im Namen der Opposition Protest dagegen ein. Nicht der Ausdruck mitleidigen Bedauerns, wie es die Mehrheit wolle, sei hier am Platze, sondern entschiedener Protest. Zugleich stellte Haase noch einmal fest, daß die Konferenz, die im Parteistatut keine Stütze habe, nicht befugt sei, sachliche Beschlüsse zu fassen. Durch die Aussprache sei ihre Funktion erledigt.

Nach dreitägigen Verhandlungen kam es trotzdem zu Abstimmungen. Die Minderheit in der alten Fraktion erklärte, daß sie sich an der Abstimmung über die von der Mehrheit vorgelegte Resolution, die die Kriegspolitik des Parteivorstandes und der Fraktion guthieß, nicht beteiligen würde. Ein Antrag Haase-Ledebour, eine Beschluffassung über sachliche Anträge abzulehnen, wurde in namentlicher Abstimmung mit 276 gegen 169 Stimmen abgelehnt. Danach gaben die Vertreter der Opposition und der Gruppe „Internationale“ Erklärungen ab, daß sie sich an den weiteren Abstimmungen nicht beteiligen würden.

Ebert schloß die Reichskonferenz mit einem Appell an alle Teilnehmer, daß sie bei allen Gegensätzen nicht vergessen sollten, daß sie Kameraden und Kampfgenossen seien. Ueber allem Streit stehe das große gemeinsame Ziel: Die Befreiung der Arbeiterklasse aus wirtschaftlicher und politischer Bedrückung. Zur Erfüllung dieser Aufgabe müßten alle Kräfte zu gemeinsamem und geschlossenem Handeln zusammengefaßt werden. Die nächste Zukunft lehre bald, wie wenig ernst es gerade Ebert mit diesen Worten war. Er hat an der Spitze derjenigen gestanden, die durch ihre Handlungen die Einheit der Partei zerschlagen haben.



Die Zerreißung der Partei.

Das Programm des rechten Flügels. — Der Gewaltstreich gegen den „Vorwärts“. — Das Urteil des Auslands. — Die Nachwahl in Oschatz-Grimma. — Das Hilfsdienstgesetz. — Das Friedensangebot der Kriegsregierung. — Die Januar-konferenz der Opposition. — Ablehnung der Spaltung. — Die Zerreißung der Partei durch die Instanzenmehrheiten.

Was es mit den Absichten des rechten Flügels für die Reichskonferenz auf sich hatte, das war besonders klar aus den Artikeln zu erkennen, mit denen die „Sozialistischen Monatshefte“, das Organ des rechten Flügels, die Veranstaltung der Partei begrüßt hatten. Severing verlangte von der Partei, daß sie sich für die Sicherstellung der Rohstoffeinfuhr aus eigener Kolonialtätigkeit einsetzen solle. Das war, wie Kautsky im „Vorwärts“ feststellte, eine Aufgabe, zu der die Sozialdemokratie sich nur bekennen konnte, wenn sie sich zugleich für eine Riesenflotte und für koloniale Eroberungspolitik begeisterte. Quessel, der von der Bedeutung der Seegeltung schrieb, wollte die Arbeiter lehren, daß „das Gedeihen der Industrie nicht nur Sache der Unternehmer, sondern in noch höherem Maße ihre eigene Sache“ sei, so daß sie zu „Verteidigung und Sieg“ und „gegenüber der britischen Seetyrannei, die ständig unser Dasein bedroht“, mit den Unternehmern zusammenstehen müßten. Jansson fürchtete, daß nach dem Kriege große Lohnkämpfe der deutschen Wirtschaft schwere Wunden schlagen würden, „daher sollte die Verständigung in der Lohnfrage allen anderen Dingen vorangehen“. Umbreit, der Redakteur des „Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften“, wünschte „keine Isolierung, keine Proklamierung von Klassengegensätzen und Klassenkämpfen, wo Zeit und Tatsachen ein gemeinsames Zusammenarbeiten dringend erheischen“. Heilmann sah in dem Krieg einen großen Klassenkampf, vor dem alle geringen Fehden so zurückzutreten hätten, daß sie ihn nicht schädigen könnten. Kaliski rügte den Parteivorstand, „weil dieser sich noch nicht dazu entschließen konnte, den Schutzzollgedanken anzuerkennen“, ohne den der geplante mitteleuropäische Wirtschaftskomplex undenkbar sei. Peus schließ-lich meinte, „daß wir uns in Zukunft der Bewilligung der Heeres- und Flottenbudgets nicht mehr werden entziehen können“.

Dieses positive Programm des rechten Flügels war auf der Reichskonferenz freilich nicht entwickelt worden, denn es hätte dort vielleicht manchen von jenen Elementen, die noch immer nicht wußten, auf welche Seite sie sich schlagen sollten, stutzig machen und zur



Opposition abdrängen können. Nachher klagte Kolb, der Führer der badischen Reformisten, der gleichfalls auf der Reichskonferenz geschwiegen hatte, darüber, daß es dort zu keiner klaren Entscheidung gekommen war, und er stellte in seinem „Volksfreund“ noch einmal zusammen, wie er sich die weitere Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei vorstellte:

„Im Ernste kann doch kein vernünftiger Mensch damit rechnen, daß die Männer, die auf dem Boden der Politik des 4. August stehen, künftig in der Regel das Budget ablehnen, daß sie in Fragen der Heeres-, Marine-, Kolonial-, Wirtschafts- usw. -Politik dieselbe Haltung einnehmen, welche die Sozialdemokratie vor dem 4. August eingenommen hat. Diese politische Neuorientierung der Sozialdemokratie kann aber nicht bis nach dem Kriege verschoben werden, denn sie ist die unentbehrliche Voraussetzung für eine Neugestaltung der politischen Verhältnisse im Reiche wie in den Einzelstaaten. Wartet die Sozialdemokratie mit der Entscheidung über die Krise, in welcher sie sich befindet, bis nach dem Kriege, dann erscheint sie zu spät auf dem Plane, um bei der Entscheidung über die politische Zukunft des deutschen Volkes ein wichtiges Wort mitsprechen zu können.“

Ebert hatte die Reichskonferenz mit einem Mahnwort zur Einigkeit, zu gemeinsamem geschlossenen Handeln geschlossen. Bald aber sollten die Arbeiter erkennen, was sich für den Parteivorstand hinter diesen schönen Worten versteckte. Zwei Wochen danach wurde der längst geplante Gewaltstreik gegen den „Vorwärts“ ausgeführt. Er blieb nicht der einzige Fall seiner Art, aber an ihm konnte man am deutlichsten erkennen, welche Absichten die Mehrheit des Parteivorstandes verfolgte.

Am 8. Oktober wurde der „Vorwärts“ zum vierten Male in der Kriegszeit verboten. Den Anlaß gab ein Artikel, der sich gegen die Kanzlerfronde wandte. Bethmann Hollweg war zwar den Annexionisten mit seiner Politik soweit es irgend ging entgegengekommen. Die Alldeutschen, an deren Spitze der Landschaftsdirektor Kapp stand, verlangten aber; daß entweder Bethmann Hollweg sich offen zum rücksichtslosen Eroberungskrieg bekennen oder seinen Platz einem ihrer Leute räumen solle. Der Geschäftsführer des „Vorwärts“, der Reichstagsabgeordnete Richard Fischer, setzte sich mit dem Oberkommando der Marken wegen der Aufhebung des Verbotes in Verbindung; den zuständigen Instanzen teilte er mit, daß die Militärbehörde die Entlassung der am „Vorwärts“ tätigen Redakteure fordere. Zu gleicher Zeit verhandelte der Parteivorstand über das Verbot mit Herrn Wahnschaffe, dem Leiter der Reichskanzlei, trotzdem bekannt war, daß selbst der Reichskanzler keinen Einfluß auf die Militärbehörden hatte. Auch eine Beschwerde von Haase im Reichstag blieb ohne Wirkung. Am 12. Oktober lehnte der Zentralvorstand von Groß-Berlin die geforderte Entlassung der Redakteure des „Vorwärts“ ab; dagegen wollte er Ressortveränderungen in der Redaktion vornehmen, so daß Ernst Däumig ausschließlich für die Ueberwachung der Zensurvorschriften freibleib. Fischer weigerte sich, dieses Anerbieten bei der Militärbehörde zu vertreten. Bei dieser Gelegenheit ging schon hervor, daß Fischer und seine Hintermänner dem Oberkommando noch weit mehr Zugeständnisse machen

wollten, als dieses selbst verlangt hatte. Der Parteivorstand glaubte eben die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen zu sollen, um mit Hilfe der Militärdiktatur den „Vorwärts“ ganz in seine Hände zu bekommen.

Acht Tage lang war der Parteivorstand in Sachen des „Vorwärts“-Verbots für die zuständigen Instanzen überhaupt nicht zu sprechen. Erst am 16. Oktober rückte er mit seinen wahren Absichten heraus; er wollte nämlich dem Oberkommando den Vorschlag machen, daß „ein Mitglied des Parteivorstandes in die Redaktion eintritt und die Vollmacht erhält, über den Inhalt des Blattes zu entscheiden“. Das bedeutete nichts anderes, als daß der Parteivorstand die Militärdiktatur benutzen wollte, um die Leitung des „Vorwärts“ in die von ihm gewünschte Richtung zu drängen. Die Preßkommission stellte sofort fest, daß das Oberkommando doch nur Garantien für die Einhaltung der Zensurvorschriften verlangen könne; es würde einen Verzicht auf jede politische Ehre bedeuten, wenn man der Militärdiktatur auch nur den geringsten Einfluß auf die politische Haltung des Blattes einräume. Die Preßkommission schlug nun vor, daß ein Mitglied des Parteivorstandes die Beobachtung der Zensurvorschriften überwachen solle. Das lehnte der Parteivorstand und auch Fischer ab, denn man könne es einem Vorstandsmitglied doch nicht zumuten, die Verantwortung für ein Blatt zu übernehmen, auf dessen Inhalt es keinen Einfluß habe. Um zu dem gewünschten Ziele zu kommen, wurde also die politische Haltung und die Verantwortung vor der Zensurbehörde miteinander in Verbindung gebracht. Fischer verhandelte dann noch einmal mit dem Oberkommando, und dieses stimmte der Aufhebung des Verbotes unter der vom Parteivorstand angebotenen Bedingung zu. Noch am 19. Oktober hatte das Oberkommando der Redaktion des „Vorwärts“ mitgeteilt, daß es lediglich „Garantien für eine vom Standpunkt der Zensur aus einwandfreie Leitung des „Vorwärts“ zu erhalten“ wünsche. Eine mit den Zensurvorschriften in Einklang gebliebene Vertretung der Weltanschauung und der politischen Ueberzeugung der Leser könne nicht die Grundlage für ein Einschreiten des Generalkommandos gegen den „Vorwärts“ bilden. Der Parteivorstand war demnach mit seinem Angebot viel weiter gegangen, als die Militärbehörden es selbst gewünscht hatten; bald konnte man sehen, aus welchen Gründen das geschehen war.

Der Parteivorstand entsandte sein Mitglied Hermann Müller in die Redaktion mit der Vollmacht, daß lediglich er über den Inhalt des Blattes entscheiden solle. In einer Erklärung an die Leser versuchte der Parteivorstand es so darzustellen, als ob eine andere Lösung des Konfliktes mit der Militärbehörde nicht möglich gewesen wäre. Das war ein offener Schwindel. Die Redaktion wollte eine Erklärung dazu abgeben und ihre Stellung zu dem diktatorischen Vorgehen des Parteivorstandes mit der gebotenen Deutlichkeit darlegen. Hermann Müller, Chefredakteur von Gnaden des Oberkommandos, verweigerte die Aufnahme dieser Erklärung, und er griff auch in den späteren Nummern des „Vorwärts“ in die Verfügungsrechte der Redaktion ein. In einer Broschüre, die sich mit diesem Gewaltstreik des Parteivorstandes befaßte, wurde das Ergebnis dieser Vorgänge so dargestellt:

„Der Parteivorstand hat selbstherrlich und weit über die Forderungen der Militärzensur hinausgehend Beschlag auf den „Vorwärts“ gelegt. Er läßt ihn vollständig im Sinne einer vorstandsoffiziösen Politik leiten. Die bisherige Redaktion ist in ihrer freien Meinungsäußerung und ihren vertraglich zugesicherten Berufsrechten geknebelt. Die Prefzkommission, als die nach dem Parteivorstand vorgesehene Ueberwachungskommission des „Vorwärts“, ist vom Parteivorstand selbstherrlich ausgeschaltet worden, die Berliner Parteioorganisationen, die Eigentümer und Stützen des „Vorwärts“ sind, haben jedes Anrecht, jeden Einfluß über ihr Blatt verloren und werden durch den Geschäftsführer Fischer auch um ihr Recht auf die Druckerei des „Vorwärts“ betrogen. Die Berliner Parteigenossen können und dürfen sich eine derartige Vergewaltigung nicht gefallen lassen. An ihnen ist es, jetzt die geeigneten Schritte zu tun, den Gewaltstreich zu parieren.

Dieser in der Parteigeschichte beispiellos dastehende Rechts- und Treubruch des Parteivorstandes und seines Handlangers Fischer muß die gebührende Antwort erhalten.“

Diese Antwort gaben denn auch die Berliner Parteigenossen sofort. Am 25. Oktober befaßten sich Extrazahlabende mit dem Gewaltstreich, am 27. Oktober stand er auf der Tagesordnung der Generalversammlungen der Wahlkreisvereine, und schließlich beriet die Verbandsgeneralversammlung für Groß-Berlin am 29. Oktober 1916 darüber. Ueberall wurde der folgende Antrag des Zentralvorstandes angenommen:

„Da der Parteivorstand durch sein Vorgehen, weit über die Forderungen der Militärbehörden hinausgehend, die Hand auf den „Vorwärts“, das Eigentum der Groß-Berliner Genossen, gelegt, die von den Aufsichtsinstanzen eingesetzte Redaktion vergewaltigt hat, da er weiter dem „Vorwärts“ eine Haltung gibt, die der politischen Ueberzeugung der überwältigenden Mehrheit der Berliner Genossen widerspricht, fordert die Verbandsgeneralversammlung den Parteivorstand auf, seine Gewaltmaßregeln aufzugeben.

Geschieht das nicht, so verpflichtet die Verbandsgeneralversammlung die Berliner Parteigenossen, die Zahlung des „Vorwärts“-Abonnements solange einzustellen, bis der Parteivorstand sein statutenwidriges Verhalten aufgegeben hat und die Groß-Berliner Organisationen wieder zu ihren Rechten, auf den „Vorwärts“ gekommen sind.“

Die Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin nahm einstimmig eine Resolution Ledebour und Adolf Hoffmann an, worin die Parteigenossen im ganzen Reich aufgefordert wurden, keinem Teilnehmer oder Begünstiger des „Vorwärts“-Raubes ein parlamentarisches Mandat oder ein Parteiamt zu übertragen. Die Spartakusgruppe brachte eine Resolution ein, die die Beitragssperre gegenüber dem Parteivorstand verlangte. Ledebour sprach sich dagegen aus, weil er dem Parteivorstand eine formelle Handhabe bieten würde, gegen die nichtzahlenden Parteigenossen vorzugehen. Die Resolution wurde denn auch abgelehnt. Es wurde dann noch ein Aktionsausschuß eingesetzt, der das Recht der Berliner Genossen zur Geltung bringen und die Beschlüsse der Generalversammlung ausführen sollte.

Der Gewaltstreich gegen den „Vorwärts“ erregte das größte Aufsehen nicht nur in Deutschland, sondern auch weit über dessen Grenzen hinaus. Die ausländische Parteipresse gab ihrem

Unwillen darüber lebhaften Ausdruck. So schrieb das in Zürich erscheinende Informationsorgan der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, die Haltung des neuen „Vorwärts“ sei schmähslich. In einer Woche habe er bereits den Rekord des Bediententums geschlagen. „Die letzten Heldentaten des deutschen Parteivorstandes“, hieß es dort, „werden hoffentlich allen denen die Augen öffnen, die sich abmühen, einen Unterschied zu konstruieren zwischen dem heuchlerischen Sozialpatriotismus eines Scheidemann und dem zynischen Sozialimperialismus eines Lensch. In Wirklichkeit haben wir es hier nur mit zwei Aeußerungen eines Wesens zu tun, dessen Name Renegatentum ist.“ Die „Humanité“ sprach sich gleichfalls äußerst abfällig über den „Vorwärts“-Raub aus. Zu einem Artikel von Friedrich Stampfer, der die Politik des Parteivorstandes zu retten suchte, bemerkte das Blatt:

„Es wird ihm nicht gelingen, vergessen zu machen, daß der Kanzler niemals, weder direkt noch indirekt, dem „Friedensprogramm“ der sozialistischen Mehrheit zugestimmt hat, daß er sich niemals von den Annexionisten, von allen Annexionisten geschieden hat, und daß die bürgerlichen Parteien, die ohne jede Ausnahme glatt annexionistische Ziele proklamiert hatten, niemals eine Erklärung abgegeben haben, die ihre früheren Erklärungen aufhob. Das sind unwiderlegte und unwiderlegliche Tatsachen.

Diejenigen anklagen, die sie mahnen, „für die Verlängerung des Krieges verantwortlich zu sein“, heißt den Briefträger beschuldigen, für das Unglück der Person verantwortlich zu sein, der er einen schlechte Nachrichten enthaltenden Brief gebracht hat. Der Artikel von Stampfer im „Vorwärts“ und alle ähnlichen Entrefilets aus seiner Feder, die man über denselben Gegenstand in anderen Majoritätsorganen, wie der „Münchener Post“ von gestern, findet, zeigen seine Anstrengungen, die Einheit der Front im Scholz der deutschen Partei wieder herzustellen, aber ihre Wirkung kann notwendigerweise nur gleich Null sein. Und sicher kann man nicht durch die Art der „Einnahme“ des „Vorwärts“ durch den Parteivorstand der Sache des Friedens und der Internationale dienen.“

Im „Avanti“, dem Hauptorgan der italienischen Sozialisten, konnte man folgendes lesen:

„So ist es denn dem Parteivorstand gelungen, wieder die Hand auf den „Vorwärts“ zu legen und ihn zum Sprachrohr der Scheidemann, Heine usw., das heißt der mehr oder weniger imperialistischen Politik der sozialistischen Mehrheit der Parlamentsfraktion, zu machen.

Wie bekannt, hat die bisherige Redaktion des „Vorwärts“ sich bemüht, den Willen der sozialistischen Massen zum Ausdruck zu bringen, es abgelehnt, sich zum Werkzeug jener Elemente zu machen, die diesen Willen verleugneten und mit Verachtung jeden Einfluß der Regierungsorgane auf die Gestaltung des Parteiblattes zurückgewiesen. Außerdem aber hat die Redaktion in den Augen des Parteivorstandes noch die große Schuld auf sich geladen, die in der Arbeitsgemeinschaft organisierte Minderheit nicht mundtot zu machen. Lang und erbittert war der Kampf gegen die Regierung, die vergeblich versuchte, die Redaktion zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Und beinahe ebenso heftig war der Kampf der Redaktion gegen den Parteivorstand, der sich Machtvollkommenheiten anmaßte, die im Widerspruch mit den Beschlüssen der Berliner Sozialdemokratie über die Haltung ihres Blattes standen. Nun aber bietet sich dem Parteivorstand mit einem Male die Gelegenheit,

seine Position wieder einzunehmen; er ergreift sie sogleich, paktiert — statt die Haltung der Redaktion zu unterstützen, die sich weigerte, unannehmbare und mit der Würde sozialistischer Parteiführer unvereinbare Bedingungen zu akzeptieren — mit der Regierung und interviert, um das Parteiorgan an sich zu reißen.

Der „Vorwärts“ wird nun nicht mehr dasselbe Blatt sein, das es in den vergangenen Monaten war, das heißt, ein Organ, das den Stimmen der Kriegsgegner offen steht und den Protest der sozialistischen Masse zum Ausdruck bringt, sondern er wird unter der Kontrolle eines Vertreters des Parteivorstandes zu einem reinen Organ der Mehrheit werden, die das Bündnis mit den herrschenden Klassen respektieren und jede Störung des Burgfriedens vermeiden will.“

Viel schärfer war selbstverständlich das Urteil großer Massen der Parteigenossen in Deutschland selbst, und gerade dieser Gewaltstreich des Parteivorstandes hat dazu beigetragen, daß die Opposition eine wesentliche Stärkung erfuhr. Die Berliner Parteigenossen bestellten den neuen „Vorwärts“ in großer Zahl ab und bezogen dafür auswärtige Blätter, wie die „Leipziger Volkszeitung“, den Braunschweiger „Volksfreund“ und das „Volksblatt“ in Halle. Die auswärtigen Blätter konnten freilich keinen vollen Ersatz für das Berliner Blatt geben, zumal besonders die Berliner Hausfrauen darauf angewiesen waren, sich rechtzeitig über die Lieferung von Lebensmitteln in der Presse zu informieren. Wenn die Sozialpatrioten später verkündeten, daß der Boykott des „Vorwärts“ keinen sonderlichen Erfolg gehabt habe, so ist das ein billiger Hohn, und es beweist nur noch einmal, wie sehr sich der rechte Flügel auf die Tücken und Nücken des Krieges stützen mußte, um seine Position zu halten.

Auch eine Nachwahl zum Reichstag, die am 23. November 1916 in dem Leipzig benachbarten Kreise Oschatz-Grimma vorgenommen wurde, gab den Kriegssozialisten Gelegenheit, sich über die angebliche Schwäche der Opposition zu belustigen. Bei den bisherigen Nachwahlen, bei denen fast immer Rechtssozialisten kandidierten, hatten diese unter dem Schutze des Burgfriedens mit den bürgerlichen Parteien Abmachungen getroffen, wonach man auf einen Wahlkampf verzichtete und sich den bisherigen Besitzstand sicherte. In Oschatz-Grimma war die Ersatzwahl eines bürgerlichen Parteimannes vorzunehmen, und hier entschlossen sich unsere Genossen, die auf dem Boden der Opposition standen, den Wahlkampf aufzunehmen. Sie hatten sich freilich die großen Schwierigkeiten der Wahlbeteiligung nicht verhehlt. Der Wahlkreis hatte zum überwiegenden Teil ländlichen Charakter, er zählte neben 250 Dörfern 90 Rittengüter. Lediglich in den drei größeren Städten des Kreises, die zusammen 40 000 Einwohner zählten, konzentrierte sich die Industrie des Kreises. Erst einmal hatte die Sozialdemokratie den Kreis in der Stichwahl mit einer kleinen Stimmenmehrheit erobert, sonst war er stets im Besitz der Konservativen. Diesmal stellten die Konservativen einen ausgesprochenen Alldeutschen, Dr. Wildgrube aus Dresden, auf, und sie konnten mit ihrer Agitation bei der ländlichen Bevölkerung des Kreises um so größeren Erfolg erzielen, als den Agrariern durch den Krieg außerordentliche Vorteile gebracht worden waren. Zudem war die industrielle stimmungsfähige Bevölkerung des Kreises fast bis zum letzten Mann zum

Heeresdienst eingezogen worden, wogegen die Landwirte zu einem erheblichen Teile sich der Reklamation erfreuten. Dem allen ist noch hinzuzufügen, daß unsere Parteigenossen unter dem Belagerungszustand außerordentlich zu leiden hatten, in der Verbreitung von Flugblättern sehr beschränkt waren und daß die Parteipresse bisher nur geringen Eingang in den Kreis gefunden hatte. Sonne und Wind hatte also unsere Partei bei diesem Wahlkampf gegen sich. Sie unterlag bei der Abstimmung, aber sie ist ehrenvoll unterlegen. Ueber 6000 Wähler bekannten sich für den Kandidaten der Arbeitsgemeinschaft, Genossen Lipinski aus Leipzig, der sich offen für die Knechtverweigerung ausgesprochen hatte. Und das war ein Erfolg, dessen sich die Opposition nicht zu schämen brauchte.

Im November 1916 kam das berüchtigte Hilfsdienstgesetz, das nichts anderes als eine vollkommene Lahmlegung der deutschen Arbeiterbewegung bringen sollte. Die sozialdemokratische Mehrheit und auch die Gewerkschaftsvorstände hatten sich bereitgefunden, bei diesem Gesetz mitzuwirken. Was es mit diesem Gesetz auf sich hatte, das führte Genosse Haase für die Arbeitsgemeinschaft in der Reichstagsitzung vom 2. Dezember aus:

„Das Gesetz beschlagnahmt das einzige Gut des Arbeiters, die Arbeitskraft, ohne aber andererseits die kapitalistischen Betriebe zu verstaatlichen. Einige wenige können ihr Hab und Gut vermehren, während Tausende von Existenzen zugrunde gehen. Das Gesetz fesselt die Arbeiter an die Arbeitsstelle, die reichen Müßiggänger haben nur in den Vorverhandlungen eine dekorative Rolle gespielt. Auch der Mittelstand wird unter dem Gesetz leiden, und man wird sehen, daß ganz andere Kräfte wie die Sozialdemokratie ihn vernichten. Nach den Erfahrungen mit dem Belagerungszustand müssen wir befürchten, daß politisch mißliebige Personen auf Grund dieses Gesetzes aus ihrem Wohnsitz entfernt und dem Arbeitszwang unterworfen werden. Dieses politische Gesetz hebt die Freizügigkeit auf und beseitigt das Recht, die Arbeitskraft dort anzubieten, wo sie vorteilhaft verwertet werden kann. Man hat dieses Gesetz als einen Triumph des sozialistischen Gedankens hingestellt, es ist aber Geist vom Geiste des Militarismus und modernsten Kapitalismus. Die Aufhebung der Freizügigkeit führt zum Lohndruck. Unser Antrag auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit bei Männern und Frauen ist abgelehnt worden und das nach all den Lobliedern auf das Heldentum der Frauen! Der Arbeiterschutz für Frauen und Jugendliche wird noch immer nicht wiederhergestellt. Die Schutzbestimmungen dieses Gesetzes verdienen nicht den Namen der Rechtsgarantien. Die Landarbeiter werden an die Scholle gefesselt. Die Vorsitzenden der Ausschüsse werden, nicht aus Parteilichkeit, sondern auf Grund ihrer ganzen Erziehung und sozialen Stellung, in den meisten Fällen gegen die Arbeiter entscheiden. Wir protestieren entschieden gegen die völkerrechtswidrige und obendrein unkluge Abschiebung der belgischen Arbeiter nach Deutschland.“

Die Rechtssozialisten stimmten dem Gesetz zu, und einer ihrer Redner, Bauer, beklagte sich über den „Doktrinarismus“ Haases, der jedes Verständnis für die schwierige Lage des Landes vermissen lasse. Es hat sich später erwiesen, daß Haase mit seinem „Doktrinarismus“ vollkommen recht behalten hat.

Was die von Haase bei dieser Gelegenheit bekämpfte Deportation belgischer Arbeiter nach Deutschland betrifft, so war dieses eines der schwärzesten Kapitel aus der deutschen Kriegspolitik. Die Rechtssozialisten behaupteten zwar, daß sie all ihren Einfluß geltend gemacht hätten, um eine schlechte Behandlung der belgischen Arbeiter zu verhindern. Aber dieser Einfluß hat die Militärbehörden nicht davon abhalten können, die belgischen Arbeiter wie die Sklaven antreiben zu lassen und damit das Entsetzen, das die deutsche Kriegführung im Auslande ohnehin schon hervorgerufen hatte, noch zu steigern.

Das Hilfsdienstgesetz, das nach dem Eingeständnis seiner Urheber lediglich die Kriegsrüstung Deutschland vervollständigen und den letzten Mann und die letzte Frau, allerdings nur, soweit sie der Arbeiterklasse angehörten, in den Dienst des Krieges stellen sollte, bildete den würdigen Auftakt zu der Komödie, die kurz danach aufgeführt wurde. Am 9. Dezember wurde bekanntgegeben, daß der Reichstag für den 12. Dezember einberufen sei. Es sollte eine hochbedeutsame Aktion vom Stapel gelassen werden. In dieser Sitzung hielt der Reichskanzler von Bethmann Hollweg eine Rede, in der er erst des langen und breiten ausführte, welche großen Erfolge der deutsche Militarismus bisher an der Westfront, im Osten, gegen Italien, gegen Rumänien errungen und welche Heldentaten die deutschen Unterseeboote nebenher noch verrichtet hätten. Trotz dieser militärischen Stärke sei aber die deutsche Regierung bereit, den ersten Schritt zum Frieden zu machen. Er habe den Vertretern der neutralen Staaten eine Note überreicht, die sie den feindlichen Mächten übermitteln sollten. Das Wesentliche in der Note hatte diesen Wortlaut:

„Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kraft und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum äußersten fortzusetzen, zugleich aber von dem Wunsch beseelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten und den Greueln des Krieges ein Ende zu machen, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. Die Vorschläge, die sie zu diesen Verhandlungen mitbringen werden und die darauf gerichtet sind, Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu sichern, bilden nach ihrer Ueberzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens.“

Wenn trotz dieses Anerbietens zu Frieden und Versöhnung der Kampf fort dauern sollte, so sind die vier verbündeten Mächte entschlossen, ihn bis zum siegreichen Ende zu führen. Sie lehnen aber feierlich jede Verantwortung dafür vor der Menschheit und der Geschichte ab.“

Der Reichskanzler fügte noch hinzu: Wenn die Feinde diese Friedensbereitschaft ablehnen wollten, dann würde bis in die letzte Hütte hinein jedes deutsche Herz aufflammen im heiligen Zorn gegen die Feinde, die um ihrer Vernichtungs- und Eroberungsabsichten willen dem Menschenmorden keinen Einhalt tun wollen. Während also der Reichskanzler mit der linken Hand den Oelzweig des Friedens hochhielt, packte er mit der rechten Hand um so fester das Schwert, mit dem er die Gegner niederschlagen hoffte. Wilhelm II. ergänzte noch diese Geste, indem er in einem Tagesbefehl an das

deutsche Heer sagte, daß er nur in dem Gefühle des Sieges, den das Heer bisher errungen habe, dem Feinde das Friedensangebot gemacht habe.

Die Rechtssozialisten fielen prompt auf diesen Friedensschwindel hinein und priesen die Friedensliebe der deutschen Regierung und des deutschen Kaisers in allen Tönen, die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft dagegen erkannte sofort den wahren Charakter des Friedensangebots. Sie gab zu der Rede des Reichskanzlers die folgende Erklärung ab:

„Die Einleitung von Friedensverhandlungen haben wir von Anfang an gefordert, getreu der Solidarität der Völker, wie sie die Sozialdemokratie auf ihren nationalen und internationalen Kongressen klar und entschieden zum Leitstern der auswärtigen Politik des Proletariats gemacht hat. Dabei sind wir von der Gewißheit getragen, daß die demokratischen Volksmassen in allen Ländern mit den anderen Völkern in einem Frieden leben wollen, der allen die freie Selbstbestimmung gewährt. Jeder Schritt in dieser Richtung ist deshalb unserer Unterstützung sicher.“

Die deutsche Regierung hat mit ihren Verbündeten den Regierungen der gegnerischen Staaten eine Note zugestellt, in der sie sich zu Friedensverhandlungen bereit erklärt. Soll diese Note zum Frieden führen, dann ist notwendig, daß in allen Ländern der Gedanke an Annexionen fremden Gebietes, an politische, wirtschaftliche oder militärische Unterwerfung irgendeines Volkes unter eine andere Staatsgewalt unzweideutig abgewiesen wird.

Gemäß unserer grundsätzlichen Anschauung, daß der Krieg kein Mittel ist, die Gegensätze zwischen den Völkern auszugleichen und ihre gegenseitigen Beziehungen zu regeln, verwerfen wir jede Ausnutzung der Kriegslage zur Vergewaltigung eines Volkes. Pläne dieser Art führen nur zur Verschärfung und Verlängerung dieses Krieges und bergen den Keim neuer Kriege in sich. Soll die Dauer des Friedens gewährleistet werden, so ist vielmehr erforderlich, daß durch internationale Vereinbarungen überall die Rüstungen eingeschränkt und alle Streitigkeiten der Völker zur Schlichtung Schiedsgerichten unterbreitet werden.

Von den Bedingungen, unter denen die Regierung Friedensverhandlungen einleiten will, erfahren Volk und Volksvertretung nichts. Somit bleibt das für den Erfolg Entscheidende im Dunkel. Wir fordern die Bekanntgabe der Friedensbedingungen. Redewendungen, die verschiedene Deutungen zulassen, rufen Mißtrauen hervor, erschweren oder vereiteln gar das Zustandekommen von Friedensverhandlungen.

Nach allen Grundsätzen wahrhaft demokratischen Lebens durfte eine Kundgebung von solcher Tragweite wie das Friedensangebot nicht ohne Mitwirkung der Volksvertretung in die Welt gehen.

Der Reichstag hat aber die Nichtachtung der Volksvertretung durch die Regierung noch übertrumpft, indem er, ebenso wie vorher schon bei der Proklamierung des Königreichs Polen, auch jetzt wieder sich selbst ausgeschaltet hat. Der von uns wie von den Nationalliberalen und den Konservativen gestellte Antrag auf Besprechung der vom Reichskanzler gehaltenen Rede wurde vom Zentrum, der Fortschrittlichen Volkspartei und der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt. So ist die Stimme des werktätigen Volkes in einem wichtigen Moment nicht zu Gehör gekommen. Die Volksmassen

sind nun wie in den anderen Ländern so auch bei uns berufen, darauf zu dringen, daß dem materiellen und moralischen Elend des Krieges, in das sie wider ihren Willen gestürzt sind, ein Ende gemacht wird, daß ein Friede zustande kommt, der der Verbrüderung der Völker die Wege ebnet."

Es kam so, wie die Opposition vorausgesagt hatte: Das Friedensangebot wurde abgelehnt, der Krieg ging weiter, und er wurde mit noch größerer Erbitterung als bisher geführt. Bald folgte der verstärkte U-Boot-Krieg, der auch die Vereinigten Staaten von Amerika und fast alle die bisher noch nicht am Kriege beteiligten Staaten in das Gemetzel hineinriß.

Aber auch die Instanzenmehrheiten führten ihren Krieg gegen die Opposition mit verstärkten Mitteln fort. Dem Gewaltstreik gegen den „Vorwärts“ folgten zahllose andere Zeitungsraube in der Provinz. Ueberall wurden die oppositionellen Genossen aus der Partei hinausgedrängt. Es würde zu weit führen, wenn wir alle Einzelheiten aus den Drangsalierungen, deren sich die Opposition nicht nur durch die Instanzenmehrheiten, sondern auch durch die militärischen und zivilen Gewalten ausgesetzt sah, darstellen wollten. Sie ähnelten sich wie ein Ei dem anderen, sie waren höchstens in der Art ihrer Ausübung ein wenig voneinander verschieden. Genug, es drängte sich den oppositionellen Kreisen in der Partei immer mehr die Notwendigkeit auf, der Gewalt sich nicht durch vereinzelte Aktionen zu erwehren, sondern sich ihr geschlossen entgegenzustellen.

Zum 7. Januar 1917 wurden die Vertrauensleute aller Richtungen der Opposition zu einer Konferenz nach Berlin zusammenberufen. Die Organe der Mehrheit suchten diese Tagung von vornherein dadurch zu diskreditieren, daß sie meinten, nach dem Friedensangebot der Mittelmächte sei doch eigentlich jede Opposition gegen die deutsche Kriegspolitik hinfällig geworden, und jetzt müsse das gesamte deutsche Volk wie ein Mann hinter Wilhelm II. stehen. Was dazu zu sagen war, das hatte die Kundgebung der Arbeitsgemeinschaft bereits ausgeführt. Der Gegensatz zwischen den Instanzenmehrheiten und der Opposition trat immer stärker hervor. Der Parteivorstand veröffentlichte eine Erklärung, worin er behauptete, daß die Konferenz im Widerspruch stehe zum Organisationsstatut der Gesamtpartei und mit der organisatorischen Einheit unvereinbar sei. Von unberufenen Parteigenossen werde versucht, Parteiorganisationen und deren Mittel in den Dienst einer Sondergruppe zu stellen, und es werde ihnen geraten, dieses parteierstörende Treiben nicht zu unterstützen. Die Genossen Haase, Ledebour, Vogtherr als Einberufer der Konferenz stellten demgegenüber fest, daß der Parteivorstand zum Zwecke der falschen Orientierung der Parteigenossen aus dem Einladungszirkular den vom Zweck der Besprechung handelnden Teil weggelassen habe. Dieser lautete:

„Es handelt sich um die Taktik der oppositionellen Abgeordneten im Reichstag und um Maßregeln zum Schutze des Parteistatuts und der Organisationen, sowie um die Sicherung der Eigentumsrechte der Parteigenossen an ihren Zeitungen.“

Daraus ist ersichtlich, daß die Besprechung gerade dem Zweck dient, gegenüber dem organisations- und statutenwidrigen sowie parteierstörenden Treiben des Parteivorstandes Schutzmaßregeln zu ergreifen.

Die Konferenz war von 157 Parteigenossen besucht. Darunter befanden sich 35 Mitglieder der Spartakusgruppe. 72 Wahlkreise waren vertreten. In seinem einleitenden Referat wies Haase die Erklärung des Parteivorstandes zurück, der ein für allemal das Recht verwirkt habe, anderen Parteigenossen einen Bruch des Organisationsstatuts zum Vorwurf zu machen. Der Parteivorstand pflege und schütze selbst Sonderorganisationen, vor allem den Diskutierklub „Vorwärts“ in Berlin. Die arbeiterfeindliche Politik des Parteivorstandes und der alten Fraktion komme besonders zum Ausdruck im neuen „Vorwärts“, dessen Niveau tief gesunken sei. Das Blatt betreibe nicht grundsätzliche Aufklärung, sondern Verwischung der Klassengegensätze. Im Auslande werde der „Vorwärts“ nicht mehr als Organ der Sozialdemokratie angesehen, sondern als offiziöses Organ der deutschen Regierung. In der Friedensfrage habe sich die alte Fraktion als Werkzeug Bethmann Hollwegs gebrauchen lassen. Die selbstverständliche, demokratischen Grundsätzen entsprechende Forderung, im Reichstag zu der Friedensrede des Kanzlers das Wort zu nehmen, sei von der alten Fraktion abgelehnt worden, nachdem die Regierung es so gewünscht habe. Nach alledem, was sich bisher ereignet habe, sei es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der auf dem Boden der Opposition stehenden Parteigenossen, sich im Rahmen des Parteistatuts zusammenzuschließen, um nicht isoliert zu bleiben. Es gelte in der Partei zu bleiben, die uns ans Herz gewachsen sei, und es sei mit Sicherheit zu erwarten, daß über kurz oder lang die Massen für die Opposition gewonnen worden seien. Es wäre töricht, sich zu einer Sekte zurückdrängen zu lassen. Die Arbeiterbewegung könne nur als Massenbewegung existieren. Die Massenbewegung dürfe aber nicht auf den Boden des englischen Tradeunionismus herabsinken, sondern sie müsse erfüllt sein vom alten sozialdemokratischen Geiste.

Lipinski (Leipzig) behandelte die organisatorischen Notwendigkeiten der Opposition. Aufgabe der Sozialdemokratie sei es, den Kampf um die politische Macht zu führen, um die kapitalistische Produktionsweise umzugestalten. Die Politik des Parteivorstandes und der Mehrheitsfraktion aber laufe auf eine bedingungslose Unterstützung der Regierungspolitik hinaus. Die Parteigenossen müßten mobilgemacht und für unsere Auffassungen gewonnen werden. Zweckwidrig sei die Beitragssperre, die die Macht des Parteivorstandes nicht berühre, ihm aber das formale Recht gebe, gegen die Organisationen vorzugehen. Notwendig sei der Zusammenschluß der Opposition, der mündliche Verkehr der oppositionellen Genossen in den Bezirken und Ortsgruppen, aber alles müsse im Rahmen der Partei geschehen.

Der Redner der Spartakusgruppe, Ernst Meyer, verlangte dagegen, daß man die Frage der Beitragssperre und der Zugehörigkeit der Partei erörtern solle. Der Klassenkampf müsse auch gegen den Parteivorstand geführt werden, und dabei dürfe man auf Formalien keine Rücksicht nehmen. Die Spartakusgruppe trete zwar

nicht für die Spaltung der Partei ein, aber der Hauptton sei auf die Selbstbetätigung und die Aktion der Massen zu legen. Der Kampf müsse mit allen Mitteln geführt werden, auch mit der Beitragssperre, selbst wenn er in der Folge zur Spaltung führe. Eine nicht gerade rühmliche Rolle spielte dann noch Julian Borchardt als Vertreter der kleinen Gruppe der Internationalen Sozialisten Deutschlands. Seine Freunde lehnten ein Bündnis mit der Arbeitsgemeinschaft ab, sie wollten die Beitragssperre durchführen und mit den anderen Gruppen der Opposition nur gegen Gewaltstreich des Parteivorstandes zusammen kämpfen.

Es kam zwischen den verschiedenen Richtungen zu scharfen Auseinandersetzungen, die große Mehrheit der Konferenz stand jedoch auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft. Ihre Resolution erhielt 111 Stimmen, für die Resolution Borchardt wurden nur 6, für die Resolution der Spartakusgruppe 34 Stimmen abgegeben. Die Resolution der Opposition hatte folgenden Wortlaut:

„Seit Ausbruch des Weltkrieges ist der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestrebt, mit allen Mitteln die Gesamtpartei auf die Politik der Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 festzulegen und sie dieser Politik dienstbar zu machen. Den wachsenden Widerspruch versuchte er durch planmäßige Gewaltmaßregeln unter Verletzung des Organisationsstatuts der Partei niederzuhalten.

Zeichen dieses parteizerrüttenden Treibens sind sein Auftreten in Berlin, Bremen, Duisburg, Frankfurt, Stuttgart, die rechtswidrige Auslieferung der Presse an die Anhänger seiner Politik auch an Orten, wo die Parteiorganisationen in großer Mehrheit auf dem Boden der Opposition stehen, die Maßregelung der Redakteure in Berlin, Bremen, Duisburg und Stuttgart, der Mißbrauch des Parteiausschusses zur Deckung der Vorstandspolitik und seines statutenwidrigen Handelns und das Hinausdrängen der oppositionellen Abgeordneten aus der Reichstagsfraktion.

So hat der Parteivorstand die ihm von der Gesamtpartei auferlegte Pflicht, allen Anschauungen innerhalb der Partei freie Betätigung auf dem Boden des Parteiprogramms zu gewähren, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Parteipresse zu wahren, die Parteipresse zum Kampf gegen den Kapitalismus und die von diesem betriebene Politik zusammenzuhalten, fortdauernd verletzt und mit Absicht zur Förderung seiner Sonderbestrebungen die ihm innerhalb der Organisation zugewiesenen Befugnisse überschritten. Den Parteigenossen erwächst damit die dringende Pflicht, zum Schutze gegen dieses organisationswidrige und die Partei gefährdende Verhalten des Vorstandes, zur Wahrung der Parteigrundsätze und des Parteistatuts einheitlich und geschlossen aufzutreten.

Die Orts- und Kreisorganisationen, deren Mehrheit die Auffassung der Opposition teilt, haben in stete enge Fühlung zueinander zu treten. Dort, wo die oppositionellen Genossen nicht die Mehrheit in der Organisation haben, haben sie im Rahmen des Parteistatuts unermüdlich für die Ausbreitung ihrer Anschauungen zu wirken und zur Erfüllung der der Opposition im Interesse der Partei obliegenden Aufgaben, sowie zu eigener Belehrung in geeigneter Weise einen Zusammenschluß herbeizuführen.

Die Sperre der Parteibeiträge, die als schärfstes Mißtrauensvotum gegen den Parteivorstand gedacht ist, ist als ungeeignet

zurückzuweisen, da sie die finanzielle Macht des Parteivorstands in keiner Weise ändert und ihm nur eine bequeme, wenn auch im Parteistatut nicht begründete Handhabe bietet, Parteiorganisationen „außerhalb der Partei“ zu stellen und ihren Einfluß auf die Entscheidung der Partei auszuschalten.

Diesen Einfluß preiszugeben, wäre ein großer Fehler. Der Parteitag, der nach Wiederherstellung verfassungsrechtlicher Garantien und gründlicher Vorbereitung zusammentritt, soll die Opposition auf ihrem Platze finden, wenn es gilt, darüber zu entscheiden, ob die Partei die alten Bahnen aufgeben soll.

Ziel der Sozialdemokratie ist es, die kapitalistische Produktionsweise, deren Anarchie sich besonders im Kriege gezeigt hat, in die sozialistische umzuwandeln, die politische Macht zu diesem Zweck zu erringen und den Kampf um diese zu einem einheitlichen zu gestalten.

Die während des Krieges vom Parteivorstand betriebene Politik ist damit unvereinbar, weil sie die Bourgeoisie stärkt, bei ihrer Machterweiterung stützt, die Arbeiterklasse dagegen noch mehr spaltet und in der Verfolgung des sozialistischen Zieles hemmt.

Aufgabe der Opposition ist es, die arbeitende Klasse auf das alte Kampffeld zurückzuführen und überall die grundsätzliche Politik der Sozialdemokratie zu fördern.

Zur Erfüllung dieser Aufgabe fordern wir die Parteigenossen auf, im Sinne vorstehender Vorschläge mit tatkräftigem Eifer zu wirken.“

Zum Schlusse der Konferenz sprachen Karl Kautsky und Kurt Eisner über die Friedensfrage. Ein von Kautsky vorgelegtes Manifest sowie eine von Kurt Eisner begründete Resolution wurden einstimmig angenommen. Das Manifest lautete:

„Genossen!

Die Internationale fordert gemäß der Kongreßbeschlüsse von Stuttgart, Kopenhagen und Basel die sozialistischen Parteien auf, bei dem Ausbruch eines Krieges für dessen schnelle Beendigung einzutreten.

Dementsprechend hat die Opposition in der deutschen Sozialdemokratie sich stets der Parole des Durchhaltens bis zum Siege widersetzt und stets von der Regierung verlangt, daß sie ihre Friedensbereitschaft bekennt. Die Opposition hat ihre Friedenspropaganda nicht erst mit dem Moment begonnen, wo eine solche von der Regierung gutgeheißen wurde.

Was die Opposition fordert, war nicht die Bereitschaft zum Frieden um jeden Preis, aber auch nicht die bloße Bereitschaft zu einem Frieden an sich ohne jede nähere Angabe seiner Bedingungen. Was sie fordert, war die Bereitschaft zu einem Frieden, in dem es weder Sieger noch Besiegte gibt, zu einem Frieden der Verständigung ohne Vergewaltigung.

Die Opposition innerhalb der deutschen Sozialdemokratie betrachtet die Friedensbereitschaft, die der Reichskanzler am 12. Dezember v. J. kundgab, als Symptom aufkeimenden Friedenswunsches in den regierenden Kreisen. Sie kann aber die Art der Ankündigung dieser Bereitschaft nicht als taugliches Mittel zur Erreichung des Friedenszieles anerkennen.

Der Reichskanzler proklamierte das Deutsche Reich als Sieger im Weltkriege. Und doch erschwert das Pochen auf erfochtene Siege den Friedensschluß ebensowehr, wie die Ankündigung kommender Siege.

Ferner unterließ der Reichskanzler jede genaue Darlegung der Kriegsziele. Keine der beiden Mächtegruppen hat bisher Kriegsziele erkennen lassen, die der andern Seite das Eingehen auf Verhandlungen erleichtern. Diese verhängnisvolle Unterlassung ist eine Folge der Macht, welche die Kriegsparteien in den herrschenden Klassen noch besitzen. Deren Einfluß muß gebrochen werden, ehe wir zum Frieden kommen können. Das ist nicht zu erreichen durch diplomatische Transaktionen hinter den Kulissen, sondern nur durch die Einwirkung der Volksmassen auf ihre Regierungen. Nur aus diesem politischen Kampf, nicht aus dem Burgfrieden kann die wirkliche Friedensbereitschaft hervorgehen. Sie erheischt die Aufhebung des Kriegszustandes, erheischt die Freiheit der Presse und der Versammlungen.

Aber auch nur als internationaler Kampf ist das Ringen um den Frieden zu gewinnen. Es darf nicht einseitig bleiben. Mehr als je bedürfen wir in der neuen Situation, die durch das Friedensangebot des Reichskanzlers und die Intervention Wilsons geschaffen worden ist, des internationalen Zusammenhanges der Parteien des proletarischen Sozialismus, der berufenen Vorkämpfer des Friedens. Mag die Kundgebung dieses Zusammenhanges heute durch äußere Gewalten oder durch die Haltung mancher Mehrheiten noch gehemmt werden, um so notwendiger ist es, daß diejenigen, die den internationalen Zusammenhang geistig nie aufgegeben haben und bisher schon — wie es auch in Zimmerwald und Kienthal geschah — jede Gelegenheit benutzten, ihn zu betonen, ihre innere Uebereinstimmung auf das unzweideutigste bekunden.

Wir halten dafür, daß in allen kriegführenden Ländern für die sozialistischen Parteien die Zeit gekommen ist, von ihren Regierungen eindringlich die genaue Mitteilung der Ziele zu fordern, für die sie den Krieg führen; zu fordern, daß diese Ziele derart sind, daß sie für keines der betreffenden Völker eine Demütigung oder eine Schädigung ihrer Existenzbedingungen bedeuten, daß die Sozialisten überall den Kampf gegen alle Parteien aufnehmen, die den Krieg über diese Ziele hinaus fortsetzen wollen.

Als demokratische und internationale Partei steht die Sozialdemokratie auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Aber die Opposition innerhalb der deutschen Sozialdemokratie hat zu keiner der bürgerlichen Regierungen genügendes Vertrauen, um einer von ihnen die Mission der Befreiung der Nationalitäten durch den Krieg zuzuerkennen. Diese Aufgabe allseitig zu lösen, kann nur das Werk des siegreichen Proletariats sein.

Doch stehen wir der Freiheit und Selbstbestimmung der Nationen in der bürgerlichen Gesellschaft keineswegs gleichgültig gegenüber. Wir müssen uns entschieden dagegen wehren, daß der Zustand, wie er vor dem Kriege bestand, durch diesen noch verschlechtert wird. Wir lehnen jede Gebietsveränderung ab, die nicht die Zustimmung der betreffenden Bevölkerung hat. Was die Internationale vor allem gemäß den Beschlüssen ihrer Kongresse zu fordern hat, sind internationale Abkommen über die Entscheidung aller Konflikte zwischen den Staaten durch Schiedsgerichte und über eine allseitige Einschränkung der Kriegsrüstungen.

Im Wettrüsten liegt eine der stärksten Wurzeln des jetzigen Krieges. Sie auszurotten, ist die erste Vorbedingung dafür, künftigen Kriegen vorzubeugen. Hier ist die Möglichkeit vorhanden, über den Status quo vor dem Kriege hinauszugehen, einen Fortschritt zu erzielen für alle, ohne Benachteiligung irgendeines der kriegführenden Teile. Hier wird in besserer Form an materiellen Vorteilen das gegeben, was man vergeblich

durch Kriegsentschädigungen zu erreichen sucht: jede Milliarde im Jahre, die durch eine Verminderung der Rüstungskosten erspart wird, entspricht der Verzinsung einer Kriegsentschädigung von 20 Milliarden.

Mit dem Abkommen über Abrüstung und Schiedsgerichte wird auch das Maximum an materiellen Garantien gegen künftige Ueberfälle gegeben, das in der kapitalistischen Gesellschaft durch bestimmte Friedensbedingungen überhaupt erreichbar ist.

Den sichersten Schutzwall des Friedens bildet freilich nur ein politisch machtvolles, geistig selbständiges Proletariat, bildet dessen intensivste Teilnahme an der äußeren Politik, die im vollsten Lichte der Öffentlichkeit zu führen ist.

Macht und Selbständigkeit des Proletariats, Offenheit und Klarheit in der Politik, Einheit im Innern, internationale Solidarität nach außen bringen den Frieden; sichern den Frieden.

Es ist, geschichtlich gesehen, besonders bemerkenswert, daß Karl Kautsky damals noch die einmütige Zustimmung der ganzen Konferenz fand. Auch die Spartakusanhänger erklärten sich rückhaltlos mit seinen Anschauungen einverstanden. Erst einige Zeit später ist ihnen die Erleuchtung gekommen, daß Kautsky eigentlich ein „Konterrevolutionär“, ein „verkappter Bourgeois“ sei, um ihre Terminologie zu gebrauchen.

Die Besprechung der Opposition gab den Instanzenmehrheiten die gewünschte Gelegenheit, die Zerreißung der Partei durchzuführen. Zwar boten die Beschlüsse der Konferenz keinen eigentlichen Anlaß dazu, aber schon die Tatsache, daß die Opposition sich gegen die Gewaltstreiche des Parteivorstandes überhaupt zur Wehr zu setzen wagte, mußte dazu herhalten, um die Spaltung der Partei durchzuführen. In der sozialpatriotischen Presse wurden dem Parteivorstand die Stichworte dazu geliefert. Es wurde von ihm verlangt, daß er die Teilnehmer an der Konferenz als der Parteizugehörigkeit verlustig erklären solle. Dazwischen fiel die Ablehnung des deutschen Friedensangebots durch die Entente, was die Mehrheit veranlaßte, sich von neuem an den Burgfrieden der Bourgeoisie zu ketten.

Am 16. Januar trat der Parteiausschuß im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammen. Sie war dazu bestimmt, mit der Opposition abzurechnen. Ebert hielt wieder eine seiner bekannten Reden; er behauptete, daß die Opposition den Bruch mit der Gesamtpartei bereits vollzogen habe, jetzt seien nur die Folgerungen daraus zu ziehen. Auf Antrag von Sindermann (Dresden) und Löbe (Breslau) wurde mit 29 gegen 10 Stimmen eine Resolution angenommen, in der es hieß:

„Jetzt haben die Leiter der Arbeitsgemeinschaft ihr parteierstörendes Werk gekrönt durch die Einberufung einer Reichskonferenz der Opposition. Ihr Vorgehen, sie wirkten für die Einheit der Partei und im Rahmen der Partei, ist damit in seiner ganzen Unehrllichkeit enthüllt. Sie haben sich als Parteileitung aufgetan und zum 7. Januar d. J. Parteiorganisationen und Sonderorganisationen nach Berlin zusammenberufen.“

Das ist die Gründung einer Sonderorganisation gegen die Partei, und die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft wie ihre Anhänger haben sich numehr auch von der Partei selbst getrennt. Die

Schaffung dieser Sonderorganisation und die Zugehörigkeit zu ihr ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Gesamtpartei. Daher ist es nun Aufgabe aller treu zur Partei stehenden Organisationen, dem unehrlichen Doppelspiel aller Parteierstörer ein Ende zu machen und die durch die Abspaltung der Sonderorganisationen erforderlichen organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen.

Die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu festigen, damit sie den gewaltigen Aufgaben gewachsen ist, die sie noch während des schrecklichen Weltkrieges und nach seiner Beendigung zum Wohle der Arbeiterklasse und der weitesten Volkskreise im Geiste sozialistischer Weltanschauung zu erfüllen hat, ist Aufgabe aller Parteigenossen.

Das war das Losungswort für den Hinauswurf der Opposition aus der Partei, für die endgültige Spaltung der Sozialdemokratie. Der Parteivorstand veröffentlichte im Anschluß daran einen Aufruf, der den Inhalt der Resolution Löbe-Sindermann wiederholte und von den Organisationen verlangte, daß sie die mißliebigen Elemente ausschließen sollen. Robert Wengels und Luise Zietz, die zur Minderheit des Parteivorstandes gehörten, gaben dazu im „Vorwärts“ folgende Erklärung ab:

„Der heutige Aufruf des Parteivorstandes bedeutet einen entscheidenden Schritt in der Geschichte der Partei. Die Einheit der Partei, für die wir unser ganzes politisches Leben hindurch gekämpft haben, wird zerrissen, wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Ausführung gelangen. In dieser Situation fühlen wir uns in Abweichung von unserer Gepflogenheit verpflichtet, auszusprechen, daß wir die Verantwortung für diesen Schritt ablehnen.“

Die Opposition veröffentlichte eine Erklärung, in der die entscheidenden Stellen lauteten:

„Der Opposition ist ihre Aufgabe vorgezeichnet durch unser gutes Recht und das Gesamtinteresse der Arbeiterbewegung. Mit den gemäßregelten Parteiorganisationen und Parteigenossen werden sich alle unsere den gleichen Anschauungen huldigenden Freunde solidarisch erklären. Wie die oppositionell gerichteten Parteiorganisationen und Parteigenossen später ihre Rechte zu wahren und die Vertretung unserer Anschauungen im öffentlichen Leben sicherzustellen haben, muß künftigen Entschließungen vorbehalten bleiben. Jetzt ist kein Tag zu verlieren! Deshalb, Parteigenossen, schließt euch zusammen zur Wahrung unserer Rechte in den Parteiorganisationen!

Der Kampf, den wir in der Partei durchzuführen haben, ist nur die Folgeerscheinung des großen grundsätzlichen Widerstreits zweier Weltanschauungen. Der Vorstand und seine Anhänger haben sich durchgemauert zu nationalsozialen Anschauungen und sind so zu einer Gefolgschaft der Regierung und der imperialistischen bürgerlichen Parteien geworden. Wir blieben und bleiben auch während des Weltkrieges: Vorkämpfer für den Weltfrieden und die Befreiung des Proletariats!“

Die Losungen der Instanzenmehrheiten wurden im Reich bald zur Ausführung gebracht. Wo sich in den Organisationen die Opposition in der Minderheit befand, wurde sie einfach für „außerhalb der Partei stehend“ erklärt. Wo sich die Mehrheiten der Organisationen für die Opposition erklärten, wurden sie vom Parteivorstand und von den einzelnen Landesvorständen auf die Achtungs-

liste gesetzt. In Berlin, in Leipzig, in Bremen, in Braunschweig, in einer großen Anzahl anderer Orte wurden neue Organisationen gegründet.

Die Zerreißung war mit den Beschlüssen der Instanzenmehrheiten vollbracht; die Einheit der Sozialdemokratischen Partei, dieses stolze Werk der deutschen Arbeiterklasse und des internationalen Proletariats, war dahin. Wollte nun die Opposition nicht auf jede politische Betätigung verzichten, so mußte sie sich einen eigenen Parteikörper schaffen. Das war die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Die Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Spaltungsarbeit wird fortgesetzt. — Zwei Nachwahlen in Berlin. — Ablehnung des deutschen Friedensvorschlags. — Verschärfter U-Boot-Krieg. — Die Vereinigten Staaten von Amerika werden in den Kriegsstrudel gerissen. — Neue Steuern und vermehrtes Elend. — Die Märzrevolution in Rußland. — Das Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. — Der Gründungsparteitag der U. S. P. D. 1

Der weitere Ablauf der Spaltungstragödie der deutschen Sozialdemokratie war durch nichts mehr aufzuhalten. Bürokratische Engherzigkeit und beschränkter Organisationsfanatismus, der in blinder Verkennung der Verhältnisse den Kadavergehorsam des preußischen Militarismus auf die Partei verpflanzen wollte, hat die politische Einheit der deutschen Arbeiterklasse zerschlagen. In einigen Bezirken bemühte man sich noch um eine Vermittlung zwischen den beiden Richtungen; so in Thüringen, wo noch längere Zeit die Vorstandsanhänger mit den Genossen von der Opposition zusammenarbeiteten, oder in Nordbayern, wo Adolf Braun die Gegensätze zu überbrücken suchte. Aber die Instanzenmehrheiten ließen sich von der rücksichtslosen Ausnützung der ihnen mit dem Parteiapparat in die Hände gegebenen Macht nicht mehr zurückhalten.

Es ist nicht möglich, in allen Einzelheiten die damaligen Vorgänge wiederzugeben; es genügt zu sagen, daß die Parteinstanzen kein Mittel unversucht ließen, um die oppositionellen Genossen aus ihren Parteistellungen zu drängen, die Opposition ihrer Organe zu berauben und alle Parteimitglieder, die ihre Auffassungen über die Kriegspolitik nicht teilten, der Parteirechte für verlustig zu erklären. Der Bruderkampf wurde so heftig geführt, wie es in der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung wohl kaum ein zweites Mal erhört ist. Die Mehrheit des Parteivorstandes erklärte, daß sie mit den Genossen Wengels und Luise Zietz nicht länger zusammenarbeiten wollte. Den Anlaß dazu suchten sie in ihrer von der Mehrheit abweichenden Auffassung über den „Vorwärts“raub und außerdem behauptete sie, daß die beiden Genossen, weil sie auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft ständen, Organisationen angehörten, die der sozialdemokratischen Partei nicht angeschlossen seien. Als Antwort darauf veröffentlichten die Genossen Wengels und Luise Zietz eine Erklärung, worin sie feststellten, daß

ihr Amt auf dem Willen des Parteitages beruhe und daß es ihnen von niemand anderem als dem Parteitag wieder entzogen werden könne. Es wäre ein Gewissenszwang schlimmster Art gewesen, wenn sie sich der Unterdrückung der Meinungsfreiheit und Ueberzeugungstreue beim „Vorwärts“raube angeschlossen hätten. Bis zum letzten Augenblick hätten sie für die Einheit der Partei und für die Geschlossenheit der Gewerkschaften gewirkt und sich dabei von den alten Parteigrundsätzen leiten lassen. „Daß die Partei zerrissen und die Arbeiterbewegung in ein durchaus anderes Fahrwasser gelenkt wird, können wir nicht stillschweigend mit ansehen. Gegen diese verderbliche Politik nach wie vor mit unserer ganzen Kraft anzukämpfen, halten wir für unsere Pflicht.“ So schloß die Erklärung.

Am 19. Januar kam es zum offenen Bruch in der sozialdemokratischen Fraktion des Preußischen Landtages. Den Anlaß dazu gab die Rede des Abgeordneten Hirsch zum Etat. Hirsch hatte zuerst Sympathien für die Opposition gezeigt, aber seine Haltung wurde immer schwankender und zweideutiger und schließlich ging er ganz in das Lager der Mehrheit über. Seine Rede war geradezu ein Hohn auf jedes proletarische und sozialdemokratische Empfinden. Im Namen der Abgeordneten Adolf und Paul Hoffmann, Hofer und Ströbel protestierte danach Adolf Hoffmann gegen ihren Inhalt. Es war nicht möglich, ausführlich darauf zu antworten, da nach der alten, übelbewährten Methode des preußischen Junkerparlaments die Debatte hinter Hirsch abgeschnitten wurde. Die eine Hälfte der Fraktion, fünf Mann, die hinter der Instanzenpolitik stand, nützte die Gelegenheit, die ihnen die Entziehung des Mandats zum Fall Liebknecht durch das kriegsgerichtliche Urteil gab, dazu aus, um die anderen vier Genossen kurzerhand aus der Fraktion auszuschließen. Diesen blieb jetzt nichts anderes übrig, als eine besondere Fraktion zu bilden. Ähnliche Vorgänge spielten sich in den Parlamenten Sachsens und Württembergs ab.

Die Opposition mußte nunmehr zu Abwehrmaßnahmen greifen. Am 9. Februar 1917 wurde folgender Aufruf veröffentlicht:

„Parteigenossen!

Die Stunde der Entscheidung ist für uns alle gekommen!

Seit Kriegsbeginn sind Parteivorstand und Fraktionsmehrheit in eine antisozialistische Politik hineingeraten, die, stetig sich verschlimmernd, die offizielle Sozialdemokratie zu einer nationalsozialen Regierungspartei gemacht hat.

Diese Neuorientierung begann mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten; sie steigerte sich zur Bewilligung des Budgets. So trieb die Mehrheit der Reichstagsfraktion durch die burgfriedliche Verbrüderung mit den bürgerlichen Parteien in die Unterstützung imperialistischer Kriegsziele hinein. Durch beharrliche Ablehnung der Minderheitsforderung, daß die Regierung zur Proklamierung eines annexionslosen Friedensangebots gedrängt werden solle, wirkte die Fraktionsmehrheit kriegsverlängernd, nicht aber, wie sie jetzt vorgibt, friedensfördernd. Den steigenden Einfluß der Opposition suchte die Fraktionsmehrheit, als die Minderheit das Recht der selbständigen

Meinungsäußerung für sich in Anspruch nahm, dadurch zu brechen, daß sie ihr widerrechtlich und den Parteitagebeschlüssen entgegen, die Fraktionsrechte entzog. Sie nötigte dadurch die Minderheit, sich nunmehr als selbständige Fraktion zu konstituieren. Der tiefgehende sachliche Gegensatz zwischen den beiden Fraktionen trat dann fortgesetzt im Reichstag in der Behandlung aller politischen Fragen zutage — zuletzt noch bei dem Hilfsdienstgesetz, das von der „Fraktion“ angenommen, von der Arbeitsgemeinschaft abgelehnt wurde.

Gleichzeitig hatte der Parteivorstand den Kampf gegen die oppositionelle Presse durch Absetzung von Redakteuren und durch Besitzergreifung von Zeitungen begonnen. Diese Politik der Gewalttätigkeiten gipfelte in der Ausnutzung des Belagerungszustandes zum Raube des „Vorwärts“.

Auch in der Bekämpfung oppositioneller Organisationen schritt der Parteivorstand von Rechtsbruch zu Rechtsbruch. An verschiedenen Orten veranlaßte er die Gründung von Sonderorganisationen! Das Signal zu allgemeiner Parteispaltung lief er sich dann am 18. Januar d. J. durch ein Gutachten des Parteiausschusses geben, das er am 22. Januar zu einer eigenen Kundgebung verwertete. Er drohte darin, diejenigen Parteigenossen, die sich zu oppositionellen Anschauungen bekannt haben, aus den von ihm selbst beherrschten Organisationen auszustoßen und zur Bekämpfung der oppositionellen Organisationen überall durch seine Handlanger Gegenorganisationen gründen zu lassen.

Dieser Drohung sind jetzt die Taten gefolgt.

Im Kreise Potsdam-Osthavelland wurde am 28. Januar auf Anstiften des Parteivorstandes gegen die rechtmäßige Wahlkreisorganisation ein Gegenverein gegründet. Diese Sonderorganisation tat dann gleich einen weiteren Schritt auf der Bahn der Parteizerrüttung, indem sie für die bevorstehende Reichstagsersatzwahl ihren Vorsitzenden als Gegenkandidaten gegen den rechtmäßig aufgestellten oppositionellen Kandidaten aufstellte. Das geschah, um mit Hilfe der bürgerlichen Parteien ein Mandat an sich zu reißen, das dem Genossen Liebknecht durch ein Zuchthausurteil entrissen wurde. — In Berlin wurde die Gründung von Gegenorganisationen gegen die rechtmäßigen Wahlvereine durch einen offenbar abgekarteten Briefwechsel zwischen dem Vorsitzenden des „Diskutierklubs Vorwärts“ und dem Parteivorsitzenden Ebert eingeleitet. Ebert gab in seiner Antwort eine ausführliche Anleitung zur Parteispaltung in Berlin. Sie wurde bereits in mehreren Wahlkreisen befolgt. Das Vorbild des Parteivorstandes wurde auch bereits von den Leitern der Landesorganisation in Sachsen sowie der Bezirksorganisation in Dresden und Zwickau nachgeahmt. Die ganze Bezirksorganisation Leipzig sowie die Vertreter mehrerer Wahlkreisorganisationen wurden durch Mehrheitsbeschluß kurzerhand der Rechte beraubt, die ihnen von den organisierten Genossen übertragen waren!

So vollzieht sich jetzt die Parteispaltung, weil ein Dutzend zur Besorgung zentraler Parteigeschäfte angestellter Parteibeamten wider alles Parteirecht sich anmalzen, nach eigenem Gutdünken den Ausschluß einzelner Parteigenossen und ganzer Organisationen aus der Partei zu dekretieren.

Alle diese Uebergriffe sind nach dem Parteirecht zwar null und nichtig, die Machtmittel, die der Parteivorstand als zentrale Verwaltungsbehörde in Händen hat, und die Unterstützung seitens einer großen Zahl von Genossen in leitender Stellung ermöglichen es ihm jedoch, im Rahmen der von ihm beherrschten Organisationen unsern

Freunden überall die Parteitätigkeit unmöglich zu machen. Gegenüber der planmäßigen Schaffung von Sonderorganisationen durch den Parteivorstand genügt nicht mehr ein Protest!

Es müssen sich nunmehr auch die oppositionellen Genossen überall zusammenschließen. Denn was den Genossen in Potsdam, in Berlin, in Sachen usw. angetan wird, ist ein Schlag, der uns alle trifft. Würde die Opposition nicht tatkräftig vorgehen, so hätte der Parteivorstand gewonnenes Spiel. Er würde die Stäbe einzeln zerbrechen, gegen die er ohnmächtig bleibt, wenn sie festverbunden ihm Widerstand leisten. Solidaritätspflicht ist es jetzt für alle grundsatztreuen Genossen, sich organisatorisch zu vereinen zu gemeinsamer Arbeit für die Gesundung der sozialdemokratischen Bewegung, für die Durchführung des sozialdemokratischen Programms sowie der Beschlüsse der Parteitage und der internationalen Sozialistenkongress!

Im Einverständnis mit einer großen Anzahl von Genossen aus allen Teilen Deutschlands richten wir deshalb an alle Organisationen und Parteigenossen, die gewillt sind, mit der Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuwirken, die Aufforderung, sich an einer Oppositionskonferenz zu beteiligen, in der die erforderlichen Maßnahmen zum Zusammenschluß der Opposition zu treffen sind!

Zu dem Zweck bitten wir diejenigen Wahlkreisorganisationen, die sich bereits auf den Boden der Opposition gestellt haben oder die einen solchen Beschluß noch fassen werden, sich unverzüglich bei der unterzeichneten Adresse anzumelden. In Wahlkreisen, in denen nach der Anstachelung des Parteivorstandes die oppositionellen Parteigenossen durch Wahlkreisbeschluß ihrer Parteirechte beraubt werden, erwarten wir, daß sie sofort eine eigene Organisation gründen und uns hiervon sowie von ihrem Anschluß an unsere Bewegung gleichfalls in Kenntnis setzen.

Nähere Mitteilungen über den Zusammentritt der Konferenz werden demnächst erfolgen, doch bitten wir, die organisatorischen Vorarbeiten dafür bis Mitte März zu beenden!

Und nun frisch ans Werk! Kein Tag ist zu verlieren!

Mit sozialdemokratischem Parteigruß

I. A.: Der Vorstand der Soz. Arbeitsgemeinschaft
des Reichstags.

Haase. Ledebour. Vogtherr.“

Von den Mitgliedern der Opposition wurde sofort in diesem Sinne die Arbeit aufgenommen. Am 11. Februar tagte eine Generalversammlung des Verbandes der Wahlvereine Groß-Berlin. Hugo Haase zeigte dort, wie der Parteivorstand Gewalttat auf Gewalttat häufte, so skandalöser Art, wie sie in der Geschichte der Parteien, wie im politischen Leben bisher nicht erhört gewesen seien. Was demgegenüber von oppositioneller Seite an Abwehrmaßnahmen geschah, sei schon dadurch allein vollkommen gerechtfertigt. Das gelte auch für die Oppositionskonferenz, da sie innerhalb des Rahmens der Partei sich ihre Agitations- und Aufklärungsarbeit gesteckt hätte, mit dem Ziel, den Kampf der Geister auf dem Parteitage auszutragen. Jetzt gäbe es keine andere Wahl mehr, als den engen Zusammenschluß aller oppositionellen Elemente gegen Nationalismus und Imperialismus für Sozialismus und Demokratie. Ohne Diskussion nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

„Die Verbands-Generalversammlung von Groß-Berlin erklärt die Gründung von Gegenorganisationen gegen die rechtmäßigen Wahlkreisorganisationen als Maßnahmen, die die organisatorische Besiegelung der antisozialistischen und imperialistischen Politik des Vorstandes und der Fraktion darstellen und die Zertrümmerungstätigkeit des Parteivorstandes krönen. Durch dieses Vorgehen hat sich der Parteivorstand und seine Gefolgschaft in gleiche Kampfesfront gestellt, in der die Gegner des Sozialismus und der Demokratie stehen.

Aus diesen Gründen erklärt sich die Verbands-Generalversammlung einverstanden mit der im Aufrufe des Vorstandes der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft vom 8. Februar d. J. enthaltenen Aufforderung zu einem organisatorischen Zusammenschluß aller vom Parteivorstand vergewaltigten Organisationen und Genossen und beauftragt die Verbandsleitung, die notwendigen Schritte zu tun, damit die Berliner Wahlkreisorganisationen dieser Aufforderung nach jeder Richtung hin entsprechen.

Ueber die organisatorische Form des Zusammenschlusses der Opposition und die Art der einheitlich-politischen Tätigkeit hat die aus Vertretern aller vom Parteivorstand entrechteten Kreise bestehende Konferenz nach den Grundsätzen der Demokratie zu entscheiden.“

Ähnliche Beschlüsse wurden in einer ganzen Reihe von Organisationen im Reiche gefaßt, so in Leipzig, in Braunschweig, in Bremen, in Halle, um einige von den wichtigsten Punkten der Opposition zu nennen.

Die Instanzenmehrheiten begnügten sich aber nicht damit, die Organisationen zu zerspalten und die Partei zu spalten, sie trugen den Bruderkampf auch auf offenem Markte aus. Durch das Urteil des Kriegesgerichts waren Karl Liebknecht das Mandat für den Landtag im elften Berliner Wahlkreis und das Mandat für den Reichstag in Potsdam-Osthavelland aberkannt worden. Angesichts der schmachvollen Behandlung, die Liebknecht erduldet hatte, angesichts der Tatsache, das durch das Urteil eines solchen Gerichts die Neuwahlen herbeigeführt worden waren, hätte es für die Instanzen zum mindesten ein Gebot des einfachsten politischen Anstandes sein müssen, die freigewordenen Sitze so besetzen zu lassen, wie es den Anschauungen Liebknechts entsprach. Aber was politischer Anstand, was proletarisches Rechtsgefühl: die Mehrheit ging darüber mit einem Lächeln hinweg und stellte dem Kandidaten der Opposition Franz Mehring in beiden Kreisen, besondere Kandidaten ihrer Richtung entgegen.

Bei der Landtagswahl glückte dieses frivole Spiel nicht. Von 268 Wahlmannsstimmen, die von den Urwählern neu zu benennen waren, fielen 218 der Opposition zu. Der rechte Flügel hatte gerade sechs seiner Wahlmänner durchgebracht. Dieses Ereignis wurde ohne Schlepparbeit, für die die Kräfte fehlten, erreicht. Aus eigenem Antriebe hatten die Arbeiterwähler in diesem proletarischen Viertel Berlins ihre Stimme für Liebknecht abgegeben und damit öffentlich gegen die Kriegspolitik der Regierung und der Fraktionsmehrheit protestiert. Die Anhänger des Parteivorstandes dagegen hatten sich mit den Fortschrittlern verbunden und glaubten mit bürgerlicher Hilfe über die Arbeiter triumphieren zu können. Die Fortschrittler sollten in der dritten und zweiten Abteilung für ihre Wahlmänner

stimmen; als Gegenleistung dafür veröffentlichte das „Sozialdemokratische Wahlkomitee I. A. Pattloch“ in der „Berliner Volkszeitung“ am Abend vor der Wahl einen Aufruf, worin unter Bezugnahme auf „die Wahlparole der fortschrittlichen Volkspartei alle sozialdemokratischen Wähler der ersten Abteilung ersucht werden, geschlossen die Wahlmänner der fortschrittlichen Volkspartei zu wählen“. Es war begreiflich, daß der „Vorwärts“ sich hütete, die genauen Abstimmungsziffern, die ein Volksurteil über seine Richtung enthielt, den Lesern mitzuteilen.

Nicht anders trieben es die Vorstandsanhänger bei der Reichstagswahl in Potsdam-Osthavelland. Es genügt, den Aufruf des liberalen Wahlvereins Potsdam wiederzugeben, den er kurz vor der Wahl veröffentlicht:

„Der nationalliberale Verein Potsdam hat im Verein mit den übrigen bürgerlichen Parteien beschlossen, bei der Reichstagswahl am 14. März den Burgfrieden zu wahren. Es wird also kein bürgerlicher Bewerber aufgestellt. Nur zwei sozialistische Bewerber stehen sich gegenüber, nämlich der Gewerkschaftsbeamte Stahl, der als Vertreter der sozialdemokratischen Partei Scheidemannscher Richtung das Vaterland in der Stunde der Not nicht verlassen wird, und der Schriftsteller Mehring, der als Vertreter der radikalen Liebknechtschen Richtung durch die Verweigerung der Kriegskredite und Stellungnahme gegen den U-Boot-Krieg die erfolgreiche Durchführung des Krieges gefährdet. Die Wahl Mehrings würde den Eindruck hervorrufen, als ob das deutsche Volk kleinmütig und verzagt gewesen wäre. Deshalb ist es die vaterländische Pflicht jedes Reichstagswählers, die Wahl Mehrings unter allen Umständen zu verhindern. Keiner bleibe der Wahlurne fern.“

Auch die fortschrittliche Volkspartei hatte ihre Anhänger ermahnt, für Stahl und gegen Mehring zu stimmen, und selbst der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie reihte sich in diese Phalanx ein. So war es erklärlich, daß der Vertreter der Opposition ins Hintertreffen geriet und die Wahl mit einem Siege des Vorstandskandidaten endete. Mehring erhielt rund 5000, Stahl etwa 15 000 Stimmen. Auf diesen Ausgang der Wahl konnte aber die Opposition, wenn er sie auch nicht zufriedenstellte, doch mit größerem Stolze zurückblicken, als die Anhänger der sozialdemokratischen Kriegspolitik.

Inzwischen war der Kriegswagen unaufhaltsam weitergerollt. Das Friedensangebot der deutschen Regierung hatte, wie nicht anders zu erwarten war, eine glatte Ablehnung erfahren. Die Alliierten erklärten, daß auch sie den Krieg zu beenden wünschten; bevor aber nicht der Kriegswille Deutschlands beseitigt und seine Eroberungsabsichten zurückgezogen seien, könne an die Anbahnung von Friedensverhandlungen nicht gedacht werden. Wilhelm veröffentlichte einen Aufruf, worin er an die „glorreichen Siege und die ehernen Willenskraft“ des deutschen Volkes erinnerte, die dafür bürgten, daß es auch fürderhin nichts zu fürchten habe. Der Gott, „der diesen herrlichen Geist der Freiheit in unseres tapferen Volkes Herz gepflanzt hat“, werde ihm den vollen Sieg über alle Feinde geben. „Anderthalb Jahre später hat sich freilich gezeigt, daß auch

dieses Mal, um mit Wilhelms Vorfahren zu reden, Gott bei den stärkeren Bataillonen, in unserem Falle also bei der Entente, war. Damals aber glaubte die Regierung noch an solchen Sieg oder sie tat wenigstens so. Aus späteren Veröffentlichungen hat man erfahren, daß schon zu dieser Zeit die einsichtigeren Elemente des Bürgertums von der unabwendbaren Niederlage Deutschlands überzeugt waren. Auf dem rechten Flügel der Sozialdemokratie wollte man aber von solcher Einsicht nichts wissen. Er stimmte in den Chorus mit ein, der das Verdammungsurteil über die Feinde Deutschlands aussprach. Die Opposition dagegen erkannte, daß ohne sofortige Bekanntgaben der deutschen Kriegsziele die Anbahnung des Friedens nicht möglich sei und daß an der Verlängerung des Krieges die Regierungen der Mittelmächte zum mindesten dieselbe Schuld trügen, wie die Regierungen der Alliierten.

Eine neue Hoffnung am Friedenshimmel tauchte auf, als Wilson am 22. Januar eine Botschaft in der Friedensfrage veröffentlichte. Es war vom bürgerlichen Standpunkt aus ein ideales Programm, das in dieser Botschaft enthalten war, aber wir wissen, daß stärker als der Wilsonsche Idealismus die Interessen des siegreichen Imperialismus waren. Daß der Opposition der Sinn der amerikanischen Botschaft damals schon ganz klar war, das geht aus den Ausführungen hervor, die die „Leipziger Volkszeitung“ dazu machte. Das Blatt führte aus, es sei auch unsere Hoffnung, daß sich die Entwicklung der Menschheit in der Richtung bewegen werde, die Wilsons Note vorzeichne:

„Aber wir müßten schlechte Marxisten sein, wenn wir vor den ungeheuren Schwierigkeiten die Augen verschließen wollten, die jedem kleinsten Schritt auf dieser Bahn entgegenstehen in einer Staats- und Gesellschaftsordnung, die soeben erst den Weltkrieg geboren hat und deren Träger ihn vorerst nicht zu beenden vermögen. Die Zukunft der Völker ist der ewige Friede und die internationale Organisation, die sich über den Staaten erhebt, sich auf ihnen aufbaut. Aber ob die Völker diesen Zustand erreichen können, ehe die kapitalistische Ordnung durch die sozialistische abgelöst ist, ob sie auch nur wesentliche Schritte zu diesem Ziel zu tun vermögen, solange nicht die öffentliche Gemeinwirtschaft an die Stelle der auf das Privateigentum, auf das Profitstreben gebauten Wirtschaftsweise getreten ist, das ist die Frage ... Mit Worten, mit diplomatischen Noten ist der ewige Friede nicht zu schaffen. Ihm wird ein granitner Unterbau gegeben werden müssen, und ihn kann allein die Arbeiterschaft gründen, die heute in ihrer Zersplitterung für diese Aufgabe nur wenig Kraft hat.“

Die deutsche Kriegsregierung gab die Antwort auf diese Friedensbotschaft durch die Eröffnung des verschärften U-Boot-Kriegs. Die Militaristen hatten schon längst dazu gedrängt, aber es waren ihnen doch bis dahin einige Schwierigkeiten gemacht worden, die besonders aus der Erwägung heraus geboren waren, daß Amerika sich sofort an die Seite der Alliierten stellen würde, sobald Deutschland den U-Boot-Krieg ohne die geringste Rücksicht auf die Neutralen führen werde. Nach der Ablehnung des Friedensangebotes vom Dezember 1916 war es aber gelungen, die Zweifler aus den bürgerlichen Parteien dafür zu gewinnen, und die

unentschlossene Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trug nicht wenig dazu bei, daß die Regierung Bethmann Hollweg sich zu diesem folgenschweren Schritte, der den Krieg endgültig zu Deutschlands Ungunsten entschieden hat, drängen ließ. Die Mehrheitsfraktion und ihre Presse hatten ganz offen erklärt, daß unter den jetzigen Umständen die schärfste Durchführung des Krieges eine unbedingte Notwendigkeit sei. Die Mehrheitspartei aber glaubte die Verantwortung für den verschärften U-Boot-Krieg mit der Begründung ablehnen zu können, daß Deutschland kein parlamentarisches System habe und daß die Frage des U-Boot-Krieges eine Angelegenheit der Kriegführung sei, in die der Laie nicht hineinzureden habe. Der „Vorwärts“ insbesondere meinte, daß die Fragen der Kriegführung nicht durch Diskussionen, in Versammlungen und in der Presse, sondern nur in einem engen Personenkreis entschieden werden könne. Damit gab das Blatt den alldeutschen Kriegstreibern das Stichwort, mit dem sie ihre Politik ungehemmt durch die Einwirkung einer scharfen Opposition fortführen konnten. Die unausbleibliche Folge des ungehemmten U-Boot-Krieges war der Eintritt Amerikas in den Krieg.

Die erste Gelegenheit, zu dieser Situation einige offene Worte zu sprechen, bot sich in der Reichstags-sitzung vom 28. Februar. Scheidemann als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion wußte aber nichts anderes zu tun, als seine alten Beteuerungen zu wiederholen, daß die sozialdemokratische Partei die baldige Herbeiführung des Friedens wünsche. Nachher aber erklärte er, daß das deutsche Volk jetzt alle seine Kräfte anstrengen müsse, um den Kriegswillen der Gegner zu brechen. Erst Ledebour als Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft mußte am nächstfolgenden Tage aussprechen, was für einen Sozialisten in dieser Stunde Pflicht war. Er sagte, daß die Möglichkeit eines baldigen Friedens nur dann gegeben sei, wenn die deutsche Regierung sich bereit erkläre zu einem Frieden, der keine volksfremden Gebiete annektiere. Wir müßten alles aufbieten, um auch die auswärtigen Sozialisten darin weiter zu treiben, daß auch sie im Sinne der Völkerversöhnung, der Völkerverständigung wirkten. Der rücksichtslose U-Boot-Krieg müsse grundsätzlich bekämpft werden. Erstaunlich aber sei der Mangel an Verantwortlichkeit, den die Parteien in dieser Frage zeigten. Nur die Rechte wolle die Konsequenzen auf sich nehmen, alle anderen Parteien aber beriefen sich auf die Oberste Heeresleitung. Was die Redner, die bisher für den Frieden gesprochen hätten, wollten, sei nur ein Waffenstillstand. Wenn wir den anderen einen Vergewaltigungsfrieden aufnötigten, so würde sich der Krieg sehr bald wiederholen. Um eine Wiederholung des Krieges zu verhindern, müsse die Entscheidung darüber den Kabinetten aus den Händen genommen werden. Unsere Aufgabe sei, so lange der kapitalistische Imperialismus noch eine Macht sei, ihm entgegenzutreten und die Vorarbeit für den Weltbund der sozialistisch organisierten Völker zu leisten.

Der Friede war also in immer fernere Weiten gerückt. Dafür stieg die Not des arbeitenden Volkes immer höher. Immer größere Massen fielen der Verelendung anheim. Eine Reihe von

wichtigen Lebensbedürfnissen war überhaupt nicht mehr aufzutreiben, andere konnten nur noch zu wahren Wucherpreisen erstanden werden. Die blasse Not wandelte durch die Quartiere des Proletariats, nur in den Kreisen derer, die nach immer weiterer Verlängerung des Krieges schrien, hatte sich die Lebensweise nicht merklich geändert. Dazu kam jetzt eine neue Bedrohung des Volkes durch die indirekten Steuern, die eine bis daher für unerreichbar gehaltene Höhe erklimmen sollten. Die englische Bourgeoisie hatte sich immerhin dazu verstanden, einen Teil der Kriegskosten schon jetzt auf ihre Schultern zu nehmen und nicht alles auf die Karte eines glücklichen Kriegsausgangs zu setzen. Das deutsche Bürgertum dagegen, beschränkt, wie es von je war, glaubte auch jetzt noch am besten damit zu fahren, daß es die Lasten des Krieges auf die besitzlose Bevölkerung abwälzte. Der Mann der Bourgeoisie war Helfferich. Er legte dem Reichstag eine Reihe von Steuerplänen vor, die auch nicht das geringste von den Versprechungen enthielten, die dutzendweise dem Volke gemacht worden waren. Bisher waren die Kosten des Krieges durch Anleihen aufgebracht worden, die den kapitalistischen Kreisen eine gute Verzinsung versprachen; jetzt schuf man dazu noch indirekte Steuern, wie die Kohlenabgabe und die Verkehrssteuer, oder man griff zu Besitzsteuern, die entweder den Besitz überhaupt nicht belasteten oder die eine leichte Abwälzbarkeit ermöglichten. Die sozialdemokratische Partei hatte bisher alle indirekten Steuern abgelehnt. Auch von diesem Grundsatz ging die Mehrheitsfraktion jetzt ab. So wurde in der „Magdeburger Volksstimme“ erklärt, man dürfe sich jetzt nicht täuschen, daß der gesamte Bedarf des Reiches auf dem Wege der Vermögens- und Einkommensteuer überhaupt nicht mehr aufzubringen sei. Auch Wilhelm Kolb erklärte im Karlsruher „Volksfreund“, „daß die ins Riesenhafte wachsenden Staatskosten ganz unmöglich nur auf dem Wege der direkten Steuern aufgebracht werden könnten“. „Also“, so folgerte er daraus, „müssen auch indirekte Steuern bewilligt werden“. Die theoretische Begründung für diese Preisgabe der alten Grundsätze in der Steuerfrage gab dann noch Heinrich Cunow im „Hamburger Echo“, indem er erklärte, die Sozialdemokratie dürfe sich bei dieser Gelegenheit nicht ausschalten lassen, was soviel bedeutete, daß die Sozialdemokratie das Helfferichsche Steuerbukett schlucken sollte.

In diese fast hoffnungslose Stimmung fiel wie ein Ruf der Erlösung die Nachricht von der Revolution in Rußland, von der Abdankung des Zaren an die Vertreter des Bürgertums. Die Erregung gegen das Zarenregiment war von Monat zu Monat gewachsen; sie beschränkte sich nicht auf die Kreise der Bourgeoisie und der Intelligenz, sondern sie hatte das ganze Volk erfasst. Nur so ist es zu erklären, daß die Umwälzung sich ohne besondere Zusammenstöße vollzog. In Deutschland wurde die russische Revolution mit allgemeiner Freude begrüßt. Im Bürgertum glaubte man, daß nunmehr einer der stärksten Gegner gefallen sei und daß der Krieg mit um so größerer Kraft gegen den Westen geführt werden könne, wenn man den Arm gegen Osten frei bekomme. Die Monarchisten allerdings hatten einige Bedenken; denn über die augenblicklichen Differenzen hinweg verband sie mit dem Zarismus eine alte Freund-

schaft und Gefühle inniger Sympathie. Das Proletariat allein erkannte die weltgeschichtliche Bedeutung der sich jetzt in Rußland vollziehenden Umwälzung. Wenn freilich Ebert eiligst ein Telegramm nach Petersburg schickte, um die russische Revolution der Sympathie des deutschen Volkes zu versichern, so wußte man, daß dahinter der Wunsch der Regierung stand, durch einen Sonderfrieden mit Rußland günstigere Bedingungen für die Weiterführung des Krieges mit der Entente zu erlangen. Mit dieser platonischen Liebeserklärung hatte das klassenbewußte Proletariat in Deutschland nichts zu schaffen. Wenn eine Zusammenarbeit mit der russischen Revolution überhaupt notwendig und möglich war, so konnte sie doch nur dem einen Zwecke dienen, ihr den bürgerlichen Charakter zu nehmen und sie in eine proletarische Revolution umzugestalten.

Aber gerade das wollten die deutschen Rechtssozialisten nicht. Der „Vorwärts“, der jetzt das Parteivorstandsorgan war, brachte unter der Ueberschrift „Zur Aufklärung nach Rußland — Republik und Monarchie“ einen Artikel, der an Behauptungen französischer Blätter anknüpfte, wonach der russische Genosse Tschaidse erklärt habe, das russische Proletariat könne erst nach der Absetzung der Hohenzollern mit Deutschland gehen. Der „Vorwärts“ sagte dazu, daß die Forderung nach der deutschen Republik nur von den Deutschen selbst, nicht aber von den Angehörigen anderer Völker erhoben werden könne. Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1912 seien 12 188 000 Stimmen für die bürgerlichen Parteien abgegeben worden, davon seien aber nur 4 238 000 sozialdemokratische gewesen. Im Reichstag seien von 397 Abgeordneten 286 entschiedene Monarchisten. Man solle also die Stärke der Monarchie in Deutschland nicht unterschätzen. Das deutsche Volk sei in seiner Mehrheit nicht antimonarchistisch, sondern es wolle lediglich das gleiche Wahlrecht zu allen Vertretungskörperschaften. Und schließlich erklärte der „Vorwärts“:

„Sobald die Monarchie die Wünsche des Volkes erfüllt, ist aller republikanischen Agitation der Boden unter den Füßen weggezogen. Die Frage, ob Monarchie oder Republik, würde dann noch viel weniger Diskussionsthema sein, als wie es jetzt schon ist. Und alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß es so kommt. Wenn auch noch Schwierigkeiten zu überwinden sind, so werden sie — voraussichtlich sogar in kürzester Zeit — überwunden werden, ohne eine Spur von gewaltsamen Umurz und ohne Sturz der Monarchie.“

Die bürgerliche Presse begrüßte diesen Artikel als ein Bekenntnis des „Vorwärts“ zur Monarchie. Die „Kölnische Zeitung“ meinte, das Geständnis von dieser Seite sei wertvoll, daß in Preußen unter dem Hohenzollernzepter ganz gut wohnen sei. In der deutschen Arbeiterklasse und beim russischen Proletariat hat man allerdings ganz anders über dieses Bekenntnis gedacht.

Im Laufe des Krieges waren dem Volke unzählige Versprechungen gemacht worden, von denen bisher so gut wie nichts in Erfüllung gegangen war. Es wurde deshalb notwendig, daß in der bestimmten Form von Forderungen die Regierung an die Erfüllung ihrer Versprechungen erinnert wurde. Die Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft hatte zu diesem Zweck zum Etat des Reichs-

kanzlers eine Resolution eingebracht, die zugleich das Aktionsprogramm für die sozialdemokratische Opposition darstellte. Die Resolution lautete:

„Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen,

a) schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Einholung der Zustimmung des Reichstages bei der Einleitung und beim Abschluß von Bündnissen, sowie bei Kriegserklärungen und Friedensverträgen sichergestellt und die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit des Reichskanzlers durch die Bestimmung präzisiert wird, daß der Reichskanzler zu entlassen ist, wenn der Reichstag es fordert;

b) auf den schleunigen Abschluß eines Friedens auf der Grundlage des Verzichts auf Annexionen jeder Art durch alle kriegführenden Staaten hinzuwirken;

c) dem Reichstage schleunigst einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, durch den bestimmt wird, daß

1. die Reichstagswahlen künftig nicht innerhalb abgegrenzter Wahlkreise für je einen Abgeordneten, sondern nach dem Verhältniswahlssystem stattfinden,

2. das Recht, zu wählen oder gewählt zu werden, mit dem vollendeten 20. Lebensjahre eintritt,

3. den Frauen unter den gleichen Bedingungen das aktive und passive Wahlrecht gewährt wird, wie den Männern,

4. der Wahltag entweder ein Sonntag oder ein Feiertag sein muß;

d) dem Reichstag schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den Artikel 3 der Verfassung des Deutschen Reiches einen Zusatz folgenden Inhalts erhält:

In jedem Bundesstaat muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts nach dem Verhältniswahlssystem gewählte Vertretung bestehen. Das Recht zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaat, in dem sie ihren Wohnsitz haben.

Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushaltsetats erforderlich.

Noch bestehende Erste Kammern (Herrenhäuser) werden aufgehoben;

e) dafür Sorge zu tragen, daß schleunigst alle zur Zeit bestehenden, gegen einzelne Parteien, Schichten oder Klassen der Bevölkerung gerichteten **Ausnahmebestimmungen** aufgehoben werden, insbesondere:

alle aus einem bestimmten religiösen oder religionslosen Bekenntnis abgeleiteten tatsächlich bestehenden Beschränkungen der Gleichberechtigung,

das Gesetz, betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu, die gegen den Gebrauch einer nichtdeutschen Muttersprache gerichteten Ausnahmegesetze und -Vorschriften,

die preußischen, gegen die polnisch sprechenden Teile der preußischen Bevölkerung gerichteten Enteignungs- und Ansiedlungsgesetze,

die gegen ländliche Arbeiter und das Gesinde in Einzelstaaten gerichteten Strafvorschriften sowie die Gesindeordnungen,

die gegen die Arbeiter gerichteten Beschränkungen in der Verwertung ihrer Arbeitskraft, insbesondere gegen die Ausübung ihres Koalitions-

rechtes gerichteten Strafvorschriften des § 153 der Gewerbeordnung und die Anwendung der Strafvorschriften der Nötigung, der Erpressung und des groben Unfugs gegen die Ausübung des Koalitionsrechts der Arbeiter;

f) dafür Sorge zu tragen, daß schleunigst eine Sicherstellung des Vereinsrechts, des Versammlungsrechts, des Rechts der freien Meinungsäußerung in Wort oder Schrift, des Briefgeheimnisses und der Wahlfreiheit gegen militärische und polizeiliche Eingriffe unter dem Belagerungszustande erfolgt;

g) dafür Sorge zu tragen, daß schleunigst die sämtlichen wegen politischer Delikte ergangenen Strafen aufgehoben werden.“

Dieses Programm enthielt nur die Forderungen, die im Augenblick aufgestellt werden mußten. Die Ziele, die sich eine sozialistische Partei stellen mußte, brauchten bei dieser Gelegenheit nicht besonders genannt werden. Es handelte sich nur darum, dem Begriff der Neuorientierung, von dem gerade in dieser Zeit viel die Rede war, einen bestimmten Inhalt zu geben und die Regierung zu zwingen, über allgemeine Redensarten hinauszugehen. Die Folge hat ergeben, daß selbst zu den bescheidenen Zugeständnissen dieser Art Regierung und bürgerliche Parteien nicht bereit waren.

Die Konferenz der Opposition war auf die Ostertage, vom 6. April 1917 ab, nach dem Volkshaus in Gotha, einberufen worden. Ernst Däumig hatte ihr in Form eines Artikels ein Vorwort vorausgeschickt, in dem er die Aufgaben der Zusammenkunft umschrieb. Es handele sich nicht allein um die Abwehr der Gewaltstriebe des Parteivorstandes, es solle der erste Schritt auf dem Wege sein, der zu einer Gesundung der proletarischen Bewegung führe. Däumig stellte drei Gesichtspunkte auf: 1. der Arbeiterklasse müsse das Vertrauen auf Demokratie und Sozialismus wiedergegeben werden; 2. die Neuorganisation müsse die höchste politische Aktionsfähigkeit im alten, sozialdemokratischen Geiste erzielen; 3. die Organisation der deutschen Sozialdemokratie müsse in der Internationale wieder zu Bedeutung und Ansehen gelangen und dadurch dem Frieden dienen. Der aus dem alten Parteiprogramm lebendig fortwirkende Geist solle die neue Organisation der Opposition durchwehen. Der Zusammenschluß der Opposition sei notwendig, welche weiteren Formen er annehmen solle, das werde davon abhängen, welche Gefolgschaft die Opposition in den Massen finden werde. Es sei kein leichter Schritt, der in Gotha getan werden solle, aber es bleibe nur die Wahl, entweder inmitten eines gewaltigen Weltgeschehens als politisch Heimatloser zur Ohnmacht verurteilt sein, oder aus den Trümmern der gewaltsam auseinandergesprengten Partei ein neues Heim zu bauen und darin für den proletarischen Befreiungskampf zu wirken.

Die Militärbehörde hatte für die Konferenz einschränkende Bedingungen gestellt. Sie mußte hinter geschlossenen Türen tagen, es durfte keine Werbetätigkeit für sie entfaltet werden, und der Bericht über die Verhandlungen mußte vor der Veröffentlichung dem stellvertretenden Generalkommando in Cassel zur Zensur vorgelegt werden. Diese Bedingungen haben zwar die Arbeiten der Konferenz nicht geschädigt, aber sie hatten doch zur Folge, daß die

Berichterstattung nur unvollkommen war, und daß ein stenographisches Protokoll während des Krieges überhaupt nicht herausgegeben werden konnte.

Es waren 143 Teilnehmer anwesend. 124 waren von Wahlkreisen delegiert, dazu kamen 15 Reichstagsabgeordnete und vier sonstige Teilnehmer. Auf der Tagesordnung standen nur drei Punkte: 1. Die Kämpfe innerhalb der Partei. 2. Beschluffassung über die Organisation der Opposition. 3. Unsere Aufgaben. Die Diskussion über die ersten beiden Punkte wurde zusammengefaßt und ein Vertreter der Gruppe „Internationale“ als Korreferent zugelassen.

Haase, der die Erschienenen begrüßte, und Bock, der neben Dittmann zum Vorsitzenden gewählt wurde, wiesen darauf hin, daß die Konferenz auf historischem Boden stattfindet. Vor 42 Jahren sei in Gotha dem Bruderkampfe zwischen Eisenachern und Lassalleanern ein Ende bereitet worden. Eine einheitliche, geschlossene Sozialdemokratie sei damals aus der Konferenz hervorgegangen; jetzt sei sie gespalten und die Aufgabe dieser Versammlung sei, die Partei zu neuem Leben zu erwecken, die Massen für die Opposition zu gewinnen. Die Spaltung sei nur scheinbar, nun gelte es, die Wiedergeburt der Sozialdemokratie vorzubereiten.

Referent über den Punkt: Die Situation in der Partei war Haase. Er sprach zuerst aus, daß es sich auf dieser Konferenz nicht um die Erörterung theoretischer Probleme handeln könne, sondern daß praktische Arbeit geleistet werden müsse. Die gemeinsame Organisation aller oppositionellen Elemente habe das Ziel, die Sozialdemokratie wieder zu grundsätzlicher Politik zurückzuführen. Die alte Partei sei moralisch völlig zusammengebrochen, aber der Krieg habe die heute in der Arbeiterbewegung bestehenden Gegensätze nicht erst geschaffen, er habe sie nur offenbart und verschärft. Wie kam es zu dieser Politik? Da sei zunächst die Haltung der Gewerkschaften, die von einer engbrüstigen Bureaucratie beherrscht würden, die nach kleinen Vorteilen hasche und eine Rechnung mit Pfennigen führe. Gemeinsam mit ihr arbeite eine andere Gruppe, die aus dem entgegengesetzten Lager stamme. Es seien das die überradikalen Lensch, Haenisch, Winnig usw., die jetzt die Kolonialpolitik, wie die imperialistische Politik überhaupt, verteidigen. Diese Politik habe dazu geführt, daß jetzt auch Amerika in den Weltkrieg eingetreten sei und damit in Zukunft unsere wirtschaftliche Entwicklung noch mehr gehemmt werde. Nun sage der Parteivorstand, daß er von Anfang an für den Frieden gewirkt habe, fest stehe aber, daß eine Reihe von Mehrheitsführern sich seit Jahr und Tag über das „Friedensgefenne“ lustig gemacht habe, und daß unter stillschweigender Billigung des Parteivorstandes in unzähligen Artikeln geschrieben worden sei, das deutsche Volk habe ganz anderes zu tun, als nach Frieden zu rufen. Der Parteivorstand habe gewiß viel von Frieden geredet, aber es waren nur Friedensdeklamationen. Die Politik der Regierungssozialisten bringe nicht den Frieden und bringe nicht die innere Freiheit. Unter stürmischem Beifall schloß Haase mit der Aufforderung an die gesamte Opposition, sich zusammenzuschließen und den Kampf für Freiheit und Frieden zu führen.

Darauf sprach Dittmann über die Organisation der Opposition. Der von ihm vorgelegte Organisationsentwurf wollte die gesamte Opposition in einem einheitlichen Rahmen zusammenfassen. Einig sei sich die Opposition darin, die Beendigung des Krieges und die Aufrüttelung der Massen durchzuführen. Hierin sei auch der Gegensatz zu den Regierungssozialisten am stärksten. Der Entwurf beschränke sich darauf, die am alten Parteistatut dringend notwendigen Aenderungen vorzuschlagen. Eine umfassende Ausgestaltung der Organisationsform und des Organisationslebens könne erst nach dem Kriege erfolgen. Der Entwurf bedeute also ein Provisorium, keine endgültige Festlegung. Als Grundlage für die Organisation sollten die Wahlkreise gelten, die zu Bezirken zusammenzufassen seien. Die Leitung solle einer Zentralleitung übertragen werden, die aus einem Aktionskomitee und einem Beirat bestehe. Das Beamtentum dürfe in der neuen Organisation nicht vorherrschen, für die Erhaltung der demokratischen Grundsätze müßten die weitgehendsten Garantien geschaffen werden. Ein Kontrollauschuß werde der Kontrollkommission der alten Partei entsprechen. Als Höchstinstanz sei die Reichskonferenz vorgesehen. Die Wahl der Mitglieder zu den einzelnen Körperschaften müßten, soweit es während des Krieges überhaupt möglich sei, in demokratischem Sinne erfolgen. Die Hauptsache aber sei, die Massen für die Opposition zu gewinnen und den Boden für den sozialistischen Klassenkampf vorzubereiten.

Rück (Stuttgart) als Korreferent für die Gruppe „Internationale“ legte das Hauptgewicht nicht auf das, was die Gruppen der Opposition einigte, sondern was sie voneinander schied, und von diesem Gesichtspunkt aus verlangte er, daß seiner Gruppe die größtmögliche Bewegungsfreiheit eingeräumt werde. Es könne sich immer nur um ein Kartellverhältnis handeln, und wenn die Politik der Arbeitsgemeinschaft der Gruppe „Internationale“ nicht mehr gefalle, so werde sie sich von ihr wieder trennen. Die Arbeitsgemeinschaft schätze den Parlamentarismus zu hoch ein. Sie müßte im Reichstag revolutionär auftreten und für die Aufrüttelung der Massen müßten die richtigen Parolen ausgegeben werden. Die Kreditverweigerung genüge nicht mehr, es müsse revolutionäre Politik getrieben werden. Den lokalen Organisationen müßte die weitestgehende Aktionsfreiheit gewährt werden, das Schwergewicht der Aktionen solle man in die Massen verlegen, über schwerwiegende Fragen müßte eine Urabstimmung herbeigeführt werden. In der neuen Organisation dürften nicht die Instanzen entscheiden, sondern den Arbeitern selbst müsse Gelegenheit gegeben werden, eine revolutionäre Taktik einzuschlagen.

In der Diskussion zeigte sich bald, daß die Gruppe „Internationale“ nur mit halbem Herzen bei dem Zusammenschluß der gesamten Opposition war. So erklärte Rosi Wolfstein aus Duisburg, daß sie von dem Zusammenschluß überhaupt nicht begeistert sei, und daß sie zur Arbeitsgemeinschaft nur geringes Vertrauen habe. Haase hatte in seinem Referat mitgeteilt, daß in einem Flugblatt der Spartakusrichtung von der Arbeitsgemeinschaft verlangt wurde, sie solle ihnen „ein sicheres Schutzdach“ gegen den Belagerungszustand gewähren. Das wollten nun die Spartakus-

anhänger nur in dem Sinne ausgelegt wissen, daß die Mehrheit der Opposition der Minderheit in allen entscheidenden Fragen Gefolgschaft leiste. Kurt Eisner wies mit Recht darauf hin, daß das Programm der Gruppe „Internationale“ nur dazu diene, die Arbeiter noch mehr zu zersplittern. Die Arbeitsgemeinschaft sei bei der Partei solange es ging geblieben, nur um im Interesse der Arbeiter die Einigkeit aufrechtzuerhalten. Von diesem Gesichtspunkte aus hätte die Opposition in Bayern gearbeitet. Luise Zietz sprach für die Frauen, die in großer Zahl hinter der Opposition ständen. Es war Haase in seinem Schlußwort ein Leichtes, die Anwürfe der Spartakusanhänger zurückzuweisen. Die Aufgabe der Arbeiterklasse sei es, die Beendigung des Krieges zu erzwingen, und das allein rechtfertige schon die Notwendigkeit der Einheitlichkeit. Immer ein Sätzchen zu suchen, wo man einhaken könnte, oder gar die Redensart „die Arbeitsgemeinschaft mit der Hundepetische vorwärts-zuhetzen“ zu gebrauchen, das fördere die Einheitlichkeit nicht. An der Größe unserer Aufgabe müßten wir uns erheben.

Während der Verhandlungen über diesen Punkt hatte eine Kommission getagt, um eine Einigung auf gemeinsame Grundlinien für die Organisation herzustellen. Im allgemeinen ergaben sich auch keine Gegensätze mehr, nur noch darüber, welchen Namen die neue Organisation bekommen solle, entspann sich noch eine lebhaft diskussion. Der Entwurf hatte vorgeschlagen, die Partei zu nennen „Opposition der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. Andere Anträge schlugen die Namen vor „Internationale Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ und „Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Opposition“. Haase, Henke, Ledebour, Herzfeld und andere traten für den Namen „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ ein. Die Abstimmung ergab mit 77 gegen 42 Stimmen die Annahme des Namen „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“.

Ueber „Unsere Aufgaben“ sprach dann Ledebour. Wir alle müßten, daß der Kampf durch Massenaktionen und durch die parlamentarische Vertretung zu führen sei. Es komme auf die Zeitverhältnisse und auf die Entwicklung der Dinge an, welche Formen der Kampf annehme. Irrtümlich sei die Auffassung, daß Massenaktionen künstlich erzeugt oder durch Führer gemacht werden könnten. In den vorereitenden Zeiten sei eines der wichtigsten Mittel des politischen Kampfes die parlamentarische Betätigung. Wir müßten die Demokratie in Staat und Gesellschaft herbeiführen, und zu diesem Zwecke brauchten wir ein Vertretungssystem. Wenn wir aus irgendeinem Grunde den Parlamentarismus heute abschafften, so müßten wir ihn morgen wieder einführen. Rück habe wohl gemeint, man müsse mehr Krach machen. Ledebour sei gewiß kein Gegner des Krachmachens; es hänge aber von der Wichtigkeit des Anlasses ab, ob Krach zu machen sei. Unsere Aufgabe sei vor allem, auch von der Reichstagstribüne aus zum Volke zu reden. Das sei jetzt der einzige Platz, wo man noch ein freies Wort sprechen könne.

Ledebour wandte sich dann gegen den Verteidigungs-nihilismus, der in der Gruppe Spartakus Anhänger gefunden habe. Die internationalen Kongresse hätten die Richtschnur für unser

Verhalten im Kriege festgelegt. Man solle nicht von Landesverteidigung oder Vaterlandsverteidigung reden, sondern von der Selbstbestimmung der Völker. Der sogenannte Verteidigungs-nihilismus sei gar nicht sozialdemokratisch. Ledebour wies auf die russische Revolution hin; glaubte man, daß die russischen Arbeiter die Waffen niederlegen würden, wenn sie mit der Gefahr rechnen müßten, daß ihr Land von den kapitalistischen Regierungen der gegnerischen Länder annektiert werden würde? Unter Umständen also, wenn eine Regierung da ist, die in unserem Sinne die Geschäfte führt, sei eine Selbstverteidigung auch mit den Waffen in der Hand notwendig.

Ledebour besprach schließlich das Aktionsprogramm, das von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft in Form einer Resolution im Reichstag eingebracht worden war. Wir wollten die Gelegenheit benützen, um die bürgerlichen Parteien und die Regierung darauf hinzuweisen, daß es die höchste Zeit sei, Belehrung anzunehmen, nicht nur aus den geschichtlichen Vorgängen der Vergangenheit, sondern aus der brennendsten Gegenwart. Wir haben angekündigt, daß, wenn es nur bei schönen Reden bleibe, es auch bei uns in Deutschland zu Ereignissen wie in Rußland kommen werde. Es habe sich bereits eine Wandlung in der Auffassung im Bürgertum in Deutschland vollzogen. Aber die Geschichte lehre, daß das Proletariat in der Hauptsache seinen Kampf allein durchführen, und daß es auch nach dem Siege ständig bereitstehen müsse, die plötzlichen Errungenschaften zu verteidigen. Erst wenn die sozialistische Gesellschaftsordnung und die Demokratisierung der Gesellschaft durchgeführt sei, sei die Welt sicher, daß keine Gewaltherrschaft mehr bestehen werde. Dann erst werde die Welt den Frieden genießen. Wir aber hätten die Pflicht, uns bereitzuhalten und jedes Mittel der Propaganda für unsere Ziele anzuwenden.

In seinem Korreferat legte Heckert (Chemnitz) dar, daß nicht mehr das Programm der alten Partei und die Beschlüsse der Parteitagungen maßgebend sein dürften, sondern daß eine neue Grundlage für die Arbeit gesucht werden müsse. Er richtete heftige Angriffe gegen Kautsky, der an der Irreführung der Massen genau so schuld sei, wie Scheidemann. Radek habe schon vor dem Kriege die Richtung gewiesen, in der sich das imperialistische Machtstreben bewege. Der Imperialismus könne sich nicht friedlich entwickeln, daher sei alles Gerede über Schiedsgerichte, Abrüstung usw. utopische Mache, mit der die Gehirne der Arbeiter verkleistert werden. Besonders ausführlich verweilte der Redner bei seiner Auffassung über die Landesverteidigung. Jetzt komme es darauf an, das Vertrauen der Massen zu erringen, und zu diesem Zwecke müßten nicht nur die Sozialpatrioten, sondern auch die Sozialpazifisten bekämpft werden.

In der Diskussion wurde Heckert entgegengehalten, daß man Massenaktionen ohne Massen überhaupt nicht machen könne, und daß man nicht nach dem Gefühl handeln dürfe, sondern mit den tatsächlichen Verhältnissen rechnen müsse. Haase fragte Heckert, ob er nicht wisse, daß Kautsky der erste war, der auf den Imperialismus hingewiesen habe, und daß Hilferding, von dem alle lernen, sich heute noch auf ihn beziehe. Es gebe keine größere Torheit,

als auf Tag und Stunde Aktionen anzukündigen. Wir würden zu leeren Formeln kommen, wenn wir nicht bei allen Ereignissen die jeweilige Ursache berücksichtigen wollten. Kautsky stellte fest, daß er niemals von einer friedlichen Entwicklung des Kapitalismus gesprochen habe. Die ganze Frage sei nicht eine Frage der ökonomischen Notwendigkeit, sondern eine Frage der Macht. Die vereinigten Staaten von Europa könnten nur verwirklicht werden durch eine proletarische Revolution. Es wäre verderblich, jetzt die Parole „Alles oder nichts“ auszugeben. Ohne gewaltige soziale und politische Umwälzungen würden wir den Frieden nicht erlangen. Wir müßten uns jetzt reif machen zu den großen Kämpfen, die uns für die nächste Zukunft bevorstünden.

Damit waren die Verhandlungen der Konferenz im wesentlichen beendet. Gegen eine Stimme wurde ein Manifest angenommen, das von Kautsky verfaßt war und folgenden Wortlaut hatte:

Genossen und Genossinnen!

Das Sehnen vieler Tausender von Kämpfern in den Reihen des Proletariats ist erfüllt. Die auf dem Boden der Opposition stehenden Kreisvereine und Gruppen der Deutschen Sozialdemokratie haben sich Ostern 1917 in Gotha eine einheitliche Organisation geschaffen, um ihre Kräfte nicht zu verzetteln, sondern sie zu wuchtiger Beteiligung im Dienste des proletarischen Befreiungskampfes zusammenzufassen.

Dieser Kampf ist durch die Politik der Regierungssocialisten, des Parteivorstandes, der Generalkommission der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags aufschwerste geschädigt worden.

Schon vor dem Kriege waren in unserer Partei scharfe Gegensätze aufgetaucht zwischen den Genossen, die an dem alten Charakter der Sozialdemokratie festhielten, und neu auftretenden Elementen, die dem Gedanken der internationalen Solidarität der Proletarier nationalsoziale Zwecke und die der Taktik unversöhnlicher Opposition die Taktik des Nationalliberalismus entgegensetzen suchten. Der Weltkrieg hat diese Gegensätze ungemein vertieft und die nationalsozialen und nationalliberalen Bestrebungen in den offiziellen Vertretungen und Organen der deutschen Sozialdemokratie zur Herrschaft gebracht.

Als Lohn für das Aufgeben der sozialdemokratischen Politik wurden den Massen große materielle Errungenschaften in Aussicht gestellt. Alle diese vorgegaukelten Hoffnungen enden in grausamer Enttäuschung.

Die neue Politik sollte wachsenden Einfluß der Sozialdemokratie auf die Reichsregierung und damit Abkürzung des Krieges bringen. Sie hat in Wirklichkeit in der äußeren Politik nichts geändert und die Verschlechterung der inneren Politik nicht verhindert.

Die neue Aera wird gekennzeichnet durch die ungeheuerlichsten und ungerechtesten Steuerlasten, deren Druck am härtesten die breiten Massen trifft; durch politische Beschränkungen und Verfolgungen, unter denen die zielbewußten Arbeiter und ihre Vertretungen leiden.

Die elementarsten Rechte, das Recht auf Freizügigkeit und Freiheit der Berufswahl haben die Regierungssocialisten unter Vorantritt der Generalkommission der Gewerkschaften selbst preisgegeben, indem sie dem Hilfsdienstgesetz ihre Zustimmung gaben und bei seiner Durchführung ihre Unterstützung gewährten.

Sie täuschten die Massen, als sie nach Einberufung ihrer Vertrauensmänner in das Regierungsamt den Glauben zu erwecken suchten, daß die Ernährung von da ab besser geregelt werden würde. Wie sie sich in Wirklichkeit gestaltete, haben wir alle nur zu sehr am eigenen Leibe erfahren.

Den Ruf nach dem allgemeinen Wahlrecht in Preußen beantwortete der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg mit der Weigerung, irgend etwas zur Demokratisierung Deutschlands und insbesondere Preußens vor Beendigung des Krieges zu tun.

Das ist der Lohn für die nicht mehr zu übertreffende Dienstbeflissenheit des Parteivorstandes und der Generalkommission.

Das Proletariat kann aber nicht warten. Der Krieg bringt rascheste Konzentration des Kapitals, rapides Schwinden des Mittelstandes, ungeheure Vermehrung des Proletariats, das nach dem Kriege einen Kampf gegen Teuerung und Arbeitslosigkeit, gegen übermächtige Unternehmerverbände und erdrückende Steuerlasten aufs schärfste zu führen haben wird. Einen Kampf, der heute schon einsetzt.

Es gilt sich zu wappnen für die großen Kämpfe der Zukunft, es gilt Kraft zu gewinnen, um der Not der Gegenwart zu steuern. Das erheischt gründliche Umgestaltung des herrschenden Regierungssystems. Sache der Massen ist es, nicht nachzulassen, bis sie das erreicht haben.

Der Volkswille muß oberstes Gesetz werden.

Dringend geboten ist eine Amnestie für alle aus politischen Gründen Verhafteten und Verurteilten. Erforderlich ist die Aufhebung der Zensur, unbeschränkte Freiheit des Vereins- und Versammlungsrechtes sowie der Presse, Sicherung des Koalitionsrechtes, Aufhebung aller Ausnahmegesetze, insbesondere gegenüber den Landarbeitern, den Staatsarbeitern und dem Gesinde, weitgehender Arbeiterschutz, namentlich Achtstundentag.

Unaufschiebbar ist ferner die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts aller Erwachsenen vom 20. Jahre an für den Reichstag, die Parlamente der Einzelstaaten, der Gemeindevertretungen und für die sonstigen Körperschaften der Selbstverwaltung.

Wir fordern das Wahlrecht für die Frauen ebensowohl wie für die Männer. Der Krieg hat den Frauen die Hauptarbeit an der Produktion aufgebürdet, die Not der Zeit zwingt jetzt die Frauen hinein in die Vorderreihen des politischen Kampfes, in den Kampf um Schutzbestimmungen, aber auch um politische Rechte und um die Neugestaltung von Staat und Gesellschaft. Die Frauen des Proletariats, deren Herzen als Gattinnen und Mütter von dem Massenelend doppelt zerrissen werden, die sozialistischen Frauen sind es denn auch, die das Gebot der Zeit untrüglich erkennend, sich mit Leidenschaft hineinstürzen in den Kampf für Recht, für Freiheit, für Brot und für den Frieden.

Für Frauen und Männer in gleicher Weise gilt heute mehr als je der Satz, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur durch die Arbeiterklasse selbst errungen werden kann.

Genossinnen und Genossen, ans Werk! Ihr habt große Aufgaben zu erfüllen!

Die oppositionellen Abgeordneten in den Parlamenten, namentlich die der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft im Reichstag, haben zunächst innerhalb ihrer Fraktion, dann öffentlich im Parlament selbst eine selbständige sozialdemokratische Politik getrieben.

Wenn auch viele Berichte über ihre Tätigkeit nur verstümmelt und entstellt in die Öffentlichkeit gekommen sind, so werdet ihr doch geföhlt haben, daß hier der alte Geist lebt, auf den ihr stolz wart, der Geist des internationalen Sozialismus, der allein eure Befreiung von den Fesseln der wirtschaftlichen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung bringen kann.

Eure oppositionellen Abgeordneten werden nach wie vor ihre sozialdemokratische Pflicht tun. Aber nur dann, wenn sie sich auf die sozialdemokratischen Massen stützen können, vermögen sie ihre volle Kraft zu entfalten. Gegenüber den Erschwerungen des Belagerungszustandes müßt ihr eure Kraft verdoppeln.

Von den Regierungssozialisten ist nichts Durchgreifendes zu erwarten. Während heute in Rußland selbst sich das Bürgertum für die demokratische Republik erklärt, hat der „Vorwärts“, das Organ des Parteivorstandes, diesen Zeitpunkt für den geeigneten erachtet, ein Bekenntnis zur Monarchie abzulegen.

Nicht Stärkung und Anfeuerung des Proletariats, sondern Schwächung seiner Aktionskraft und Minderung seines Einflusses müssen die Folgen dieser Politik sein, die von Mißerfolg zu Mißerfolg schreitet.

Demgegenüber haben jetzt die Arbeiter Rußlands ein leuchtendes Beispiel der entgegengesetzten Politik gegeben.

Die sozialistischen Arbeiter Rußlands, die Träger der gewaltigsten Revolution Rußlands, haben, durchdrungen von ihrer großen geschichtlichen Aufgabe, selbständige sozialistische und demokratische Politik getrieben. Ihnen danken wir es, daß das stärkste Bollwerk der Reaktion, der Zarismus, zusammengebrochen ist. Jedem von uns muß ihr machtvolles Auftreten stolze Zuversicht einflößen. Wir bringen ihnen unsere begeisterteste Huldigung dar.

Die Proletarier Rußlands haben für die Demokratie gekämpft, für die Eröffnung der Bahn zum Sozialismus, aber auch für den Frieden, für die baldige Beendigung des furchtbarsten aller Kriege durch einen Friedensschluß auf der Grundlage unserer gemeinsamen sozialdemokratischen Grundsätze.

Kein Zweifel, die Arbeiter Rußlands werden auch in dieser Hinsicht ihre Pflicht erfüllen. Aber der Erfolg ihrer Friedensarbeit hängt nicht von ihnen allein ab. Er hat zur Vorbedingung das Zusammenwirken der Arbeiter aller Länder in gleichem Sinne, das erneute Aufleben der Internationale und die Betätigung der Arbeiter in ihrem Rahmen.

Für die oppositionellen Sozialdemokraten Deutschlands ist die Verständigung über den Frieden mit den Sozialdemokraten der anderen Nationen keine unüberwindliche Schwierigkeit. Das bezeugen die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal, auf denen Vertreter der deutschen Opposition mit französischen und russischen Sozialdemokraten zusammengewirkt haben.

Wir können uns nicht damit zufriedenstellen, wie der Parteivorstand und seine Richtung, daß die Regierung ihre Friedensbereitschaft kund gibt, dabei aber die Bedingungen nicht nennt, unter denen sie bereit ist, Frieden zu schließen. — Wir verlangen einen Frieden durch Verständigung der Völker, ohne direkte oder versteckte Annexionen, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Nationen mit internationaler Beschränkung der Rüstungen und obligatorischen Schiedsgerichten. Wir sehen in diesen Einrichtungen nicht Zaubermittel, den ewigen Frieden zu sichern, wohl aber die kräftigsten Stützpunkte für den proletarischen Kampf um Erhaltung des Friedens, unsere wichtigste Aufgabe nach dem Kriege. Nicht auf die Regierungen bauen wir, weder in bezug auf

Herbeiführung noch auf Erhaltung des Friedens. Auch hier vertrauen wir bloß auf die Kraft des Proletariats, das am stärksten ist in seiner internationalen Zusammenfassung.

Der nationalen Solidarität der Klassen setzen wir entgegen die internationale Solidarität des Proletariats, den internationalen Kampf der Arbeiterklasse.

Im Sinne dieser Grundsätze haben wir den Kampf weiterzuführen. Ohne Ruhe, ohne Rast müssen wir der Verschärfung der Verfolgungen die Verdoppelung unserer Anstrengungen entgegensetzen, bis unser Ziel erreicht ist.

Brot und Wissen für alle!
Frieden und Freiheit allen Völkern!

Der Gründungsparteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat keinen Ausgleich der Gegensätze innerhalb der Opposition herbeigeföhrt, aber er hat doch Klarheit darüber geschaffen, welche Aufgaben sofort zu erfüllen waren. Die Opposition gegen die Kriegspolitik der alten Parteimehrheit hatte einen gesicherten Boden bekommen. Das Proletariat fand eine Stätte, an der es sich für seine revolutionären Aufgaben sammeln und schulen konnte. Nunmehr erst war es möglich, frei von den bisherigen organisatorischen Hemmungen die Auffassungen zu vertreten, die sich aus der Entwicklung der Verhältnisse ergaben. Wenn auch die neue Partei zahlenmäßig noch in den Anfängen steckte, so bildete sie doch den Kern für die Bewegung, die das Proletariat wieder auf den Boden des Klassenkampfes und der sozialen Revolution zurückzuführen hatte.



Der Kampf um den Frieden.

Die Zeit der Sammlung und des Zusammenschlusses. — Der Raub der „Gleichheit“ und der „Neuen Zeit“. — Die Osterbotschaft Wilhelm II. — Vergebliche Friedensbestrebungen der Russen. — Das Manifest der U. S. P. D. für die Stockholmer Konferenz. — Die Frühjahrsstreikbewegung. — Die Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917. — Sturz Bethmann Hollwegs. — Glück und Ende von Dr. Michaelis.

Uns ist nicht die Aufgabe gestellt, eine Geschichte über Krieg und Frieden zu schreiben; wir haben jetzt nur noch nötig, nachdem wir die Ursachen für die Spaltung der alten Partei und für das Entstehen der Unabhängigen Sozialdemokratie aufgezeigt haben, die Entwicklung der neuen Organisation der deutschen Arbeiterklasse und ihren Anteil an den weiteren Ereignissen der Kriegs- und Nachkriegsjahre darzustellen. Wir müssen uns dabei auf das äußerste Maß beschränken, damit nicht die Fülle der Ereignisse den uns gesteckten Rahmen sprengt. Die Aufgabe, alle Einzelheiten dieser Zeit zu schildern, muß späterer Geschichtsforschung überlassen bleiben.

Die deutsche Kriegspolitik war schon zusammengebrochen, kaum daß sie begonnen hatte. Der Beginn ihres endgültigen Bankrotts datiert vom Frühjahr 1917, und der verschärfte U-Bootkrieg war nur ein letzter verzweifelter Versuch, den Zusammenbruch noch einige Zeit hinauszuschieben. Auch die russische Revolution, die die deutsche Ostfront zu erleichtern versprach, konnte der deutschen Kriegführung keine Rettung mehr bringen. Es ist deshalb kein Zufall, daß das Jahr 1917 mit dem Kampf um den Frieden ausgefüllt ist, an dem schließlich auch solche Politiker teilnehmen mußten, die zweieinhalb Jahre lang an den Sieg der deutschen Waffen geglaubt hatten. Wir erleben die Zeit der Auflösung der inneren Front, der der Zusammenbruch der äußeren Front im nächsten Jahre folgen mußte.

Die folgenden Monate standen für die Unabhängige Sozialdemokratie im Zeichen der Sammlung und des Zusammenschlusses. Am 13. April erließ die Zentraleitung der U. S. P. D. folgenden Aufruf:

„Genossen! Genossinnen!

Die Opposition innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich Ostern 1917 in Gotha zu einer einheitlichen Organisation zusammengeschlossen unter dem Namen: Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Unabhängig gegen-

über der Regierungspolitik, unabhängig gegenüber den Bestrebungen der bürgerlichen Parteien, unabhängig gegenüber den Regierungssozialisten wird die neugeschaffene Organisation zielbewußt eine selbständige sozialdemokratische Politik treiben.

In einer Zeit der tiefsten wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen wird sie die Massen des deutschen Proletariats sammeln im Geiste der Internationale zur Beschleunigung des Friedens.

Es gilt, die Volksmassen zurückzuführen auf den Weg, den uns Marx, Engels und Lassalle gewiesen, auf dem uns August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Paul Singer jahrzehntelang ruhm- und siegreich geführt haben. Ihr Werk mit Hingebung und Tatkraft nicht nur fortzuführen, sondern auch fortzubilden zur Verwirklichung der Demokratie und des Sozialismus, zur endgültigen Befreiung der Menschheit von Kriegsschrecken und Kriegsgreuel — das ist unsere Aufgabe.

In dem erhebenden Bewußtsein, daß in Gotha die alte Sozialdemokratie neu erstanden ist, werden Hunderttausende begeistert den unabhängigen Organisationen zuströmen, die schon bestehen oder jetzt in allen Kreisen zur Bildung gelangen werden.

Alle, die den Glauben an die Sozialdemokratie verloren haben, als sie voll Schmerz sahen, wie die Partei die alten Grundsätze preisgab und zu einer nationalsozialen Regierungspartei wurde, werden mit Hoffnungsfreudigkeit und Zuversicht Mitglieder der neuen Organisation werden, um den Kampf für das aufzunehmen und weiterzuführen, wofür sie früher ihre besten Kräfte eingesetzt, wofür sie gelebt haben — für die hehren Ziele des Sozialismus.

Genossen und Genossinnen! Wir, die Unterzeichneten, sind von der Konferenz in Gotha mit der Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands betraut worden. In dieser schicksalsschweren Zeit, in der wir unser verantwortungsvolles Amt übernehmen, können wir es nur dann mit Erfolg ausüben, wenn wir der freudigen, entschlossenen zähen Mitarbeit der Genossen und Genossinnen sicher sind.

Werbt Anhänger für unsere Sache in unablässiger Arbeit! Gründet Organisationen für die Verbreitung und Durchführung unserer Grundsätze in jedem Wahlkreise, in dem sie noch nicht bestehen, und baut die bestehenden mit Eifer aus! Schwierigkeiten, die sich hie und da euch entgegenstellen, werdet ihr unerschrocken überwinden! Wir sind überzeugt: wir appellieren nicht vergeblich an den Mut und die Ausdauer der erprobten Kämpfer für die Wiedergeburt der deutschen Sozialdemokratie.

Auf dem Frauentage, der in der Zeit vom 5. bis 12. Mai stattfindet, werden die Frauen die Forderung erheben für ihre Gleichberechtigung, für ihren und ihrer Kinder Schutz, für die Beendigung des entsetzlichen Kriegsgemetzels!

Genossen und Genossinnen! Wir wissen es: wir appellieren auch nicht vergeblich an eure oft bewährte Opferwilligkeit! Trage jeder nach seiner Leistungsfähigkeit dazu bei, daß wir nicht aus Mangel an Mitteln einen Teil der gewaltigen Aufgaben, die uns gestellt sind, unerfüllt lassen müssen. Die regelmäßige Beitragsleistung genügt nicht. Sorgt für die Aufbringung außerordentlicher Mittel durch Marken, Bons, Sammelisten.

Ihr wißt, daß die gesammelten Gelder nicht, wie es in den letzten Jahren seitens der Regierungssozialisten geschehen, dazu verwendet werden, um eine euch schädliche Politik zu treiben, sondern in eurem Interesse zur Förderung einer unabhängigen und selbständigen sozialistischen Politik!

Genossen und Genossinnen! Das Eisen glüht, frisch ans Werk, es zu schmieden.

Berlin, den 12. April 1917.

Die Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Das Zentralkomitee:

Wilhelm Dittmann, Hugo Haase, Adolf Hofer, Gustav Laukant, Georg Ledebour, Robert Wengels, Luise Zietz.

Der Beirat:

Rob. Dissmann, Frankfurt a. M.; Paul Dittmann, Hamburg; Hermann Fleissner, Dresden; Willi Grütz, Remscheid; Alfred Henke, Bremen; Sepp Oerter, Braunschweig; Fritz Schnellbacher, Hanau.

Trotz der Beschränkungen der Kriegszeit entwickelten sich die Organisationen recht günstig. Ein Vierteljahr später konnte berichtet werden, daß 62 Wahlkreisvereine geschlossen oder mit großer Mehrheit aus der alten in die neue Organisation übergetreten waren. Darunter befanden sich ganze Bezirke, wie Berlin, Leipzig, Halle, und Wahlkreise aus den stärksten Industriegebieten, z. B. Essen, Niederrhein, Frankfurt a. M. In 19 Wahlkreisen wurden neue Organisationen mit gutem Erfolg und steter Weiterentwicklung gegründet. Ferner bestanden 46 Ortsvereine und Gruppen, die zum Teil übergetreten oder neu ins Leben gerufen waren.

Inzwischen war auch der Parteivorstand der alten Partei nicht müßig gewesen, um auch noch die letzten Reste der Opposition aus seinen Reihen zu entfernen. Mitte Mai entthronte Klara Zetkin ihrer Redaktionstätigkeit an der „Gleichheit“. Dieser Zeitungsraub stellte einen viel schlimmeren Gewaltakt dar, als es schon der „Vorwärts“-Raub gewesen war. Die „Gleichheit“ war von Klara Zetkin gegründet und jahrzehntelang von ihr geleitet worden. Sie war kein eigentliches Parteiorgan in dem üblichen Sinne, sondern in der Zeitschrift steckte das individuelle Lebenswerk einer einzelnen Frau, „sie war ihr geistiges Eigentum, der Inbegriff, die Verkörperung einer Jahrzehnte hindurch mühselig und bedeutsam geleisteten Arbeit“, wie die „Leipziger Volkszeitung“ damals zutreffend schrieb. Das alles gab dem Parteivorstand zu Bedenken keinerlei Anlaß, und es fanden sich auch zwei Leute, Heinrich Schulz und Marie Juchacz, die das Henkerwerk an dem Lebenswerk Klara Zetkins vollbrachten. Einen notdürftigen Ersatz für die „Gleichheit“ schuf die Unabhängige Sozialdemokratie, indem sie eine Frauenbeilage der „Leipziger Volkszeitung“ herausgab, deren Leitung Klara Zetkin übertragen wurde. Klara Zetkin hat das in sie gesetzte Vertrauen freilich übel gelohnt. In einer auf dem Kongress der Moskauer Internationale im Jahre 1921 abgegebenen Erklärung behauptete sie, sie habe sich als Redakteurin der Frauenbeilage der „Leipziger Volkszeitung“ als auf einem vorgeschobenen Posten in Feindesland betrachtet, in der Erwartung, der Vorstand der U. S. P. D. werde die gleiche politische Dummheit begehen wie der Vorstand der S. P. D. mit der „Gleichheit“ und sie maßregeln. Sie würde dann ihren Austritt aus der U. S. P. D. erklärt und einen Teil ihrer Gesinnungsgenossen in den

Spartakusbund hinübergezogen haben. Diese nachträgliche Erklärung hat die Sympathien sicherlich nicht vermehrt, die man bisher für Klara Zetkin gegen mochte.

Einen noch schamloseren Diebstahl an geistigem Eigentum beging der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei, als er im Herbst 1917 Karl Kautsky die „Neue Zeit“ raubte. Die wissenschaftliche Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie war noch weniger ein Organ der Partei als die „Gleichheit“. Die „Neue Zeit“ war das geistige Eigentum, war das größte Stück der Lebensarbeit von Karl Kautsky. Der Parteivorstand hatte also nicht das mindeste moralische Recht, über die Zeitschrift zu verfügen, noch viel weniger seinen Herausgeber aus der Redaktion zu drängen. In einem Abschiedswort schrieb Kautsky darüber:

Die „Neue Zeit“ wurde nicht von der Partei gegründet. Den Plan zu dieser Zeitschrift faßte ich im Sommer 1882. Sie sollte dem Marxismus dienen, seiner Verfechtung, Anwendung, Weiterentwicklung. Ich gewann Bebel und Liebknecht für die Idee, sowie Dietz, der das Wagnis unternahm, inmitten des wildesten Tobens des Sozialistengesetzes mit den damals noch sehr schwachen Kräften seines jungen Verlages eine wissenschaftliche Zeitschrift herauszugeben, deren Redakteur nur in engem Parteikreise bekannt war, und in der eine Methode und Weltanschauung vertreten werden sollte, die erst sehr wenig begriffen wurde, und die sich ihre allgemeine Anerkennung erst zu erobern hatte.

Es kostete uns große Mühe, erheischte schwere Opfer von uns, unter diesen widrigen Umständen uns zu behaupten, „durchzuhalten“, bis wir soweit kamen, die besten Köpfe des internationalen Sozialismus zu unsern Mitarbeitern zu zählen.

Was die „Neue Zeit“ geleistet, darüber zu berichten oder ein Urteil zu fällen, steht mir natürlich nicht zu. Für den jetzigen Moment bemerkenswert ist nur eines: die „Neue Zeit“ war von ihrem Beginn an Parteiorgan insofern, als Verleger und Redakteur wie die Mitarbeiter Parteigenossen waren, mit ganzer Kraft der Partei dienten und so auch die „Neue Zeit“ selbst dem Parteiinteresse dienstbar machten. Aber dabei war die „Neue Zeit“ Parteiorgan insofern, als sie von keiner Parteiinstanz abhängig war, keine für sie irgend eine Verantwortung trug, keine sie ökonomisch oder sonstwie unterstützte...

Freiligrath schrieb 1849, zur Zeit des unaufhaltsamen Niederganges der Revolution, die in ihren entscheidenden Zentren überall besiegt war. Heute dagegen gehen die politischen Kämpfe nicht einem Zustand der Apathie und Erstarrung, sondern äußerster Verschärfung entgegen. Was Freiligrath damals rief, ich darf es mit noch größerer Zuversicht den bisherigen Lesern der „Neuen Zeit“ zurufen:

Nun ade — doch nicht für immer Ade!
Denn sie töten den Geist nicht, ihr Brüder!

So alt ich bin, ich gedenke noch die Zeit zu erleben, in der die Sache siegt, der die „Neue Zeit“ 35 Jahre lang treu gedient hat. Und ich hoffe, es wird mir beschieden sein, dazu noch mein Scherflein Arbeit beitragen zu können.

Wenn wir wieder zum Frühjahr dieses Jahres zurückkehren, so haben wir einen Augenblick bei der Osterkundgebung Wilhelm II. zu verweilen, die endlich die „Neuorientierung“ einleiten sollte. Es wurden darin eine Reihe sehr schöner Dinge versprochen,

aber bald stellte es sich heraus, daß dieses Osterei überfaul war. Die Umbildung des preußischen Landtags sollte kommen, für das Klassenwahlrecht in Preußen sei kein Raum mehr, wurde in dem Erlaß erklärt, die Abgeordneten sollten durch unmittelbare und geheime Wahl bestimmt, dem Herrenhaus durch Vertreter des Volkes neues Blut zugeführt werden. Von diesen Versprechungen ist nichts in Erfüllung gegangen. Viele Monate lang ist zwar in Preußen um die Reform des Landtags geschachert worden, aber die Junker und die Schwerindustriellen wollten höchstens ein Pluralstimmrecht zugestehen, das ihre Macht unberührt ließ. Erst die Novemberrevolution des nächsten Jahres hat mit dem elendesten aller Wahlsysteme endgültig aufgeräumt. Die deutsche Bourgeoisie, dumm und kurzichtig wie sie nun einmal in politischen Angelegenheiten ist, hat in der Frage des preußischen Wahlrechts mit besonderer Deutlichkeit gezeigt, daß sie lieber das ganze „Vaterland“ in Trümmer gehen läßt, als zur rechten Zeit auch nur auf einen Teil ihrer Privilegien zu verzichten.

Als nicht minder kurzichtig erwies sich auch die Bourgeoisie in Rußland. Die Revolution hatte zwar das zaristische Regime zerbrochen, aber an seine Stelle waren die Vertreter der kapitalistischen Klassen getreten, die bisher schon die hemmungslosen Bestrebungen des russischen Imperialismus gefördert hatten und nunmehr glaubten, mit vermehrter Tatkraft ihre Absichten verwirklichen zu können. Sie mußten den kriegsmüden Massen Friede und Land versprechen, beides aber konnten sie ihnen nicht geben, wenn sie sich nicht als Klasse selbst aufgeben wollten. Die russische Revolution blieb daher an dem bisher erreichten Punkte nicht stehen; da aber die als Klasse noch nicht organisierten Kleinbauern ihre Geschäfte nicht selbst besorgen konnten, so mußten schließlich die Bolschewiki, die allein den negativen Mut aufbrachten, vor dem deutschen Imperialismus zu kapitulieren, die Erbschaft der russischen Bourgeoisie antreten.

An der Behandlung der Friedensfrage konnte man besonders deutlich die weitere Entwicklung der russischen Revolution studieren. Der Außenminister des ersten lürgerlichen Kabinetts Rußlands, Miljukow, veröffentlichte am 10. April eine Erklärung, worin auf die enge Gemeinschaft mit den Alliierten hingewiesen und gesagt wurde, daß das russische Volk „einen dauerhaften Frieden auf Grund des Rechts der Völker, ihr Schicksal selbst zu bestimmen“, herbeiführen wolle. Das Vaterland sei in Gefahr, alle Kräfte müßten angespannt werden, um es zu retten. Das Hauptgewicht legte diese Erklärung also auf die Gemeinschaft mit den Alliierten, der Gedanke eines Sonderfriedens mit den Mittelmächten wurde damals noch nicht erörtert. Viel entschiedener war die Erklärung, die der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Petersburg Ende Juni veröffentlichte. Hier wurde als die wichtigste Aufgabe der revolutionären Demokratie der Kampf für die schnellste Beendigung des Krieges bezeichnet. Es solle zwar kein Sonderfriede geschlossen werden, aber man müsse sofort Abordnungen in die alliierten und neutralen Länder schicken und alle sozialistischen Parteien dieser Länder nach Rußland einladen, damit die Friedensfrage endlich gelöst werde. Die deutsche

Regierung hat es nicht verstanden, die durch die russische Revolution geschaffene Situation dazu auszunützen, um eine Verständigung über den Frieden herbeizuführen. Sie erklärte ganz kühl, daß sie über ihre Kriegsziele nichts zu sagen und keine neuen Erklärungen abzugeben habe. Die deutsche Regierung werde sich auch nicht dazu drängen lassen, sich für einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigung auszusprechen. Das konnte von der ganzen Welt nur so aufgefaßt werden, daß die deutsche Regierung auch künftighin den Krieg mit dem Ziele führen wolle, Deutschland die Beherrschung der übrigen Welt zu sichern.

Eine Förderung der von der russischen Revolution ausstrahlenden Friedensbestrebungen konnte man sich von der internationalen sozialistischen Konferenz versprechen, die auf den Sommer 1917 nach Stockholm einberufen worden war. Die Initiative dazu war von den holländischen Mitgliedern der alten Internationale ausgegangen. Es sollten daran alle sozialistischen Parteien der kriegführenden wie der neutralen Länder teilnehmen. Zuerst schien es zweifelhaft, ob die alliierten Sozialisten sich an diesen Besprechungen beteiligen würden. Nachdem aber von der russischen Revolution ein neuer Impuls für die Ziele der Konferenz ausgegangen war, konnten auch sie sich ihr nicht entziehen. Die Schwierigkeiten der Kriegszeit haben die Durchführung des Planes verhindert, eine gemeinschaftliche Besprechung der sozialistischen Vertretungen aller Länder ist nicht zustande gekommen. Das eine aber wurde erreicht, daß die Parteien ihre Auffassungen zu Protokoll gaben, und daß man daraus ein Gesamtbild über ihre Kriegspolitik gewinnen konnte. Die Sozialdemokratische Partei ließ durch Eduard David in Stockholm einen mehrstündigen Vortrag halten, der dann als Broschüre verbreitet worden ist. Ihr Inhalt wird dadurch gekennzeichnet, daß es sich auch die deutsche Kriegsführung nicht nehmen ließ, sie in Massenaufgaben unter den Soldaten zu verteilen. David wiederholte in seinem Vortrag alle die Gründe, die die rechtssozialistischen Parteiführer unzähligmal für die Bewilligung der Kriegskredite angeführt hatten; ihm war noch immer der Krieg ein Mittel, um das deutsche Vaterland vor den Anschlägen der Feinde zu retten.

Die deutsche Delegation der Unabhängigen Sozialdemokratie faßte ihren Standpunkt für die Stockholmer Konferenz in einem Manifest zusammen, das während des Krieges nur einmal durch Hugo Haase von der Tribüne des Reichstags aus verlesen wurde, sonst aber nicht veröffentlicht werden konnte. Es möge deshalb hier seinen Platz finden:

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands geht in ihrer Friedenspolitik wie in ihrer gesamten Politik aus von den Gesamtinteressen des internationalen Proletariats und der sozialen Entwicklung.

Diese Interessen erheischen den sofortigen Frieden. Wir fordern beim Friedensschluß ein internationales Uebereinkommen über allgemeine Abrüstung. Dies ist das wichtigste Mittel, den geschwächten Volkskörper überall wieder zu stärken, dem niedergetretenen ökonomischen Leben der Völker in absehbarer Zeit wieder zum Aufschwung zu verhelfen. Nur so kann die Herrschaft des Militarismus

gebrochen, können die Beziehungen der Völker zueinander für die Dauer friedlich gestaltet werden.

Wir fordern die vollste Freiheit des internationalen Handels und Verkehrs sowie die unbeschränkte internationale Freizügigkeit zur Entfaltung der Produktivkräfte der Welt und zur Annäherung und Verbindung der Völker.

Wir verwerfen die wirtschaftliche Absonderung oder gar den Wirtschaftskampf der Staaten. Zur Schlichtung aller Streitigkeiten zwischen den einzelnen Staaten ist das internationale Schiedsgericht obligatorisch zu machen.

Wir fordern internationale Verträge zum Schutz der Arbeiter vor Ausbeutung, insbesondere zum Schutz der Kinder und Frauen, gemäß den Grundsätzen der internationalen Sozialdemokratie. Mit der gewaltig gesteigerten Verwertung der Frauenkraft im gesellschaftlichen Produktionsprozess ist die Zuerkennung voller politischer Rechte an die Frauen eine soziale Notwendigkeit geworden. Unerlässlich ist die Anerkennung der Gleichberechtigung für alle Einwohner eines Staates, ohne Rücksicht auf Staatszugehörigkeit, Sprache, Rasse, Religion. Das schließt ein den Schutz der nationalen Minderheiten zur Betätigung ihres nationalen Lebens.

Die nationale wie die soziale Befreiung der Völker kann nicht das Werk eines Krieges der Regierungen, sondern nur das Werk der Demokratie sein, für deren volle Durchführung die Völker unablässig den nachdrücklichsten Kampf zu führen haben. Die Ueberwachung der auswärtigen Politik der Regierungen durch die Demokratie eines jeden Staates wird zur Verhütung aggressiver Schritte führen. Die Geheimverträge sind abzuschaffen. Alle Staatsverträge sind fortan von der Zustimmung der Volksvertretungen abhängig zu machen.

Die Ära großer innerer Umwälzungen, vor der wir stehen, wird die Lösung der vielen Probleme zeitigen, die der Krieg aufgeworfen oder verschärft hat. Diese Fragen sollen aber nicht durch Krieg und Kriegsglück entschieden werden. Das Uebel des Weltkrieges ist viel größer als die Uebel, die er nach der Meinung der Kriegspolitiker heilen soll.

Ohne die Staatsgrenzen, die das Ergebnis von Eroberungen sind und vielfach im Widerspruch zu den Bedürfnissen der Völker stehen, als unantastbar zu betrachten, lehnen wir den Krieg überhaupt und also auch seine Verlängerung als Mittel zur Regelung der Staatsgrenzen ab. Grenzänderungen müssen an die Zustimmung der davon betroffenen Bevölkerung gebunden werden, dürfen nicht aufgezwungene Gewaltakte sein.

Jeden Versuch, irgend ein Volk in irgend einer Form zu vergewaltigen, weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück.

Seit Beginn des Krieges fordern wir konsequent einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Unvereinbar mit den sozialdemokratischen Grundsätzen ist jene Auffassung, die, aus militärischem Denken und nationalistischer Machtpolitik entspringen, die Stellung zu einem Problem von der jeweiligen Kriegslage abhängig macht und deshalb in den verschiedenen Stadien des Krieges zu einer verschiedenen Beurteilung einer und derselben Frage gelangt.

Unsere Aufgabe ist es nicht, für alle Einzelfragen, die beim Friedensschluss eine Rolle spielen werden, hier ein Programm aufzustellen.

Ueber die Fragen jedoch, die im Mittelpunkt der Erörterungen stehen, erklären wir schon heute folgendes:

Die Wiederherstellung Serbiens als eines selbständigen und unabhängigen Staates ist ein unbedingtes Erfordernis. Wir verkennen nicht, daß der Drang der Serben nach Vereinigung in einem Nationalstaat wohl begründet ist. Die Bildung eines solchen Staates und eine Zusammenfassung mit den übrigen Balkanstaaten zu einer republikanischen Balkanföderation sind das sicherste Mittel, dauernd befriedigende Zustände auf dem Balkan zu schaffen, Interventionen des Auslandes auszuschließen und die Orientfrage als Kriegsursache zu beseitigen. Dieses Ziel durch den Krieg zu verfolgen, bedeutet aber nur dessen nutzlose Verlängerung.

Wir verstehen das tiefe Sehnen des polnischen Volkes nach nationaler Vereinigung. Der Standpunkt, das Recht der Polen auf nationale Selbständigkeit durch die Kriegslage zu bestimmen, dieses Recht den Polen in Russisch-Polen zuzubilligen, dagegen für Preußisch- und Oesterreichisch-Polen zu leugnen, ist im Widerspruch zu dem Selbstbestimmungsrecht. Wir lehnen aber auch hier die Fortführung des Krieges als Mittel zur Durchsetzung dieses Rechts ab.

In gleicher Weise verwerfen wir dieses Mittel zur Lösung der Elsaß-Lothringischen Frage und befinden uns dabei in Uebereinstimmung mit Engels und Jaurès. Die Verlängerung des Krieges um Elsaß-Lothringen will bedeutet heute, daß die ganze Welt, Elsaß-Lothringen einbegriffen, wegen der Streitfrage des nationalen Bedürfnisses dieser Bevölkerung verwüstet, und daß mehr Menschen auf den Schlachtfeldern vernichtet werden, als Elsaß-Lothringen Einwohner zählt.

Aber wie Engels 1892, mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Frankfurter Frieden, so können wir uns heute erst recht nicht der Erkenntnis verschließen, daß die elsass-lothringische Bevölkerung, die 1871 gegen ihren Willen annektiert wurde, solange nicht zur Ruhe kommen wird, bis ihr die Gelegenheit gegeben ist, sich in direkter, unbeeinflusster Abstimmung über ihre Staatsangehörigkeit selbst zu äußern.

Wird die Abstimmung in voller Freiheit in Ruhe, vielleicht nach einer im Friedensvertrag festzusetzenden Zeit vollzogen und ihr Ergebnis von vornherein als bestimmend für die endgültige Regelung der Streitfrage anerkannt, dann wird der unheilvolle Gegensatz begraben, der Deutschland und Frankreich fast schon ein halbes Jahrhundert trennt, den Militarismus hüben und drüben fördert, beide Staaten ökonomisch schwer belastet und der Demokratie große Hemmnisse in den Weg legt.

Ein schwerer Alp wäre von ganz Europa, nicht zum mindesten von Deutschland selbst gewälzt; das deutsche Volk würde ökonomisch, politisch und moralisch dabei weit mehr gewinnen, als es verlieren könnte, selbst wenn die Entscheidung anders ausfiele, als es sie voraussetzt.

Die volle Unabhängigkeit und Selbständigkeit Belgiens ist unabweisbar. In Erfüllung des feierlichen Versprechens, das die deutsche Regierung bei Kriegsbeginn gegeben hat, sind dem belgischen Volke auch die durch den Krieg verursachten Schäden, insbesondere die weggenommenen wirtschaftlichen Werte, zu ersetzen.

Ein derartiger Ersatz hat nichts zu tun mit jener Art von Kriegsschädigungen, die eine Plünderung des Besiegten durch den Sieger bedeuten und die wir deshalb verwerfen.

Als Gegner jeder Eroberungspolitik und Fremdherrschaft lehnen wir auch nach wie vor die Politik kolonialer Eroberungen ab. Der Besitz einer jeden Kolonie ohne Selbstverwaltung der eingeborenen Bevölkerung ist nichts anderes, als der Besitz unfreier Menschen, und ebenso wie die Sklaverei unvereinbar mit unseren Grundsätzen. Weder bei der Erwerbung noch bei dem Besitzwechsel von Kolonien wird in

Wahrheit das Selbstbestimmungsrecht der Einwohner respektiert. Der Besitz von Kolonien ist überdies für die industrielle Entwicklung nicht erforderlich. Also weder Gründe des Rechts noch das ökonomische Interesse der arbeitenden Klassen, sondern allein politische Einsicht erfordern es, daß auf kolonialem Gebiet durch den Friedensvertrag nicht Verschleubungen vorgenommen werden, die einen neuen Kriegsgrund bilden könnten.

Der Friedensvertrag wird nur gesichert sein, wenn eine internationale Kraft über ihn wacht.

Diese Kraft erblicken wir nicht in einer internationalen Regierungsbehörde, sondern in dem internationalen sozialistischen Proletariat. Nur wenn die Internationale selbständig und kraftvoll aufgebaut wird, wenn das Proletariat ihr überall seine volle Macht für die Kontrolle über die Regierungen und für die Erhaltung des Friedens leiht, wird in Zukunft an Stelle des verhängnisvollen Wettrüstens ein Zustand des gegenseitigen Vertrauens der Völker treten.

Zunächst hat das Proletariat in jedem Lande alles zu tun, um den Abschluß des Weltkrieges herbeizuführen, den Frieden zu erringen.

Die Vorbedingung für die Erreichung dieses Zieles ist die Unabhängigkeit der sozialdemokratischen Parteien gegenüber den imperialistischen Regierungen.

Die Aufstellung eines gemeinsamen Friedensprogramms ist wichtig. Aber dieses Programm ist wesentlich Schall und Rauch, wenn es nicht von einer energischen internationalen Aktion der Volksmassen getragen wird.

Von jeder Regierung ist die unbedingte Annahme des internationalen Friedensprogramms zu fordern. Die Kredite sind jeder Regierung zu verweigern, die dieses Programm ablehnt oder auch nur ausweichend beantwortet, oder die sich nicht bereit erklärt, in sofortige Friedensverhandlungen auf Grundlage dieses Programms einzutreten. Sie ist auf das entschiedenste zu bekämpfen.

Eine solche gemeinsame Friedensaktion einzuleiten und zu fördern, wird die erste Aufgabe der geplanten internationalen Friedenskonferenz sein. Sie hat alle wahrhaft sozialistischen Elemente zusammenzufassen, die entschlossen sind, in diesem Sinne mit aller Kraft für den Frieden zu wirken.

Eine proletarische Organisation, die sich dieser Aktion entzieht, verwirkt damit das Anrecht, hinfert als Organisation des internationalen Sozialismus zu gelten.

Diese Stimme der Vernunft ist im Toben des Krieges verhallt; aber sie behält ihren Wert über die Zeit hinaus, in der sie geboren wurde. Um wieviel besser würde es heute um die deutsche Arbeiterklasse, um das internationale Proletariat, um die ganze Welt stehen, wenn man damals auf sie gehört hätte!

Während an der Oberfläche noch eitel Sonnenglanz herrschte, grollte es immer vernehmlicher in den Massen des arbeitenden Volkes. Wiederholt schon war es hier und da zu überraschenden Arbeitsniederlegungen gekommen, so im Sommer 1916 nach der Verurteilung Liebknechts oder im Januar besonders in Leipzig und Braunschweig. Im April 1917 brach nun eine große Streikbewegung aus, die Hunderttausende von Arbeitern in ihren Bann zog. Die äußere Ursache war die immer schlechter werdende Versorgung mit Lebensmitteln, worunter vor allem die schwer schaffenden Arbeiter in den Munitionsindustrien zu leiden hatten.

Der tiefere Grund für diese rebellische Stimmung aber war in dem ständig stärker werdenden Verlangen nach Beendigung des Völkermordens zu suchen. In fast allen großen Städten brach die Bewegung gleichzeitig aus, trotzdem es nicht leicht war, die Verbindungen zwischen den Streikorten aufrechtzuerhalten. Die rechtssozialistische Partei wandte sich ebenso gegen sie wie die Führerschaft der Gewerkschaften. In Leipzig bildete sich zum erstenmal in Deutschland ein Arbeiterrat zur Leitung der Bewegung, und dieser Name deutete schon darauf hin, daß die russische Revolution ihren Widerhall bereits in Deutschland fand. Der Leipziger Arbeiterrat stellte folgendes Programm auf:

„Sofortige hinreichende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Kohlen; Erklärung sofortiger Bereitschaft zum Frieden ohne jede Annexionen; Beseitigung des Belagerungszustandes und der Zensur; Abschaffung des Hilfsdienstgesetzes; freies und gleiches Wahlrecht in allen Bundesstaaten. Der Deputation, die aus Lieberasch, Liebmann und Lipinski besteht, bleibt es vorbehalten, beim Reichskanzler weitere Forderungen aufzustellen. Die Arbeit soll in Leipzig erst wieder aufgenommen werden, wenn der Reichskanzler der Deputation befriedigende Antwort gegeben hat. Geschieht das nicht, dann soll überall sofort ein Arbeiterrat eingesetzt werden.

Es war nun gar nicht nach dem Sinn der Regierung und der Kriegsführung, daß dieses Programm auch politische Forderungen enthielt. Und der General Groener drohte den Arbeitern mit den Landesverratsparagraphen, wenn sie nicht sofort den Streik abbrechen würden. Schließlich mußte man den Arbeitern aber doch eine Reihe von Zugeständnissen machen, und wenn auch nicht alles erreicht wurde, was damals gefordert worden ist, so hat diese Bewegung doch dazu beigetragen, daß sich die revolutionäre Stimmung in der Arbeiterschaft immer weiter verbreitete. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß trotz der gefährdenden Situation die Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie sich selbstverständlich an die Spitze der Bewegung gestellt hatten, so Laukant in Berlin, so Lipinski und Liebmann in Leipzig.

Im Mai gab es wieder einmal eine Friedensdebatte im Reichstag. Der sozialdemokratische Parteiausschuß hatte sich in einer Resolution für einen Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigungen ausgesprochen. Die Konservativen wollten nun von der Regierung wissen, was sie dazu zu sagen habe, und die Rechtssozialisten fragten an, ob die Regierung im Sinne ihrer Resolution handeln wolle. Scheidemann drohte ein wenig mit der Revolution, er fügte aber als vorsichtiger Mann hinzu: glücklicherweise wissen wir, daß die Dinge gar nicht so liegen. Bethmann Hollweg blieb bei seiner alten Methode, weder von den Annexionisten abzurücken, noch sich zu einem Verständigungsfrieden zu bekennen. Ledebour wies in der Debatte darauf hin, daß von Deutschland noch niemals ein wirkliches Friedensangebot ausgegangen sei, und daß man jetzt den russischen Sozialisten die Aufgabe erschwere, sich von den Ententeforderungen unabhängig zu machen. Es stände besser um die Arbeiterklasse, wenn die Rechtssozialisten sich schon zwei Jahre früher gegen die Annexionen ausgesprochen hätten. Die Erkenntnis bei ihnen sei reichlich spät

gekommen. Wenn nicht bald bei uns mit dem Gewaltregiment aufgeräumt werde, so würden die Massen ihre Sache selbst in die Hand nehmen.

Die hinhaltende und hinterhältige Politik der deutschen Regierung in der Friedensfrage hatte dazu geführt, daß in Rußland die imperialistischen Elemente die Oberhand gewannen, die am Bündnis mit der Entente festhalten wollten. Seit der Revolution hatten sich die russischen Armeen passiv verhalten, an einzelnen Stellen der Front war es sogar zu Verbrüderungskundgebungen zwischen russischen und deutschen Soldaten gekommen. Den Einflüssen Englands und Frankreichs gelang es nun, die russische Regierung für eine neue Offensive zu gewinnen. Sie errang im Anfang unter Brussilows Führung einige Vorteile, besonders gegen die Oesterreicher, mußte aber schließlich zusammenbrechen. Neue Zehntausende von Menschen waren nutzlos geopfert worden. Die Rückwirkung auf die inneren Verhältnisse Rußlands blieb nicht aus.

Die leichten Erfolge über die Russen hatten die Stimmung in Deutschland keineswegs zu heben vermocht. Erzberger war um diese Zeit von einer seiner Auslandsreisen zurückgekehrt. Glaubte er bis dahin blindlings an den deutschen Sieg, so wechselte nunmehr völlig seine Stimmung. In einer Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages hielt er zu aller Ueberraschung eine große Rede, worin er zu verstehen gab, daß nur noch ein Friede der Verständigung Deutschland retten könne. Von Annexionen und ähnlichen Dingen dürfe nicht mehr gesprochen werden, eine schnelle Demokratisierung und ein Wechsel in den leitenden Stellen müsse das Ausland davon überzeugen, daß es Deutschland mit seinen Friedensabsichten ernst sei. Erzbergers Rede gab den Anstoß zur Bildung eines Blocks zwischen Zentrum, Fortschrittlern und Rechtssozialisten, deren Fraktionen gemeinschaftliche Sitzungen abhielten und die Veröffentlichung einer Resolution, der berühmten Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917, beschlossen. Zuerst waren auch die Nationalliberalen an den interfraktionellen Sitzungen beteiligt. Sie schieden aber bald aus der Gemeinschaft aus, da sie damals noch nicht genau wußten, auf welche Seite sie sich schlagen sollten. In der Resolution des Mittelblocks wurde gesagt, daß Deutschland nicht Eroberungssucht treibe, sondern nur zur Verteidigung seiner Freiheit die Waffen ergriffen habe. Der Reichstag erstrebe einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Die Schaffung einer internationalen Rechtsorganisation werde er tatkräftig fördern. Solange aber die feindlichen Regierungen einen solchen Frieden zurückwiesen, sei das deutsche Volk entschlossen, zur Verteidigung seines Rechtes auf Leben und Entwicklung unerschütterlich zusammenzustehen. Selbst diese zahme Resolution stieß bei der Regierung auf Widerspruch. Und es hat sich weiter gezeigt, daß sie gar nicht daran dachte, im Sinne dieser Resolution zu handeln.

Die Bemühungen des Mittelblocks galten eigentlich gar nicht der Person Bethmann Hollwegs. Denn trotz seiner inneren Zuneigung zu den Annexionisten hatte er doch äußerlich eine Haltung bewahrt, die selbst von den Rechtssozialisten nicht beanstandet worden war. Die Alldeutschen freilich hatten ihn schon längst aufs

Korn genommen, weil er nicht entschieden genug ihre Pläne unterstützte. Aber zum damaligen Zeitpunkt hätte es auch sie nicht reizen können, einen Kanzlerwechsel zu provozieren. Es wirkte daher ziemlich überraschend, daß Bethmann Hollweg plötzlich seinen Rücktritt erklärte; er fiel, ohne daß er eigentlich gestürzt worden war. An seine Stelle trat Herr Dr. Michaelis, ein bürgerlicher Mann zwar, aber ein Reaktionär von reinem Wasser und eine herzlich unbedeutende Persönlichkeit dazu. In der Reichstags Sitzung vom 19. Juli trug er die Meinung der Regierung zu der Friedensresolution vor, und bei dieser Gelegenheit fiel sein berühmt gewordenes Wort: Wie ich sie auffasse! Trotzdem also jetzt der letzte Schleier von den Absichten der Regierung gefallen war, erklärte Scheidemann, daß seine Fraktion auch dieses Mal die Kriegskredite bewilligen werde. Um so deutlicher kennzeichnete Haase für die unabhängige Fraktion die politische Lage. Zunächst verlangte er, daß in einer Zeit, wo in der ganzen Welt die größten Umwälzungen vor sich gehen, auch in Deutschland eine Demokratisierung des Reichs und der Einzelstaaten vorgenommen werden müsse, die auszumünden habe in die soziale Republik. Das Volk sei jetzt aus dem Kriegstaukel allmählich erwacht. Die Rechnung, die man vor dem U-Boot-Kriege aufgestellt habe, habe sich längst als Täuschung herausgestellt. Der programmatische Teil der Resolution des Mittelblocks lasse es an Klarheit und Bestimmtheit fehlen, und zum Schlusse ende sie in schmetternde Kriegsfanfaren. Man würde sich nur neuen Täuschungen hingeben, wenn man an eine günstige Wirkung dieser Resolution in der Welt glaube. Demgegenüber stellte Haase das von der deutschen Delegation der Unabhängigen Sozialdemokratie für die Stockholmer Internationale Konferenz beschlossene Manifest, dessen Veröffentlichung bis dahin von der Zensur unterbunden worden war. Von Rußland sei der Ruf ausgegangen: Genosse, beeile dich! Und dieser Ruf habe lebhaften Widerhall bei den deutschen Arbeitern gefunden. Haase legte dann eine Resolution der Unabhängigen Sozialdemokraten vor, worin ein Friede ohne Annexionen und ohne Kriegssentschädigungen und die Wiederherstellung Belgiens verlangt wurde. Es mußten sofort Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage eingeleitet werden, die dringendste Vorbedingung dazu sei aber die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und die völlige Demokratisierung des Deutschen Reichs. Diese Resolution wurde abgelehnt, nur vier Mitglieder der Mehrheitsfraktion stimmten für sie.

Es kam so, wie es die Unabhängige Sozialdemokratie vorausgesagt hatte. Der Block der Reichstagsmitte hatte weder eine Beschleunigung der Friedensfrage, noch die Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems erreicht. Wilhelm II. bequeme sich lediglich zu einer neuen Wahlreformbotschaft, und die Regierung berief einige Konzeptionsschulzen aus den Reichstagsparteien in ihre Ämter, wie den Rechtssozialisten Dr. August Müller, der aber gleich erklärte, daß er mit der Uebernahme seines Amtes an die Pflichten eines Parteigenossen nicht mehr gebunden sei. Was über diese Dinge zu sagen war, das hat Ledebour im Hauptausschuß am 28. August ausgeführt: Das bürokratische System sei nicht im geringsten geändert worden. Der freie Ausschuß, der aus Vertretern der Par-

feien gebildet worden war und mit dem sich die Regierung in allen außenpolitischen Angelegenheiten verständigen sollte, sei nichts anderes als Schaumschlägerei, seine Mitglieder seien nicht die Vertrauensleute ihrer Parteien, sondern der Regierung, denn man habe sie gegenüber ihren eigenen Fraktionskollegen zum Schweigen verpflichtet.

Der Reichskanzler Michaelis war eigentlich politisch bereits tot, als er sein Amt angetreten hatte. Und es kennzeichnet die damaligen Verhältnisse, daß er als ein lebender Leichnam noch Monate hindurch den höchsten Posten des Reiches bekleiden durfte. Was ihm aber an Fähigkeit abging, das suchte er durch Frechheit zu ersetzen. Er wußte, daß er von den bürgerlichen Parteien und auch von den Rechtssozialisten nicht viel zu fürchten hatte. Um so grimmiger aber haßte er die Unabhängige Sozialdemokratie. Endlich glaubte er die Gelegenheit gekommen, um sie unschädlich zu machen. In der Reichstagssitzung vom 9. Oktober „enthüllte“ er, daß unsere Partei in Verbindung mit den Mannschaften der Kriegsslotte stände und unter ihnen eine hochverräterische Verschwörung angezettelt habe. Die Unabhängige Sozialdemokratie stehe für ihn jenseits der Linie, auf die er alle anderen Parteien gestellt habe. Und er werde sie dementsprechend behandeln. Es stehe aktenmäßig fest, daß der Hauptagitator bei der Flotte im Fraktionszimmer der Unabhängigen Sozialdemokraten gewesen sei und den Abgeordneten Dittmann, Haase und Vogtherr seine Pläne vorgetragen habe, die von ihnen gebilligt worden seien. Dieser Angriff auf unsere Partei ist dem Reichskanzler schlecht bekommen. Er verließ die Sitzung als ein Gestüpter.

Haase, Vogtherr und Dittmann zeigten auf, was hinter dem Ge- rede des Reichskanzlers und seiner Gehilfen stand. Bei der unabhängigen Fraktion sei ein Matrose erschienen, der sich darüber beklagte, daß die Matrosen so wenig geistige Anregungen hätten und um Ueberlassung von Literatur bat. Etwas später wurde bekannt, daß dieser Matrose wegen Verfolgung seiner politischen Ideale von einem Kriegsgericht hingerichtet worden war und daß eine Anzahl seiner Gesinnungsgenossen zu den furchtbarsten Zuchthausstrafen verurteilt worden waren. Die Redner der unabhängigen Fraktion wiesen dann nach, wie bei der Marine systematisch jede Bekundung des Friedenswillens unterdrückt werde, während man den Annexionisten den weitesten Spielraum lasse. Selbst die Redner der Mittelparteien konnten nicht umhin, der Regierung vorzuwerfen, daß sie in ganz unverantwortlicher Weise gegen unsere Partei vorgegangen sei und insbesondere Ebert erklärte, daß seine Partei jeden Tag begrüßen werde, der das deutsche Volk früher von dieser Regierung befreie. So endete der Angriff des Kanzlers auf die Unabhängige Sozialdemokratie mit seiner vollständigen Niederlage, und es war eigentlich nur noch eine Frage der Zeit, wann dieser Kanzler endlich verschwinden werde. Die Unabhängige Sozialdemokratie aber hat sich gerade in dieser Zeit die Sporen verdient; wenn die Erörterungen über die Friedensmöglichkeiten jetzt in schnelleren Fluß kamen, so hatte sie durch ihre konsequente Politik ein nicht geringes Verdienst daran.

Der Zusammenbruch.

Sozialdemokratischer Parteitag in Würzburg. — Die bolschewistische Herrschaft in Rußland. — Die Gewaltfriedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest. — Streikbewegungen in Oesterreich und Deutschland. — Dittmann wird auf die Festung geschickt. — Der Zusammenbruch der Mittelmächte. — Die revolutionären Forderungen der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Die Führung der Rechtssozialistischen Partei hatte es für geraten gehalten, auf Mitte Oktober des Jahres 1917 einen Parteitag nach Würzburg einzuberufen. Sie brauchte sich nicht darum zu sorgen, daß dort ihre Politik heftige Anfeindungen erfahren würde. Was noch an Opposition zurückgeblieben war, hatte jeden Einfluß verloren, Scheidemann und Ebert, Kolb und Lensch beherrschten die Situation. So nahm denn der Parteitag den vorschriftsmäßigen Verlauf, die Politik vom 4. August wurde gebilligt, die heftigsten Angriffe auf die Unabhängige Sozialdemokratie und auf die „marxistische Scholastik“ erfuhren kaum Widerspruch. Man schlug zwar auch einige kräftige Töne gegen die Regierung an, weil bisher von der versprochenen Neuorientierung so gut wie nichts in Erfüllung gegangen war; aber dieser Vorstoß konnte schon deshalb keine Wirkung auslösen, weil die rechtssozialistische Partei in allen entscheidenden Fragen mit dieser gleichen Regierung durch Gedeih und Verderb ging. Auch über die Möglichkeit einer Wiedervereinigung wurde gesprochen. Aber der Parteitag verstand sie so, daß alle von ihm hinausgeworfenen Genossen reumütig in den alten Parteipferch zurückkehren und die Instanzenpolitik nunmehr rückhaltlos anerkennen sollten. Dem Würzburger Parteitag wurde von der bürgerlichen Presse das Zeugnis ausgestellt, daß er brave Arbeit geleistet habe; was vom Standpunkt des Sozialismus und der Arbeiterklasse dazu zu sagen war, das wurde in einem Aufruf ausgeführt, den das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratie bald danach veröffentlichte. Ueber die Frage der Einigung hieß es dort:

„Niemand ist mehr als wir von der Notwendigkeit durchdrungen, die sozialdemokratischen Massen zu einer einheitlichen Front zusammenzuschweißen. Aber es muß eine Front gegen den gemeinsamen Feind sein, nicht eine Front, die sich anschickt zum Abmarsch ins feindliche Lager.“

Heute gibt es nur eine wahrhaft sozialdemokratische Partei in Deutschland: die Unabhängige Sozialdemokratische Partei!

Im Zusammenschluß aller Männer und Frauen, die sozialdemokratisch fühlen und denken, auch wenn sie heute noch aus Unkenntnis oder falschen Rücksichten im andern Lager stehen, gewinnt sie die Kraft, in

Uebereinstimmung mit der Internationale den Friedensschluß zu beschleunigen, die Demokratie und den Sozialismus zu verwirklichen.

Im Anschluß an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands und unter ihrem Banner vollzieht sich heute praktisch die Einigung der deutschen Sozialdemokraten.

Inzwischen vollendeten sich auf der Weltenbühne die Schicksale der Völker. Michaelis wurde durch Hertling abgelöst, einen müden Grafen aus dem Zentrum, der nur noch die eine Fähigkeit aufbrachte, den Dingen ihren Lauf zu lassen. Von der Demokratisierung und vom Parlamentarismus, den der interfraktionelle Block herbeiführen wollte, war nicht viel mehr die Rede; Ludendorff regierte die Stunde, und lediglich in der Handhabung der Zensur trat eine geringfügige Erleichterung ein. Der Papst leitete eine Friedensaktion ein, und in England schien es eine Zeitlang, als ob sich unter Führung von Lansdowne eine stärkere Bewegung für den Frieden sammeln wollte. Beides blieb ergebnislos, ebenso wie ein Versuch des am Ende seiner Kraft angelangten Oesterreich, durch Benutzung seiner dynastischen Beziehungen zu den royalistischen Kreisen Frankreichs einen billigen Frieden zu erlangen. In Deutschland blieben die regierenden Kreise, die nach wie vor von den Militärs beherrscht wurden, harthörig; sie glaubten nach der Weiterentwicklung der russischen Revolution noch immer nicht die Hoffnung aufgeben zu müssen, an das Ziel ihrer Wünsche zu kommen.

In Rußland war Anfang November die Regierung Kerenski gestürzt und durch die Herrschaft der Bolschewiki abgelöst worden. Das Kleinbürgertum, das bisher am Staatsruder saß, konnte seine Versprechungen, Frieden und Land dem Volk zu geben, nicht einlösen. Und es war nur logisch, daß die Bolschewiki, die die gleichen Losungen aufnahmen, nunmehr zu Vollstreckern der Revolution wurden. In der Beurteilung der Vorgänge in Rußland bestand in den Reihen der Unabhängigen Sozialdemokratie keine Einheitlichkeit. Die Spartakusanhänger sahen in der Machtergreifung der Bolschewiki nur die „Aktion“. Die Kenner der Verhältnisse aber, und diejenigen, denen auch in aufgewühlter Zeit der wissenschaftliche Sozialismus, wie ihn Marx und Engels gelehrt haben, der sichere Kompaß bleibt, erkannten sofort die wahre Natur der neuen Umwälzung. Es handelte sich in Rußland nicht um eine proletarische Revolution in dem Sinne, daß die kapitalistische Wirtschaft durch eine höhere, die sozialistische, abgelöst wurde, sondern um eine Agrarrevolution, deren Exekutive in den Händen des Proletariats lag. Den Bolschewiki war also die historische Aufgabe zugefallen, die Vorkämpfer des Kleinbauernums zu werden, die feudalen, vorkapitalistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft aufzulösen, das Privateigentum an Grund und Boden den Großgrundbesitzern zu entreißen und in die Hände der Bauern zu legen, und so erst die Grundlage dafür zu schaffen, daß der moderne Kapitalismus sich entwickeln konnte. Indem aber die Bolschewiki die ökonomischen Verhältnisse ihres Landes mißachteten und das wahre Wesen der dem Proletariat zugefallenen Aufgabe nicht er-

kannten, schufen sie in Rußland eine Karikatur auf den Sozialismus und trugen damit zugleich Verwirrung und Auflösung in die Reihen des westeuropäischen Proletariats.

Die bolschewistische Regierung führte die Losungen der Kerenski-Regierung aus, freilich auf negative Art. Sie riefen den in Soldatenröcken steckenden Bauern zu, sie sollten den Großgrundbesitz enteignen. Und die Soldatenbauern verstanden das so, daß sie die Front verließen und in ihre Dörfer eilten, um bei der Teilung des Landes nicht zu spät und nicht zu kurz zu kommen. So zerfiel das russische Heer, zurück blieb in der Hauptsache nur der Teil des Proletariats, der keine Verbindung mehr mit dem Lande hatte. Damit war auch die Erfüllung der zweiten Parole gesichert: die Herstellung des Friedens. Was aber in diesem Falle soviel hieß, daß die bolschewistische Regierung sich völlig dem Diktat der deutschen Sieger fügen mußte. Die Bolschewisten hatten den demokratischen Frieden, die Anerkennung des unbedingten Selbstbestimmungsrechtes der Völker, gefordert. Sie erbaten sich, alle früher von Rußland okkupierten Gebiete bedingungslos wieder herauszugeben, sie wollten auch allen fremdstämmigen Völkern das Selbstbestimmungsrecht über ihre künftige Staatsangehörigkeit zugestehen. Die deutsche Regierung lehnte das rundweg ab; denn das hätte die weitere Konsequenz haben müssen, daß auch den fremdsprachigen Volksstämmen, die zu den Zentralmächten bisher gehörten, die gleichen Rechte eingeräumt werden mußten. Die deutsche Regierung verweigerte sogar den Bewohnern der baltischen Gebiete das Recht, selbst über ihr künftiges Schicksal zu bestimmen, und mit aller Offenheit forderte sie die Annexion ehemaliger russischer Gebiete. Die deutsche Regierung rechnete mit der militärischen Ohnmacht der Bolschewisten, und sie glaubte, ihnen alles bieten zu dürfen. Darin hat sie sich denn auch nicht getäuscht.

Die deutschen Unterhändler provozierten die Bolschewisten so lange, bis es zum Abbruch der Verhandlungen kam. Nunmehr glaubten sie freie Hand zu haben. Sie unterstützten die Loslösungsbestrebungen einiger ukrainischer Nationalisten, erklärten, daß die Ukraine gar nicht zu Rußland gehöre, und schlossen mit den von ihnen herausgesuchten Vertretern dieses Landes einen Sonderfriedensvertrag ab. Die Alldeutschen hatten auf der ganzen Linie gesiegt. Weite Gebiete des ehemaligen Kongreßpolens sollten an Deutschland angegliedert werden, für die baltischen Provinzen hatte man schon Fürsten und Herzöge aus den verschiedenen deutschen Dynastien bereit, und auch Oesterreich-Ungarn wollte sich ein gehöriges Stück aus dem russischen Kuchen herauschneiden. Der wahre Sinn des Krieges hatte sich nun so deutlich gezeigt, daß keinerlei Zweifel über die Absichten der deutschen Kriegführung mehr bestehen konnten. Nur der rechte Flügel der rechtssozialistischen Partei glaubte immer noch an den Verteidigungskrieg, und man schämte sich dort nicht, selbst die Gewaltpolitik gegenüber dem wehrlosen Rußland mit nationalen Floskeln zu beschönigen.

Die Bolschewisten erklärten nunmehr, daß sie unter diesen Umständen auf die Unterzeichnung eines formellen Friedensvertrages

mit den Mittelmächten verzichten wollten und den Kriegszustand für beendet erklären würden. Die deutsche Regierung ging aber darauf nicht ein, sie verlangte die Unterzeichnung des von ihr vorgelegten Vertrages. Um ihrer Forderung größeren Nachdruck zu verleihen, kündigte sie den Waffenstillstand mit Rußland und ließ ihre Heere weitermarschieren. Den Bolschewisten blieb nichts anderes übrig, als sich nunmehr damit einverstanden zu erklären, den Frieden unter den Bedingungen zu unterzeichnen, die von den Delegationen des Vierbundes in Brest-Litowsk gestellt worden waren. Der deutsche Vormarsch in Rußland wurde trotzdem nicht eingestellt; das geschah erst, als die Truppen der Mittelmächte sich alle Sicherungen verschafft hatten, deren die deutschen und die österreichischen Annexionisten bedurften.

Trotzdem also der Gewaltcharakter der Friedensverträge mit dem Osten feststand, konnten es die Rechtssozialisten nicht über sich bringen, ihnen ihre Zustimmung zu versagen. Ja, sie haben sogar dem Vertrag mit der Ukraine ihre Zustimmung gegeben. Sie begründeten das damit, daß es sich dabei doch immerhin um einen Verständigungsfrieden handele, und daß ihre Partei, die doch immer für den Frieden gearbeitet habe, sich jetzt nicht gegen ihn erklären könne, auch wenn der Vertrag nicht allen ihren Wünschen entspreche. Mit aller Schärfe ging dagegen Ledebour mit der Annexionspolitik der Regierung im Reichstage ins Gericht. Den Rechtssozialisten sagte er, daß selbstverständlich jeder Mensch den Abschluß irgendeines Friedens wünsche. Es komme nur darauf an, welchen Frieden man abschließe. Die Bolschewisten hätten die Verhandlungen eingeleitet, um einen Frieden auf Grund des freien Selbstbestimmungsrechtes der Völker abzuschließen, und Herr von Kühlmann, der Außenminister, habe seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen auf dieser Grundlage erklärt. Hinter den Kulissen sei dann aber auf Annexionen hingearbeitet worden, und diesen Einflüssen sei Kühlmann gefolgt. Mit der Ukraine könne gar kein selbständiger Vertrag abgeschlossen werden, da es sich hier nicht um einen selbständigen Staat handele, sondern um einen Bestandteil der russischen Republik. Im übrigen wisse man noch gar nicht, wie sich die Verhältnisse in Rußland weiter gestalten würden; es stehe aber jetzt schon fest, daß die ukrainischen Unterhändler nicht im Namen des ukrainischen Volkes auftreten könnten. Der Vertrag mit der Ukraine solle der deutschen Heeresleitung nur den Vorwand liefern, um weitere Eroberungszüge vorzunehmen. Das Allerbedenklichste bei dem ukrainischen Friedensvertrag aber sei, daß er dem Selbstbestimmungsrecht der Völker vollkommen widerspreche, denn er beziehe sich auch auf Gebiete mit rein polnischer Bevölkerung. Die Vertreter der Polen hätten denn auch bereits erklärt, daß sie den Vertrag als eine Beraubung des polnischen Volkes empfänden. Der Sondervertrag mit der Ukraine sei überhaupt nur zu dem Zweck abgeschlossen worden, um aus dem Lande Getreide herauszuholen. Und nur aus diesem Grunde treibe man das ganze polnische Volk zur Feindschaft gegen das Deutsche Reich. In weiten Kreisen des deutschen Volkes sei jetzt die Erkenntnis aufgedämmert, daß diese Vergewaltigungs- und Annexionspolitik zum Verderben des Volkes führen müsse. Die große Streikbewegung, an der sich über eine

halbe Million Arbeiter beteiligt hätten, sollte der Regierung endlich die Augen über die Lage öffnen. Aber die Arbeiterschaft erwarte weder von der deutschen Regierung, noch von den Regierungen der anderen Länder einen wirklich dauernden Frieden, sondern der Weltfriede werde erst kommen, wenn das Proletariat die politische Macht erobert habe.

Einige Tage später, am 27. Februar, rechnete auch Haase mit der Annexionspolitik der Regierung ab. Er wies nach, daß Rußland ein Gewaltfrieden aufgezwungen werden solle, wie er schlimmer nicht gedacht werden könne. In Polen und in den baltischen Provinzen habe der deutsche Militarismus ein Schreckensregiment aufgerichtet. Tausende von wehrlosen Arbeitern seien niedergemetzelt worden, weil sie das ihnen zugestandene Selbstbestimmungsrecht für sich in Anspruch nehmen wollten. Die revolutionäre Bewegung in Rußland solle mit deutschen Truppen unterdrückt werden. Mit der Ukraine sei zwar ein Vertrag abgeschlossen worden, das hindere das deutsche Militär aber nicht, das ganze Land zu besetzen und die Bevölkerung zu drangsalieren. Nach den Anschauungen, die in maßgebenden Kreisen Deutschlands herrschten, sei es sicher, daß wir zu einem Frieden in der nächsten Zeit nicht kommen würden. Und dieselbe Gewaltpolitik, die die auswärtige Politik beherrsche, wende man auch im Inlande an. Den Januarstreik habe man mit den brutalsten Mitteln zu unterdrücken gesucht. Aber erreicht worden sei dadurch nur, daß der Groll und die Erbitterung in den Arbeiterkreisen aufs höchste gestiegen seien. Die streikenden Arbeiter seien vom General Groener als „Hundsotter“ beschimpft worden, dieselben Arbeiter, deren man sich zur Herstellung des Kriegsmaterials bediene. Der politische Streik sei aber eine Waffe, die sich das Proletariat nicht entwinden lassen werde. Die unabhängige Fraktion insbesondere erkläre, daß sie mit den streikenden Arbeitern in engster Fühlung gestanden habe, und daß sie die Gedanken und Gefühle, die sie zum Streik getrieben hatte, durchaus teile. Die Arbeiter würden unablässig dafür eintreten, daß auch Deutschland demokratisiert und der Boden für eine sozialistische Gesellschaftsordnung geschaffen werde.

Auch Rumänien mußte sich bald dem Diktat der Mittelmächte beugen und den Zwangsfrieden von Bukarest annehmen. Die deutsche Regierung hatte den Wiener Annexionisten völlig freie Hand gelassen und unter dem Vorwand der Beschaffung von Sicherungen für die Donaumonarchie wurden Rumänien erhebliche Stücke des Landes entrissen.

Als diese Friedensverträge vor den Reichstag kamen, konnten die Annexionisten ihre volle Befriedigung dazu äußern, wenn sie freilich auch nicht verschwiegen, daß sie eigentlich noch mehr erwartet und besonders erhebliche Kriegsschädigungen erhofft hatten. Die Koalitionsparteien waren ein wenig verstimmt, denn weder die Verträge von Brest-Litowsk noch der von Bukarest stimmten mit der Juli-Resolution des vorigen Jahres überein, die sie mit so schöner Geste der Welt gezeigt hatten. Trotzdem aber stimmten sie diesen Gewaltfriedensschlüssen zu, oder sie enthielten sich zum mindesten der Abstimmung, mit der oberflächlichen Aus-

rede, daß es doch immerhin Friedensschlüsse seien. Indem sie aber kurz danach wieder einmal Kriegskredite in der von der Regierung gewünschten Höhe bewilligten, übernahmen sie die volle Verantwortung auch dafür. Das stellte Ledebour im Reichstag am 19. März fest. Er sagte ganz richtig voraus, daß diese Friedensschlüsse auf die Dauer die schwersten Gefahren für den Weltfrieden, für das Deutsche Reich, für das deutsche Volk in ihrem Schoße enthielten. Er enthüllte bei dieser Gelegenheit auch die Bestrebungen der Monarchisten, aus den kaiserlichen Provinzen deutsche Vasallenstaaten mit Prinzen aus regierenden Häusern Deutschlands an der Spitze zu machen.

Aber das arbeitende Volk wollte sich nicht länger täuschen lassen. Im Januar war ein großer Streik der österreichischen Arbeiter ausgebrochen, dem bald auch eine neue große Streikbewegung in Deutschland folgte. Den äußeren Anlaß dazu gab diesmal nicht die Forderung nach Verbesserung der Ernährung, sondern mit besonderer Schärfe wurden jetzt politische Ziele aufgestellt. So lauteten die Forderungen der Berliner Arbeiter:

1. Schleunige Herbeiführung des Friedens ohne Annexionen und Kriegsschädigungen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker, entsprechend den Ausführungsbestimmungen, die dafür von den russischen Volksbeauftragten in Brest-Litowsk formuliert worden sind;

2. Hinzuziehung der Arbeitervertreter aller Länder zu den Friedensverhandlungen;

3. ausgiebige Nahrungsmittelversorgung durch Erfassung der Lebensmittelbestände in den Produktionsbetrieben wie in den Handelslagern zur gleichmäßigen Zuführung an alle Bevölkerungskreise;

4. der Belagerungszustand ist sofort aufzuheben, das Vereinsrecht tritt vollständig wieder in Kraft, ebenso das Recht der freien Meinungsäußerung in der Presse und in Versammlungen; die Schutzgesetze für Arbeiterinnen und Jugendliche sind sofort wieder in Kraft zu setzen, alle Eingriffe der Militärverwaltung in die Gewerkschaftstätigkeit sind rückgängig zu machen und neue zu verhindern;

5. die Militarisierung der Betriebe ist gleichfalls aufzuheben;

6. alle wegen politischer Handlungen Verurteilten und Verhafteten sind sofort wieder freizulassen;

7. durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen Deutschlands und zwar zunächst die Einführung des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Männer und Frauen im Alter von mehr als 20 Jahren für den preussischen Landtag.

Der Streik nahm besonders in Berlin großen Umfang an. Die Regierung weigerte sich, mit den Vertretern der streikenden Arbeiter zu verhandeln, weil diese durch ihr Verhalten die Fortsetzung des Krieges beeinträchtigt hätten. Der Name Arbeiterrat, den sich die Streikleitung beigelegt hatte, war den Militärs besonders zuwider; erinnerte er doch zu sehr an die russische Revolution, und darum wurde er kurzerhand verboten. Besonders heftig wurde die Unabhängige Sozialdemokratie angegriffen, weil man ihr nicht mit Unrecht zum Vorwurf machte, daß sie die Streikbewegung begünstige. Ende Januar nahm die Bewegung verschärften Charakter an, und die Streiks breiteten sich über das ganze Reich aus. In Berlin kam es zu Straßendemonstrationen, bei denen auch Blut floß. Die

Militärs glaubten der Bewegung dadurch ihre Wirkung zu rauben, daß sie den verschärften Belagerungszustand verhängten und Standgerichte gegen die Streikenden errichteten. Ein Teil der rechtssozialistischen Presse, so die „Dresdener Volkszeitung“ des nachmaligen Ministers Gradnauer, beeilte sich zu erklären, daß sie für den Streik keinerlei Verantwortung trage. Die Schuldigen an seinem Ausbruch seien an anderen Stellen zu suchen.

Bei solch loyaler Haltung konnte den Rechtssozialisten freilich nichts geschehen, um so schlechter aber ging es den „Hetzern“ von der U. S. P. Groß war die Freude, als man den Reichstagsabgeordneten Dittmann auf frischer Tat, nämlich nach einer Ansprache im Treptower Park fassen und vor ein Kriegsgericht schleppen konnte. Er wurde auch prompt wegen Landesverrats oder ähnlicher Dinge zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, nachdem der Staatsanwalt gar sechs Jahre Zuchthaus beantragt hatte. Erst der Zusammenbruch im Herbst gab ihm die Freiheit wieder.

Im Westen bereitete sich nun das letzte Aufflackern des Krieges vor. Alle Welt wußte, daß die Deutschen eine große Offensive durchführen wollten, um die Franzosen und Engländer schnell noch niederzuwerfen, bevor noch die Amerikaner, die nach den Aussprüchen deutschnationaler Parteiführer „weder fliegen noch schwimmen“ konnten, auf den Kriegsschauplätzen den Ausschlag gaben. Die Juliresolution war ein wertloses Papier geworden, selbst die Rechtssozialisten mußten, wie Hermann Wendel in der „Frankfurter Volksstimme“, bekennen, daß sie vor einem Scherbenhaufen ihrer Politik ständen, oder wie man im „Vorwärts“ im Mai lesen konnte: „Freiheit, nicht Eroberung wurde uns im August 1914 verheißen, und diese Verheißung wurde im Juli 1917 wiederholt. Eroberung, nicht Freiheit spricht die harte Sprache der Tatsachen zu uns im Mai 1918.“ Nichtsdestoweniger haben die Rechtssozialisten bis zum bitteren Ende bei der Regierungsstange gehalten, sie waren zu Gefangenen ihrer eigenen Illusionen geworden.

Unsere Genossen brauchten weder einen Scherbenhaufen zu beweinen, noch geplatzten Seifenblasen nachzutruern. Im Juni war auch Herr von Kühlmann, der Leiter des Auswärtigen Amtes, zum Teufel gejagt worden, trotzdem er sich bei den Friedensschlüssen im Osten nach Kräften bemüht hatte, die Wünsche der Annexionisten zu befriedigen. Immerhin hatte er sich in der Öffentlichkeit einer gemäßigten Sprache befleißigt, um nicht die Hoffnungen auf einen Friedensschluß mit dem Westen noch gründlicher zu zerstören. Um so deutlicher war aber die Sprache, die die deutschen Militärs in den eroberten Gebieten des Ostens führten. Es wird eine ewige Schmach bleiben, wie das Volk in Finnland, im Baltikum, in Polen, in der Ukraine damals von den deutschen Behörden behandelt worden ist. Und die Redner der Unabhängigen Sozialdemokratie, Haase und Ledebour, erwarben sich ein besonderes Verdienst dadurch, daß sie diese Dinge unverhüllt und ungeschminkt im Reichstag zur Sprache brachten.

Während Ludendorff an der Westfront die letzte Karte seines Vabanquespieles einsetzte, während immer neue Menschenmassen dem Kriegswahnsinn geopfert wurden, machte bei den Mittelmächten

die innere Auflösung reizende Fortschritte. Oesterreich taumelte von einer Krise in die andere, die regierungstreuen Truppen mußten von der Front zurückgerufen werden, damit sie die rebellisch gewordenen Nationen, besonders die Tschechen, zur Raison brächten. Nicht viel besser ging es Deutschland, wengleich hier die Flamme der Empörung mehr rauchte als leuchtete. Das Gemäuer in dem Kriegsgebäude der Mittelmächte war morsch geworden, es mußte zusammenfallen, wenn auch nur eine Lücke darin entstand. Bulgarien fiel zuerst, es mußte bedingungslos kapitulieren, Deutschland konnte keine Rettung mehr bringen. Oesterreich und die Türkei folgten bald nach. Die Donaumonarchie suchte im letzten Augenblick noch durch die Loslösung von Deutschland einen Sonderfrieden zu erlangen, der das bisherige Staatsgebilde im wesentlichen erhalten sollte. Es war zu spät, die Schöpfung der Habsburger fiel wie ein Kartenhaus in sich zusammen.

Als die Hiobsposten immer schneller einander folgten, da hatte für das alte Regime auch in Deutschland die Stunde geschlagen. Noch bis zuletzt suchten die Alldeutschen in ihrem Kriegswahn zu verharren. Als die „Hindenburgfront“ unter den Schlägen der Fochschen Reservearmee, die nach den verlogenen Meldungen der Obersten Heeresleitung gar nicht mehr bestehen sollte, zertrümmert war, als die Italiener schon in den Alpen, die mazedonische Armee der Alliierten vor Ungarn standen, wollten sie noch immer nicht einsehen, daß ihr Spiel endgültig verloren war. Aber auch für Deutschland blieb nur noch der Weg der Kapitulation übrig, und damit fiel auch das bisherige politische und militärische System. Die Monarchisten suchten noch das letzte zu retten. Sie mußten sich notgedrungen dazu bequemen, dem Parlamentarismus gewisse Zugeständnisse zu machen, aber sie glaubten genug damit getan zu haben, daß sie den Prinzen Max von Baden an die Spitze der neu sich gestaltenden Dinge beriefen und einige Liberale und Rechtssozialisten in das Kabinett nahmen. Wilhelm II. und seine Dynastie sollten auch künftighin die Dekoration des Reichs bilden. In dieser Situation erließ der Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie folgenden Aufruf:

An das werktätige Volk Deutschlands!

Das System des Militarismus hat einen Schlag erhalten, von dem es sich nicht mehr erholen wird. Der Imperialismus ist bei uns zusammengebrochen. Die Idee des Sozialismus und der Demokratie ist siegreich auf dem Marsche. Die deutsche Regierung hat ein Waffenstillstandsangebot gemacht und das Programm des amerikanischen Präsidenten Wilson als Grundlage für Friedensverhandlungen angenommen. Dieser Schritt war beschlossen, bevor die neue Regierung ans Ruder kam.

Das Friedensangebot kommt unsern unausgesetzten Friedensbestrebungen entgegen.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hat von Anfang an die Katastrophe des Imperialismus vorausgesehen. Sie ist den Grundsätzen des Sozialismus und der Demokratie treu geblieben. Sie hat als einzige Partei gegen die Verträge von Brest-Litowsk und den Vertrag von Bukarest gestimmt, die jetzt auch die anderen Parteien nicht mehr zu verteidigen wagen. Getreu unserer Ueberzeugung als internationale Sozialisten haben wir in jeder Kriegslage

gegen die Vergewaltigung irgendeines Volkes gekämpft. Diese gibt uns das moralische Recht, auch jeden Versuch der Unterdrückung des deutschen Volkes zurückzuweisen.

Alle anderen Parteien sind durch den ehernen Gang der Ereignisse gezwungen, ihre Kriegsziele abzuändern. Sie müssen abermals umlernen, und sie haben bereits umgelernt. Nur die Unabhängige Sozialdemokratische Partei braucht nichts von ihrem Friedensprogramm aufzugeben. Das von ihr im Juli 1917 in Stockholm verfaßte Memorandum, das die Zensur damals unterdrückte und das von den übrigen Parteien, auch von der Sozialdemokratischen Partei angegriffen wurde, kommt jetzt zur Geltung.

Die Politik der Sozialdemokratischen Partei, der Scheidemann und Ebert, der David und Lensch, ist ebenso zusammengebrochen wie die der herrschenden Klassen. Die Sozialdemokratische Partei war ohnmächtig und einflußlos, solange das Kriegsglück den Imperialisten günstig war, obwohl sie, oder richtiger: weil sie jede kapitalistische Regierung in ihrer Kriegspolitik unterstützte und ihr die Kriegskredite bewilligte. Nicht das geringste hat sie während der langen Kriegszeit für den Frieden, für die Freiheit, für den Schutz der Arbeiter und Arbeiterinnen gegen Ausbeutung erreicht.

Im dem Moment, da die bürgerliche Gesellschaft in allen Fugen kracht, sind mehrere Sozialdemokraten, so Scheidemann und Bauer, zu Ministern gemacht worden. Die Sozialdemokraten sind damit auch offiziell zu Regierungssozialisten gestempelt.

Die Sozialdemokratische Partei ist in die Regierung berufen, um nach dem Zusammenbruch des Imperialismus die bürgerliche Gesellschaft zu stützen. Sie hat die Aufgabe übernommen, die „nationale Verteidigung“ zu organisieren und die bürgerliche „Ordnung“ zu schützen. Sie hat die Forderung der internationalen Kongresse preisgegeben, daß die Katastrophe des Weltkrieges von der Sozialdemokratie ausgenutzt werden müsse, an Stelle des kapitalistischen Systems das sozialistische zu setzen.

Das Programm, das die Sozialdemokratische Partei als Bedingung für ihren Eintritt in die Regierung aufstellte, war so bescheiden, daß es sogar verschiedenen bürgerlichen Zeitungen nicht weit genug ging. Nicht die Amnestie für politische Delikte, nicht einmal die Aufhebung des Belagerungszustandes werden verlangt, nicht die geringste sozialpolitische Forderung ist in ihm enthalten. Und obwohl die Sozialdemokratische Partei ihr Programm als Mindestprogramm bezeichnete, von dem sie nicht abhandeln lassen werde, hat sie den bürgerlichen Parteien und der Regierung doch in mehreren Punkten noch nachgegeben.

So schwächlich zeigt sich die Sozialdemokratische Partei schon bei ihrem Eintritt in die Regierung. Selbst eine vorgeschrittene bürgerliche Regierung mußte mindestens folgende Forderungen ohne Aufschub verwirklichen:

„Sofortige Räumung der von den deutschen Truppen besetzten Gebiete des ehemaligen russischen Reichs, Finnlands, der Ostseeprovinzen, Polens, der Ukraine, ferner Rumäniens und Bulgariens.

Abänderung der bereits geschlossenen Friedensverträge nach den Grundsätzen der Demokratie.

Amnestie für alle wegen politischer Vergehen und Verbrechen verurteilter Zivilpersonen, Soldaten und Matrosen, Oeffnung der Gefängnisse und Zuchthäuser, namentlich für alle aus Anlaß von Streiks wegen angeblichen Landesverrats Verurteilter, Niederschlagung der wegen politischer Vergehen und Verbrechen schwebenden Strafverfahren. Sofortige

Entlassung aller wegen politischer Vergehen zum Heere Eingezogenen. Löschung aller politischen Vermerke in den militärischen und polizeilichen Akten, insbesondere des Vermerks „B 18“. Aufhebung der Schutzhaft und Entlassung aller Internierten.

Aufhebung des Belagerungszustandes. Freies Vereins- und Versammlungsrecht. Freiheit der Presse. Beseitigung aller Schranken für die Herausgabe neuer Zeitungen. Strenge Durchführung des Postgeheimnisses. Beseitigung der selbst nach dem bestehenden Rechtszustande völlig unzulässigen öffentlichen und geheimen Briefkontrolle.

Einführung des Proportionalwahlrechts. Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen. Uebertragung des gleichen, allgemeinen und direkten Wahlrechts durch Reichsgesetz auf alle Bundesstaaten.

Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes. Wiederherstellung und Ausbau der Schutzbestimmungen für Frauen und Jugendliche. Einführung des achtstündigen Maximalarbeitstages.

Sofortige Abänderung der Verfassung in folgenden Punkten: Staatsverträge sind nur mit Zustimmung der Volksvertretung gültig. Ohne solche Zustimmung darf kein Krieg erklärt, kein Friede geschlossen werden. Jeder Minister ist zu entlassen, wenn dieses durch einen Mehrheitsbeschluss der Volksvertretung verlangt wird.

Als internationale Sozialisten erheben wir viel weitgehendere Forderungen. Unser Ziel ist die sozialistische Republik. Sie allein ermöglicht es, die Welt von den Verwüstungen des Krieges zu erlösen.

Tiefe Umwälzungen gehen in allen Staaten vor sich. Die Welt erhält ein völlig anderes Antlitz. Aber es sieht nicht so aus, wie Cunow und Lensch, wie David und Renner jahrelang mit Selbstsicherheit gepredigt haben.

Bei diesem Umgestaltungsprozess eine führende Rolle zu übernehmen, ist die historische Aufgabe des internationalen Proletariats. Begeisterung, Opferfreudigkeit und Geschlossenheit sind unbedingt zu ihrer Lösung erforderlich. Die Methoden des Regierungssozialismus führen nur zur Lähmung der selbständigen Betätigung der Arbeiterklassen und zur Stärkung der bürgerlichen Gesellschaft.

Die Einigkeit des Proletariats kann sich aber ebensowenig unter dem Banner des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei, der Nationalliberalen wie der Regierungssozialisten vollziehen.

Einigkeit unter dem unbefleckten Banner der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, des internationalen Sozialismus, muß die Parole des deutschen Proletariats sein.

Nur dann ist auch der Friede gesichert, nur dann ist die Zukunft des Proletariats und der Menschheit verbürgt.

Auff! Sammelt euch! Schließt die Reihen. Das Höchste gilt es zu erringen. Die Befreiung der Menschheit!

Berlin, den 5. Oktober 1918.

Die Parteileitung und die Reichstagsfraktion
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands.

Aber selbst in dieser Situation brachte das Bürgertum noch nicht die Erkenntnis für das unbedingt Notwendige auf. Nur zögernd ging die Regierung des Prinzen Max von Baden an die Amnestierung der politischen Gefangenen heran, nur langsam begannen die Zuchthäuser und Gefängnisse sich zu entleeren. Erst die Novembertage gaben dem alten Regime den letzten Stoß. Immerhin kehrten Dittmann, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, viele

andere Kämpfer des Proletariats in die Freiheit zurück, stürmisch von der Arbeiterschaft willkommen heißen.

Die letzten Tage des Oktober brachten völlige Klarheit über die Lage. Nun erst wurde dem Volke bewußt, wie sehr es viereinhalb Jahre lang belogen und betrogen worden war. Am 24. Oktober hielt Hugo Haase im Reichstag gründliche Abrechnung mit der bisherigen Politik. Er stellte fest, daß der deutsche Imperialismus das blutige Spiel im vollen Umfang verloren habe. Wir empfinden, so rief er aus, über einen Frieden, der zwar den deutschen Kapitalismus in seiner Entwicklung stört, der aber den Kapitalismus der Entente stärkt, ihm andere Länder zur Ausbeutung überliefert, keine Befriedigung. Es wäre verbrecherisch, wenn man in Deutschland auch jetzt noch versuchen würde, die Lage zu verschleiern. Das deutsche Volk begreife nicht, daß nach den unzähligen Siegesmeldungen der vergangenen Jahre die deutsche Regierung jetzt bedingungslos kapitulieren müsse. Jetzt werde auch in den anderen Parteien erkannt, daß die Unabhängige Sozialdemokratie die wahre Sachlage am frühesten erkannt und das Volk über den Tatbestand aufzuklären versucht habe.

Es wäre anders um Deutschland bestellt, wenn nicht schon im Frühjahr 1915 die ersten Friedensfäden, die sich zwischen England und Deutschland anspannen, zerrissen worden wären. Damals habe aber selbst Dr. David, einer der Führer der Rechtssozialisten, behauptet, daß Haase die Interessen des Auslandes vertrete. Auch im Jahre 1916 bestand die Möglichkeit, einen Frieden der Verständigung zu schließen. Die Regierung habe damals die Bemühungen des Präsidenten Wilson ebenso durchkreuzt, wie sie im Herbst 1917 die Anstrengungen des Papstes um einen Frieden vernichtet hat. An dem Ergebnis dieser Entwicklung hätten alle Parteien mit Ausnahme der unabhängigen Fraktion schuld. Man dürfe nicht vergessen, daß die erste U-Boot-Resolution von Graf Westarp und Heydebrand bis zu Scheidemann und Ebert gefaßt und unterschrieben worden sei. Die Parteien, die hinter ihnen ständen, seien schon deshalb mitverantwortlich, weil sie bis zum letzten Augenblick dem alten System die Mittel zum Krieg bewilligt hätten. Wenn die Mehrheitsparteien sich jetzt auf ihre Friedensresolution vom 19. Juli 1917 beriefen, so müsse man sie daran erinnern, wie diese bei den Friedensverträgen von Brest-Litowsk und von Bukarest angewendet worden sei. Daß diese Friedensverträge einen Gewaltfrieden und nicht einen Rechtsfrieden bedeuten, das bestreite heute niemand. Jetzt aber gelte es, jede Zweideutigkeit unter allen Umständen zu vermeiden, weil Unaufrichtigkeit das stärkste Friedenshindernis bilde. Diese Klarheit lasse jedoch das Friedensangebot der jetzigen Regierung noch immer vermissen. Selbst Hindenburg und Ludendorff, die in diesem Kriege die politischen Beschlüsse bestimmt hätten, hätten jetzt zum Abschluß des Friedens geraten. Aber es gebe selbst jetzt noch Leute, wie den Grafen Westarp, die zur nationalen Verteidigung aufrufen und das Blutvergießen fortsetzen wollen. Ist aber einer unter Ihnen, so rief Haase der Reichstagsmehrheit zu, der daran glaubt, daß es möglich sei, nach einigen Monaten in besserer militärischer Lage dazustehn und dann einen günstigeren Frieden zu erlangen?

Haase erinnerte bei dieser Gelegenheit an das, was Friedrich Engels vorausgesagt hatte: es sei für Preußen-Deutschland kein anderer Krieg möglich als ein Weltkrieg, bei dem ganz Europa kahlgefressen werden würde. „Die Verwüstungen des 30jährigen Krieges zusammengedrängt in drei bis vier Jahren und über den ganzen Kontinent verbreitet, Hungersnot, Seuche, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen, rettungslose Verwirrung unseres künstlichen Betriebes in Handel, Industrie und Kredit und am Ende ein allgemeiner Bankrott, Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit derart, daß die Kronen zu Dutzenden über die Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt, absolute Unmöglichkeit, vorherzusehen wie das alles enden wird und wer als Sieger aus diesem Kampfe hervorgehen wird. Nur ein Resultat absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Sieges der Arbeiterklasse.“ Jedes Wort ist zur Wahrheit geworden, so konnte Haase jetzt feststellen, aber dennoch erklären wir:

Das deutsche Volk wird nicht untergehen — wird nicht untergehen, wie auch dieser Friede aussieht. Aber freilich, die Errettung kann dem deutschen Volke aus seiner Not, aus dem unerhörten Druck nicht kommen in der gegenwärtig bestehenden Gesellschaftsordnung. Die Produktivität der Landwirtschaft und der Industrie kann aufs höchste gesteigert werden, wenn an Stelle der Wirtschaftsordnung, deren einzige Triebfeder der Profit ist, die sozialistische Wirtschaftsordnung tritt. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist notwendig. Auf Rußland können Sie nicht hinweisen, weil die Zustände in Deutschland ökonomisch viel reifer sind als in Rußland. In Deutschland und in England — das gestehen auch bürgerliche Professoren, Nationalökonomien zu, — hat die Produktion einen solchen Reifegrad erreicht, daß es möglich ist, ohne starke Erschütterung die kapitalistische Ordnung in eine sozialistische Wirtschaftsordnung überzuführen.

Wie der Kapitalismus zusammengebrochen ist, wird dem Kapitalismus auch bald seine Sterbestunde läuten. Die Götzendämmerung für das alte System sehen wir. Aber schon zeigt sich die Morgenröte einer neuen Zeit. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wird aufhören; nur Freie und Gleiche wird es dann geben. Von der Kühnheit und Entschlossenheit der Arbeiter, namentlich auch der deutschen Arbeiter, wie freilich der Arbeiter aller Länder, wird es abhängen, ob diese die Menschheit befreiende Umwälzung bald kommt, oder ob wir noch schwere Zeiten bis dahin durchzumachen haben. Wir haben Vertrauen zu den Arbeitern; wir sind überzeugt, daß aus all dem Elend am letzten Ende doch hervorgehen wird die volle Befreiung der Menschen!

Einen Tag darauf hielt es die rechtssozialistische Fraktion für angebracht, Herrn Noske als Redner vorzuschicken, der die Gelegenheit wahrnahm, um die Kriegspolitik seiner Partei zu verteidigen und die Unabhängige Sozialdemokratie aufs heftigste anzugreifen. Er behauptete, daß auch die Unabhängige Sozialdemokratie an dem traurigen Ergebnis des Krieges mit schuld sei, denn sie habe ja am 4. August 1914 die Kriegskredite ebenso bewilligt, wie die Vertreter der rechtssozialistischen Partei. Es war deshalb notwendig, daß Ledebour,

der nunmehr zu Worte kam, noch einmal klarstellte, daß die damalige Minderheit in der Fraktion sich nur dem disziplinarischen Zwange beugte, als sie im Plenum für die Kriegskredite stimmte. Im übrigen aber zeigte Ledebour, wie windig es um den neuen Parlamentarismus stehe, wie er bis jetzt in Deutschland durchgeführt sei. Nicht die Regierung, sei parlamentarisiert worden, sondern man habe einige Abgeordnete bureaukratisiert. Jetzt komme es darauf an, daß mit kräftigem Besen ausgefegt werde. Es sei absolut notwendig, daß an die Spitze der Staaten nicht nur andere Personen, sondern ganz andere Einrichtungen gesetzt würden. Das monarchische System, in dem das bureaukratisch-militärische Regierungssystem gipfelte, habe vollkommen abgewirtschaftet. Die Unabhängige Sozialdemokratie sei der Ansicht, daß das deutsche Volk aus dem furchtbaren Zusammenbruch sich nur dann eine glückliche Zukunft sichern könne, wenn es sich republikanische Einrichtungen schaffe, die die verderbliche kapitalistische Produktionsweise durch die sozialistische ersetzen. Aus dem furchtbaren Unglück, das dieser Weltkrieg über alle Völker heraufbeschworen habe, erwachse für die Arbeiterschaft aller Welt die Notwendigkeit, überall die Macht zu ergreifen, um den Sozialismus zur Durchführung zu bringen.

Denn solange die kapitalistischen Einrichtungen bestehen, ist es ganz unmöglich, daß die furchtbaren Nachteile wettgemacht, daß sie ausgeglichen werden können. Allein die finanzielle Zerrüttung aller europäischen Länder, die der Krieg notwendigerweise zur Folge haben muß, und die sich in Friedenszeiten durchsetzen wird, drängt geradezu zum Sozialismus hin. Daß die bürgerlichen Klassen, die dabei ihre Sonderrechte verlieren würden, nicht dafür zu haben sind, ist mir nicht zweifelhaft. Aber die Proletarier aller Länder, nicht nur die Proletarier Deutschlands, nicht nur die bisherigen Proletarier, sondern alle diejenigen Männer und Frauen, die durch das Elend des Weltkrieges in das Proletariat hinabgestoßen wurden, werden sehr bald zu dieser Erkenntnis kommen und dann werden sie zu dem schreiten, was mit dem Sozialismus auch endgültig der Welt den Frieden bringen wird.

Wieder einen Tag darauf rechnete Genosse Oscar Cohn mit dem Militarismus ab. Erst hatten nämlich Hindenburg und Ludendorff zum schleunigen Abschluß eines Friedens geraten, inzwischen besannen sie sich aber wieder eines anderen, und sie behaupteten, daß Heer und Flotte lieber bis zum letzten kämpfen würden, als den Waffenstillstands Wilsons, der die bedingungslose Unterwerfung verlangte, anzunehmen. Die Konservativen hatten bereits einen Aufruf erlassen, worin sie erklärten, daß unter Umständen Heer und Flotte auch gegen die Krone für die nationale Verteidigung sich etablieren würden. In diesem Augenblick war es nötig, die Schuld des monarchischen Systems für den grauenvollen gesellschaftlichen Zustand, wie es dieser Krieg war, festzustellen. Die bürgerlichen Parteien allerdings, so sagte Cohn dazu, hätten Monarchie und Militarismus gehätschelt aus Angst vor der Sozialdemokratie. In dieser historischen Situation gebe es aber kein Ausweichen mehr vor der Frage: Krieg mit den Hohenzollern oder Friede ohne die Hohenzollern? Das stärkste Friedenshindernis in diesem Augenblick seien die Kräfte, die zwar die militärische Lage richtig sähen, aber, um ihre soziale Existenz und um das monarchisch-autokratische System aufrechtzuerhalten, nicht die Konsequenzen daraus

zügen, sondern dazu bereit seien, den Rest unserer Volkskraft in den großen Schmelzkessel zu werfen, in der Hoffnung, sich noch ein paar Monate fristen zu können. Jetzt müsse die Bevölkerung aufgerufen werden, damit sie sich mit aller Kraft, die ihr zur Verfügung stehe, gegen die eigene Vernichtung zur Wehr setze. Der Hauptfeind des deutschen Volkes stehe im Lande und nicht außerhalb des Landes. Gegen diesen Hauptfeind würden sich Soldaten und Arbeiter zur Wehr setzen.

In diesem Gedanken bin ich und sind meine Freunde vereinigt mit der gesamten Internationale der Arbeiter und Bauern. Wir sehen den Krieg nicht als nationales Problem an, wir vergessen auch in dem jetzigen Stadium der Lösung des Krieges nicht seinen Ausgangspunkt. Wie die Menschheit hineingetrieben worden ist in diesen Krieg durch die Mächte des Kapitalismus und Militarismus, Mächte, die internationaler Art, wenn auch national verschieden in ihrem Wirkungsgrade waren, so wird sich auch die internationale Menschheit — das ist ihre Pflicht — zusammenschließen gegen diese Mächte und auf den Weltimperialismus und Weltmilitarismus wird folgen und ihn überwinden die Weltrevolution. Indem die deutschen Arbeiter sich der Pflicht zur Revolution bewußt werden, werden es auch die Arbeiter anderer Länder. Diesen unseren Freunden jenseits der französischen, jenseits der italienischen, jenseits der übrigen Landesgrenzen reichen wir heute im Geiste die Hand. Wir stehen zu einander, miteinander, gegen den gemeinsamen Feind, den internationalen Kapitalismus!

Die Tragödie war zu Ende. Sie schloß mit einer Komödie ab. Wilhelm und sein Sohn flohen nach Holland, Ludendorff entwich nach Schweden, die Bourgeoisie verkroch sich feige vor dem Zorn des Volkes. Es kamen die Novembertage, die der Arbeiterklasse die Erfüllung ihrer Sehnsüchte zu bringen schienen.